Karikatur aus der *New York World* vom 7. Mai 1919 (aus: *Vorsicht Fälschung,* FZ, München 1991). Der Fall >Lusitania< und der Versailler >Vertrag< werden in unmittelbare Beziehung gestellt: eine wahrhaft kurzsichtige Verkürzung des historischen Geschehens.

Eine der vielen Hetzkarikaturen, die die anfangs kriegsunwillige US-amerikanische Öffentlichkeit zum Eintritt in den Krieg bewegen sollte.

US-Banken und die US-Rüstungsindustrie hingen eng miteinander zusammen. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Interessen der USA waren der entscheidende Grund für den Kriegseintritt Amerikas, das durch den Ersten Weltkrieg vom Schuldner zum großen Gläubiger Europas wurde. Die Versenkung der >Lusitania< war ein Ereignis, welches das hinterlistige Zusammenspiel Englands und der USA aufzeigte.

Man kann sich nur der Auffassung von C. SIMPSON[3] (S. 150) anschließen, daß CHURCHILL das Ziel verfolgte, die deutschen U-Boote mit einer neutralen Macht in Konflikt zu bringen. Das konnten nur die USA sein.

Der kanadische Historiker Terrence ROBSON gab als Ergebnis jahrzehntelanger Forschung an, daß die mit fast 50 Tonnen Kriegsmaterial beladene >Lusitania< von der englischen Regierung als »Köder« für die Deutschen auf die Reise geschickt worden sei, vor der die Reichsregierung in den USA - auch durch Zeitungsanzeigen - gewarnt habe. Die Versenkung sei von der Londoner Regierung provoziert worden, um die Deutschen als Kriegsverbrecher zu brandmarken und die USA auf Englands Seite in den Ersten Weltkrieg zu ziehen. Verantwortlich in London war der damalige Marineminister Winston CHURCHILL. König GEORG sei von der Regierung bewußt

getäuscht worden. ROBSON forderte die jetzige Londoner Regierung auf, »reinen Tisch zu machen und die Verantwortlichkeit zuzugeben«. Königin ELISABETH stünde es dann frei, Kaiser WILHELM II. und den übrigen seinerzeit Geächteten, denen damals auch der Hosenbandorden entzogen wurde, den Orden posthum wieder zuzuerkennen. »Noch wichtiger«, so ROBSON, »wäre es, daß damit der heutigen Generation ein neues Geschichtsbild des deutschen Volkes früherer Generationen vermittelt würde.«[12]

Der deutsche Großadmiral Alfred VON TIRPITZ schrieb in seinen *Erinnerungen*:[13] »Am 7. Mai 1915 wurde die >Lusitania< torpediert, ein englischer Personendampfer, der zugleich als Hilfskreuzer auf der britischen Marineschiffsliste stand. In frevelhaftem Leichtsinn hatten sich trotz der Warnung unseres Botschafters auf diesem bewaffneten und schwer mit Munition beladenen Kreuzer amerikanische Bürger eingeschifft, die bei der Versenkung ums Leben kamen... Nachdem der Torpedo getroffen hatte, erfolgte eine zweite Explosion im Innern des Schiffes durch die an Bord befindlichen Munitionsmassen.«

Im *Hamburger Abendblatt* vom 25./26. 8. 1984 wurde unter »Damals« aufgeführt: »1919 - Als Entschädigung für die Torpedierung des Passagierdampfers >Lusitania< durch ein deutsches U-Boot am 7. 5. 1915 verlangen die USA die Abtretung der zu Mikronesien gehörenden Insel Jap.« Die Insel kam dann auch unter Treuhandverwaltung der USA.

Weiterführende Literatur:

Jakob WILLER, *Der amerikanische Traum,* Arndt, Kiel 1983, S. 90-101.

Der Spiegel, Nr. 45, 30. 10. 1972.

Mansur KHAN, *Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege,* Grabert, Tübingen ²2001, S. 125-128.

[12] *Deutsche Rundschau,* September 1990; *Kanada-Kurier* vom 6. September 1990; die britische *Times* berichtete darüber vierspaltig auf der Titelseite unter der Schlagzeile »Die Lusitania sollte die USA in den Krieg hineinziehen«.

[13] Alfred VON TIRPITZ, *Erinnerungen,* F. K. Koehler, Leipzig 1919, S. 352.

Britische Angriffe auf deutsche Lazarettschiffe

Die Genfer Konvention vom 22. 8. 1864 galt nur für den Landkrieg. Es gab daher im unmittelbaren Gefolge dieses multilateralen Abkommens Bestrebungen, dessen Grundsätze auch auf den Seekrieg anwendbar zu machen. Dies gelang aber erst auf der Haager Friedenskonferenz von 1899. Dort kam das »Abkommen betr. Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. 8. 64 auf den Seekrieg« zustande. Dieses Abkommen war auch von Großbritannien ratifiziert worden.

Vergleichbar den Sanitätsformationen und Sanitätsanstalten beim Landkrieg wurden hierbei drei Arten von Lazarettschiffen unter den besonderen Schutz der vertragschließenden Parteien gestellt:

1. Militärische Lazarettschiffe, die von den jeweiligen Staaten eigens zu diesem Zweck erbaut oder eingerichtet wurden,
2. Lazarettschiffe, die ganz oder zum Teil auf Kosten von Privatpersonen oder amtlich anerkannten Hilfsgesellschaften ausgerüstet wurden,
3. sowie Lazarettschiffe, die von Privatpersonen oder von amtlich anerkannten Handelsgesellschaften neutraler Staaten ausgerüstet wurden.

Es war vereinbart worden, daß diese Schiffe zu achten waren und nicht weggenommen werden durften, sofern deren Namen dem Gegner mitgeteilt worden war und die Schiffe im Besitz einer amtlichen Bescheinigung waren. Zudem mußten die Schiffe sämtlich weiß angestrichen sein und neben ihrer Nationalflagge das Genfer Wahrzeichen, eine weiße Flagge mit rotem Kreuz, sichtbar führen.[1] Der 1904 international getroffenen Vereinbarung, nach der Lazarettschiffe in Kriegszeiten Häfen anlaufen durften, ohne Hafengebühren entrichten zu müssen, war Großbritannien als einzige Seemacht nicht beigetreten. Das X. Haager Abkommen vom 18. 10. 1907 hob die Schonung von Lazarettschiffen im Falle eines militärischen Mißbrauchs auf.

Die deutsche Marineführung verdächtigte die Alliierten schon bald nach Kriegsausbruch, ihre Lazarettschiffe zu Aufklärungszwecken und ähnlichen Unternehmungen mißbräuchlich einzusetzen, so daß bei der Planung des Handelskrieges mit U-Booten im Winter 1914/15 der Wunsch laut wurde, auch gegen alliierte Lazarettschiffe vorzugehen. Öffentlich jedoch behauptete die deutsche Seite erst in einer Denkschrift vom 29. 1. 1917, daß Großbritannien Lazarettschiffe für Truppen- und sonstige militärische Transporte mißbraucht habe, und kündigte deswegen an, ab sofort im Seegebiet von der mittelenglischen Nordseeküste bis zum Westausgang des Ärmelkanals Lazarettschiffe als vermutliche Kriegstransporter ohne vorherige Warnung anzugreifen. Im Mittelmeer einigte man sich darauf, daß neutrale spanische Offiziere die alliierten Lazarettschiffe begleiten sollten, um so für deren bestimmungsgemäße Verwendung zu garantieren. Die Spanier zogen sich je-

[1] BOETHKE, »Haager Rote Kreuz-Abkommen«, in: Heinrich DIETZ (Hg.), *Taschenbuch des Militärrechts für Kriegszeiten,* Rastatt 1913, S. 111 ff.

Siehe außerdem: Friedrich LÜTZOW, *Englands Lazarettschiffs-Mißbrauch während des Weltkrieges. Auf Grund amtlichen Materials dargestellt,* Berlin 1921.

doch zurück, da sie den Mißbrauch nicht verhindern konnten: ein klassischer Beweis für die Richtigkeit der deutschen Behauptung. So kam es vor, daß deutsche U-Boote 1917/18 innerhalb und außerhalb des bezeichneten Sperrgebiets auch acht echte feindliche Lazarettschiffe irrtümlich angriffen und zum Teil torpedierten.

Bereits am 18. 10. 1914 brachten britische Zerstörer das deutsche Hilfslazarettschiff >Ophelia< auf, das am Tag zuvor aufgebrochen war, um nach schiffbrüchigen Uberlebenden der 7. Torpedoboots-Halbflottille zu suchen, die von britischen Seestreitkräften vernichtet worden war. Ein britisches Prisengericht verfügte unter fadenscheinigen Vorwänden die Beschlagnahme des Schiffes und hinderte es so an der Durchführung seiner Aufgabe.

Des weiteren torpedierten alliierte U-Boote im Mittelmeer noch ein deutsches, zwei österreichisch-ungarische und ein türkisches Lazarettschiff.[2]

Olaf Rose

[2] Siehe bei: Gerhard GRANIER, »Angriffe auf Lazarettschiffe«, in: Franz W. SEIDLER u. Alfred M. DE ZAYAS (Hg.), *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert,* Mittler & Sohn, Hamburg-Berlin-Bonn, 2002, S. 32 f.

⇨ Tagesbefehl des Kaisers an die Marine

In dem bevorstehenden Entscheidungskampfe fällt meiner Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der Aushungerung, mit dem unser Feind das deutsche Volk niederringen will, gegen ihn und seine Verbündeten zu kehren durch Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Hierbei werden die Unterseeboote in erster Linie stehen. Ich erwarte, daß diese in weiser Voraussicht technisch überlegen entwickelte, auf leistungsfähige und leistungsfreudige Werften gestützte Waffe, im Zusammenwirken mit anderen Kampfmitteln der Marine und getragen von dem Geiste, der sie im ganzen Verlaufe des Krieges zu glänzenden Taten befähigt hat, den Kriegswillen unserer Gegner brechen wird. Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1917

London, 1. Februar

Das Auswärtige Amt gibt eine Mitteilung aus, in der es heißt: Die deutsche Regierung erklärt, sie habe mehrfache schlüssige Belege dafür, daß feindliche Hospitalschiffe in mehreren Fällen zur Beförderung von Munition und Truppen mißbraucht worden sein; sie hat zugleich erklärt, daß der Verkehr von Hospitalschiffen auf den militärischen Fahrtstraßen für die in Frankreich und Belgien kämpfenden Streitkräfte innerhalb einer Linie zwischen Panborought Head und Terschelling auf der einen Seite und zwischen Quessant und Landsend auf der anderen nicht länger geduldet werden soll. Die britische Regierung stellt mit aller Entschiedenheit in Abrede, daß britische Hospitalschiffe für die Beförderung von Munition und Truppen oder in irgendeiner Weise gebraucht worden sind, die gegen das Haager Abkommen verstößt. Unter diesen Umständen hat die britische Regierung die Regierung der Vereinigten Staaten gebeten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die britische Regierung sich dahin entschieden hat, daß, falls die Drohung zur Tat gemacht wird, sofort von den in Betracht kommenden beteiligten Behörden Vergeltungsmaßregeln ergriffen werden sollen.

Textquellen in: *Amtliche Kriegsdepeschen nach Berichten des Wolff'schen Telegr.Bureaus,* Bd. 6, Nationaler Verlag, Berlin 1918.

Deutsche >Giftgas-Schuld< schon im Ersten Weltkrieg?

Zu den beinahe unausrottbaren Legenden zur Geschichte des Ersten Weltkrieges zählen nicht nur die abgehackten Kinderhände<, sondern auch die jetzt in der Bundesrepublik verbreitete Mär, die deutsche Seite habe 1915 mit dem Gaskrieg begonnen.

Wie viele Filme über historische Ereignisse, die in deutschen öffentlich-rechtlichen Sendern ausgestrahlt werden, war auch die dreiteilige ARD-Sendung aus dem Jahre 2004 über den Ersten Weltkrieg eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit. Über die Bilder, die zusammengeschnitten worden sind, soll hier weiter kein Wort verloren werden. Wohl aber über die Kommentare, die alles Übel in erster Linie den Deutschen zuschoben. Dazu nur ein Beispiel als *pars pro toto*: Wie in allen Schulbüchern und in Lexika wird darauf hingewiesen und mit schrecklichen Bildern von Gaskriegsopfern unterlegt, daß Deutschland am 15. April 1915 als erstes Land bei Ypern (Belgien) Kampfgas eingesetzt habe. Als mitverantwortlicher wissenschaftlicher Berater dieser Sendung kam dabei der Historiker KRUMEICH (NRW) in Wort und Bild zur Sprache, der die Meinung von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg verbreitete.

Deutscher Gas-Angriff in Ypern. Es steht inzwischen fest, daß die Franzosen bereits im Besitz der Giftgaswaffe waren. Frankreich setzte erstmals das Gasschießen mit phosgengefüllten Granaten ein.

Nicht nur in den Medien, auch in den Schulbüchern werden immer wieder alte Propagandalügen verbreitet. >Giftgas-Schuld< luden sich die Deutschen laut Schulbuchweisheit schon geraume Zeit vor HITLER auf. Auf Seite 17 eines Unterrichtswerkes[1] heißt es: »Fritz HABER war es, der auf den barbarischen Gedanken kam, Giftgas als Mittel der Kriegführung einzusetzen. Im April 1915 bliesen die Militärs erstmals in der vordersten deutschen Front Chlorgaswolken über die feindlichen Linien, um den Gegner aus seinen Unterständen zu treiben.«

Fritz HABER.

Der Publizist Günther W. GELLERMANN hat den neueren Erkenntnisstand internationaler Experten zum Thema wie folgt zusammengefaßt: »Bei Beginn des Krieges (1914) verfügten einzig die Franzosen über einsatzbereite Gaswaffen. Auf der deutschen Seite sind offensichtlich vor Beginn des Krieges keinerlei Gaskampfvorbereitungen getroffen worden... Frankreich hatte chemische Substanzen für militärische Zwecke zum ersten Mal zum Einsatz gebracht, Deutschland zog nach.«[2]

Über den Gaseinsatz im Ersten Weltkrieg zitierte der britische Politiker und Publizist Arthur PONSONBY in seinem Buch *Absichtliche Lügen in Kriegszeiten,*[3] das der ARD-Fachmann nicht zu kennen schien oder bewußt überging: »Damals wurde diese Todesart [durch Gas] aus Gründen der Humanität verteidigt, da der eintretende Tod absolut sicher und schmerzlos erfolgt wäre, es also von nun an keine Verwundeten mehr gegeben hätte. Jedenfalls wurde zu Beginn des Krieges in allen französischen Zeitungen festgestellt, daß die Schwierigkeiten in der Handhabung dieser Bomben überwunden und sie an bestimmten Abschnitten der französischen Front mit vortrefflichem Erfolg verwendet worden wären.« Und der Brite schrieb: »Es stellte sich heraus, daß die Deutschen nicht die Ersten gewesen waren, die Giftgas verwendeten. .. Die amtlichen Anweisungen des französischen Kriegsministeriums über den Gebrauch von Gashandgranaten [waren] schon im Herbst 1914 erlassen worden.« In seinem 1920 erschienenen Buch *Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen* wies Otto STÜLPNAGEL ebenfalls nach, daß der erste Einsatz chemischer Kampfstoffe im Ersten Weltkrieg durch die Franzosen erfolgte - die damit gegen die Haager Landkriegsordnung verstießen. Bereits im August 1914 setzten die Franzosen ein von der Pariser Polizei entwickeltes tränenreizendes Gas namens Xylylmbromid ein. Und STÜLPNAGEL fährt fort: »Wieder war es Frankreich, das zuerst mit einer reinen Gasgranate, der Phosgen-Granate, ohne jede Sprengladung im Frühjahr hervortrat. Diesen Geschossen gegenüber war Deutschland berechtigt, aufgrund des völkerrechtlich anerkannten Notstandes ein ähnliches Geschoß einzuführen.«

---

[1] *Geschichtsbuch für die Oberstufe,* Verlag Cornelsen.
[2] Günther W. GELLERMANN, *Der Krieg, der nicht stattfand,* Koblenz 1986.
[3] Arthur PONSONBY, *Absichtliche Lügen in Kriegszeiten,* Buchkreis für Besinnung und Aufbau, Seeheim 1967, S. 143 f.

Artikel 23a der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 verbot ausdrücklich »die Verwendung von Giften und vergifteten Waffen«, den »Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen«.

Erst nach alliierten Gaseinsätzen wurde der spätere deutsch-jüdische Chemie-Nobelpreisträger Fritz HABER beauftragt, einen Gegenschlag mit Kampfgas zu organisieren.[4] Nach Kriegsvölkerrecht konnte die deutsche Reaktion als Repressalie angesehen werden. Diese Tatsache wurde in besagter Fernsehdokumentation natürlich ausgeklammert.

Professor Fritz HABER, der Leiter der deutschen Entwicklung zur Abwehr von Gasangriffen, wurde von der Entente auf die >Kriegsverbrecherliste< gesetzt. HABER erhielt 1918 den Chemienobelpreis (Ammoniaksynthese) und gilt weltweit als eines der größten Genies des 20. Jahrhunderts. Als Jude sah er sich 1933 gezwungen, Deutschland zu verlassen. Otto HAHN gegenüber bestätigte er, daß die deutschen Kampfgase als Reaktion auf die Giftgaseinsätze der Alliierten entwickelt wurden.

In der Zwischenkriegszeit entflammte eine Diskussion über die deutsche Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg. Dabei stand die Frage, wer als erster Giftgas eingesetzt hatte, mit im Vordergrund. In der *Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen*[5] bestätigte der Fachmann Rudolf HANSLIAN den Ersteinsatz durch die Franzosen. Zwei Jahre später erinnerte Max SPETER in derselben Zeitschrift daran, daß die Franzosen 1845 den Araberstamm der Ouled-Riha durch »Ausräuchern« vernichteten.[6] Hans Meiser

Der deutsche Soldat, als Giftgasmonster dargestellt.

Weiterführende Literatur:

Rudolf HANSLIAN, *Der chemische Krieg,* Mittler, Hamburg 1925.

Franz W. SEIDLER, »Gaskrieg«, in: ders. u. Alfred M. DE ZAYAS, *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert,* E. S. Mittler & Sohn, Hamburg 2002, S. 23 ff.

Dieter MARTINETZ, *Der Gaskrieg 1914-18. Entwicklung, Herstellung und Einsatz chemischer Kampfstoffe. Das Zusammenwirken von militärischer Führung, Wissenschaft und Industrie,* Bonn 1996. MARTINETZ warnt allerdings vor einer Relativierung der deutschen Kriegsschuld und sieht eine Entwicklungslinie bis zur Verwendung von Zyklon B.

Christopher SCHUMACHER, »Der deutsche Giftgaseinsatz im Ersten Weltkrieg und sein militärischer Sinn«, in: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft,* 1996, Heft 1, S. 1-65.

[4] Siehe Otto HAHN, *Mein Leben,* München 1968.

[5] Rudolf HANSLIAN, »Zur Geschichte des Gaskrieges«, in: *Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen,* 24/1929, S. 70 f.

[6] Max SPETER, »Notanda zu neueren Beiträgen über Gaskriegshistoria«, in: *Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen,* 1931, S. 32-34.

Deutsches Friedensangebot im Ersten Weltkrieg

Wie im Zweiten Weltkrieg hat auch im Ersten die deutsche Reichsregierung dem Völkerringen ein Ende zu machen versucht und zu Zeiten günstiger deutscher Kriegslage den Gegnern Angebote zu einem Verständigungsfrieden gemacht, die diese jedoch - ebenso wie im Zweiten Weltkrieg - rundweg abgelehnt haben. Viele Millionen Menschen wären am Leben geblieben, wenn den deutschen Vorschlägen gefolgt worden wäre. Die heute oft verschwiegenen Texte[1] sollten nicht in Vergessenheit geraten.

Am 12. Dezember 1916 übermittelte die deutsche Reichsregierung, zugleich im Namen Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens, über die USA folgendes Angebot an die Alliierten:

»Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald zwei und einem halben Jahr in einem großen Teil der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, trifft die Menschheit in ihren wertvollsten Errungenschaften. Sie droht, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Deutschland und seine Verbündeten, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. Unerschütterlich halten ihre Linien den immer wiederholten Angriffen der Heere ihrer Feinde stand. Der jüngste Ansturm im Balkan ist schnell und siegreich niedergeworfen worden. Die letzten Ereignisse beweisen, daß auch eine weitere Fortdauer des Krieges ihre Widerstandskraft nicht zu brechen vermag, daß vielmehr die gesamte Lage zu der Erwartung weiterer Erfolge berechtigt. Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmestaten ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsch beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten und den Greueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensver-

[1] Text angeführt in: Werner Georg HAVERBECK, *Rudolf Steiner. Anwalt für Deutschland,* Langen Müller, München 1989, S. 204-207.

handlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens. Wenn trotz dieses Anerbietens zu Frieden und Versöhnung der Kampf dauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber feierlich jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.«

Am 21. Dezember 1916 richtete daraufhin US-Präsident WILSON einen Friedensappell an alle kriegführenden Mächte und regte an, daß beide Seiten ihre Bedingungen vorlegten. Schon am 26. Dezember 1916 antwortete das Deutsche Reich zustimmend, und der deutsche Staatssekretär (Außenminister) ZIMMERMANN telegraphierte an den deutschen Botschafter in Washington, Graf BERNSTORFF:

»Ich werde amerikanische Friedensnote dahin beantworten, daß uns unmittelbar Gedankenaustausch am geeignetsten erscheint, um zum gewünschten Ergebnis zu gelangen. Wir schlügen daher alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der kriegführenden Staaten an neutralem Ort vor... «

In ihrer gemeinsamen Antwortnote vom 30. 12. 1916, die am 5. 1. 1917 übergeben wurde, lehnten die Alliierten jedoch das Angebot der Mittelmächte ab. Es heißt darin:

»... Vor jeder Antwort legen die alliierten Mächte Gewicht darauf, gegen die beiden wesentlichen Behauptungen der Note der feindlichen Staaten lauten Einspruch zu erheben, welche auf die Alliierten die Verantwortung für den Krieg abwälzen will und die den Sieg der Zentralmächte verkündete.

Die Alliierten können diese doppelt unrichtige Behauptung nicht zulassen, die genügt, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. Die alliierten Nationen ertragen seit 30 Monaten einen Krieg, zu dessen Vermeidung sie alles getan haben, sie haben durch Taten ihre Anhänglichkeit an den Frieden nachgewiesen. Diese Anhänglichkeit ist jetzt ebenso fest wie im Jahre 1914; nachdem Deutschland seine Verpflichtung verletzt hat, kann der von ihm gebrochene Friede nicht auf sein Wort gegründet werden. Eine Anregung ohne Bedingungen für Eröffnung der Verhandlungen ist kein Friedensangebot. Der angebliche Vorschlag, der jeden greifbaren Inhalts und jeder Genauigkeit entbehrend durch die Kaiserliche Regierung in Umlauf gesetzt wurde, erscheint weniger als ein Friedensangebot, denn als ein Kriegsmanöver.

Er beruht auf der systematischen Verkennung des Charakters des Streites in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.«

Britischer Giftgasangriff in Palästina 1917

In der Geschichtswissenschaft ist bekannt, daß die Briten seit 1920 Giftgasbomben aus der Luft auf aufrührerische Stämme im Irak abgeworfen haben. Unbekannt blieb dagegen bisher in der Weltöffentlichkeit, daß britische Truppen auch schon im Ersten Weltkrieg Giftgas im Nahen Osten einsetzten. Der israelische Militärhistoriker Yigal SHEFFY enthüllte dazu neuerdings interessante Einzelheiten.[1]

Danach habe schon 1915 in dem auf Drängen des damaligen Marineministers Winston CHURCHILL begonnenen Gallipoli-Abenteuer zur Eroberung der Dardanellen von britischer Seite Giftgas eingesetzt werden sollen. Als nach der Landung der britischen und französischen Truppen in dem türkischen Gebiet im Sommer 1915 kein entscheidender Erfolg für London zu erringen war, habe CHURCHILL immer wieder auf der Verwendung von Giftgas bestanden, so daß das britische Expeditionskorps schließlich mit 190 Tonnen Giftgas in 6000 Kanistern ausgerüstet wurde. Das Gas kam jedoch nicht zum Einsatz, da beim Angriff der Briten aus der Küstenebene auf die höher gelegenen türkischen Stellungen in den Bergen die Gefahr bestand, daß die Giftwolken auf die Engländer herabgesunken wären und diese selbst gefährdet hätten.

Die Briten 1917 im Mittleren Osten in Aktion. Die beiden Gaza-Schlachten endeten für sie mit einer Niederlage.

[1] Die Studie von Yigal SHEFFY sollte im Jahre 2002 in London erscheinen. Ein Bericht darüber mit Zitaten in: *Kommentare zum Zeitgeschehen,* Folge 317, Februar 2001, S. 2.

Nach Abbruch des erfolglosen Gallipoli-Unternehmens im Januar 1916 wurden die britischen Streitkräfte nach Ägypten verlegt, von wo sie über den Suez-Kanal nach Palästina vordrangen. Bei der ersten Gaza-Schlacht im März 1917 wurden die angreifenden Briten unter ihrem Oberbefehlshaber General Sir Archibald MURRAY von den türkischen Truppen, die unter dem Befehl des deutschen Generals Kress VON KRESSENSTEIN standen, zurückgeworfen und damit von ihrem weiteren Vormarsch abgehalten. Um eine neue Niederlage zu vermeiden und den gewünschten Durchbruch doch noch zu erzielen, setzten die Engländer dann am Beginn der zweiten Schlacht vor den Toren Gazas in Palästina am 17. April 1917 bei ihrem Artillerie-Trommelfeuer ab fünf Uhr morgens auch Giftgasgranaten ein. Doch ihre Hoffnung trog: Die türkischen Soldaten überstanden das Bombardement. Als die britische Infanterie die türkischen Stellungen zu stürmen begann, stieß sie statt auf kampfunfähige Giftgasopfer auf heftigen Widerstand, so daß auch diese zweite Gaza-Schlacht mit einer britischen Niederlage endete. Nach der Ansicht SHEFFYS hat damals die eingesetzte Giftgasmenge nicht ausgereicht, um die türkischen Verteidiger außer Gefecht zu setzen.

Anscheinend hat auch die britische Armee mit dazu beigetragen, diesen frühen Einsatz von Giftgas in Palästina zu verbergen und dafür zu sorgen, daß er der Öffentlichkeit möglichst nicht bekannt wurde. In den Berichten über den Palästina-Feldzug und in der offiziellen Geschichte des Weltkriegs im Nahen Osten kommt er nicht vor. Bei seinen Nachforschungen mußte SHEFFY feststellen: »Die Akten des zuständigen Stabsoffiziers für Chemiewaffen am Oberkommando des Expeditionskorps sind weitgehend verschollen.« Die Vermutung scheint wohl nicht ganz abwegig, daß hier von offizieller Seite etwas nachgeholfen wurde.

So blieb dieser Giftgaseinsatz durch englische Streitkräfte fast ein Jahrhundert lang für die Geschichtsforschung und in der Öffentlichkeit unbekannt. Im Zweiten Weltkrieg bereitete der nun als britischer Premierminister amtierende Winston CHURCHILL ebenfalls den Einsatz von Giftgas vor.[1] Für eine Anzahl deutscher Großstädte war die Vergasung geplant, die Millionen Tote zur Folge gehabt hätte. Bei der Anlandung erster Giftgasmengen durch US-Schiffe im italienischen Hafen Bari kam es zu einer Giftgas-Katastrophe, bei der 1943 rund 100 Soldaten und zahlreiche Zivilisten starben.[2] Zu einem Giftgas-Einsatz kam es dann doch nicht.

Der Munitionsminister W. CHURCHILL im Jahre 1917. Nach dem verheerenden Gallipoli-Abenteuer, bei dem er auf Gaseinsatz gedrängt hatte, war er als Marineminister abgesetzt worden. Fünf Monate nach der zweiten Gaza-Schlacht wurde er zum neuen Munitionsminister ernannt.

[1] Siehe Beitrag »Die Alliierten und Giftgas im Zweiten Weltkrieg«, in: *Der Große Wendig,* Bd. 2, sowie »Churchills Anordnung zur Giftgas-Planung«, ebendort.

Der erste Holocaust

Weil wir fast täglich auf den Holocaust-Begriff in der vierten Macht, den Medien, stoßen, verbinden die meisten Deutschen damit in der Regel zwei unwandelbare, da >offenkundige< Tatbestände: anscheinend zum einen ereignete sich der Holocaust im Zweiten Weltkrieg, zum anderen fielen ihm sechs Millionen Juden zum Opfer. Obwohl oder weil die Zahl der von den Deutschen oder unter deutscher Verantwortung angeblich oder tatsächlich ermordeten Juden im Laufe der letzten sechzig Jahre sehr starken Schwankungen unterworfen war, ist die laut Gerichtsurteil symbolisch zu wertende Zahl von sechs Millionen Ermordeter kanonisiert und so einer historisierenden, vergleichenden und einordnenden Debatte weitgehend entzogen worden.

Es wird daher viele überraschen, daß der Begriff >Holocaust< nicht erst seit der Übertragung des amerikanischen Mehrteilers gleichen Titels im deutschen Fernsehen im Jahre 1978/79 zum Synonym für den Massenmord an Juden im Zweiten Weltkrieg wurde. Das altgriechische Wort *holocauston* und das abgeleitete Wort *holocautoma wurden* und werden in der griechischen Übersetzung der hebräischen Bibel nicht nur für die religiösen Opfer der Ganzverbrennung einzelner Tiere benutzt, sondern auch für Massenopferungen.[1] Es waren wohl die etwa 300 solcher Bibelstellen im Alten Testament, die später die gedankliche Verbindung des Wortes >Holocaust< zu Massentötungen schufen. Mit der Übernahme des latinisierten *holocaustum* in die *Vulgata,* die lateinische Übersetzung der Bibel, und von dort in volkssprachliche Bibelübersetzungen gelangte das Wort in mehrere romanische Sprachen und ins Englische. Daher ist es auch bei Schriftstellern früherer Jahrhunderte wie beispielsweise MILTON, CHATEAUBRIAND, SAND, FLAUBERT, D' ANNUNZIO und auch in den Kriegsmemoiren des Generals DE GAULLE zu finden. Allerdings fehlt dort zumeist der sakrale Bezug, da das christlich geprägte Europa blutige Tieropfer als heilige Handlungen nicht kennt.

Beim ersten Genozid an den Armeniern durch Sultan ABDULHAMIT II. im Jahre 1895 wird von einer Augenzeugin, der amerikanischen Missionarin Corinna SHATTUCK, die Verbrennung von 3000 armenischen Zivilisten in der Stadtkirche von Urfa in einem Brief als »the great holocaust« beschrieben. Ebenfalls aus dem angelsächsischen Raum stammte 1913 die erneute Verwendung des Begriffs >Holocaust<: 1909 waren 20000 Armenier in der osmanischen Provinz Adana von den Türken ermordet worden.

Ab 1942 wird der Massenmord an den europäischen Juden überwiegend als >Holocaust< bezeichnet, ein Begriff, der in der Unabhängigkeitserklärung Israels vom 15. Mai 1948 in der englischen Übersetzung als »Nazi holocaust«[2] wiederkehrt.

[1] So zum Beispiel von König SALOMO im Alten Testament, 2. Chronik 7.4.

[2] In der damaligen englischen Rechtschreibung zunächst kleingeschrieben als einer von mehreren geschichtlichen Holocausts.

Aber erst ab 1957 wurde in englischsprachigen Veröffentlichungen der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem das Wort >Holocaust< in Großschreibung als Namensgebung für den Genozid an den Juden geprägt.[3]

Geradezu sensationell ist die Erinnerung daran, daß in der amerikanischen Presselandschaft während des Ersten Weltkrieges schon einmal eine angeblich genozidartige Bedrohung der europäischen Juden sowohl mit dem Wort >Holocaust< als auch mit der Zahl sechs Millionen über einen Zeitraum von fast vier Jahren in Verbindung gebracht wurde.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begannen jüdische Organisationen in der amerikanischen Presse gezielte Kampagnen gegen europäische Staaten zu eröffnen, in denen eine große Anzahl von Juden unter angeblich diskriminierenden Umständen lebte. Damals lenkte die jüdische Welt nach dem 1880 in Deutschland stattgefundenen >Antisemitismusstreit< ihren Blick auf das zaristische Rußland, denn dort hatten sich mehrere Pogrome gegen Juden ereignet. Dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde von New York, Jacob SCHIFF, gelang es nicht nur, Spenden für die russischen Juden zu sammeln; zwar konnte er den amerikanischen Präsidenten Theodore ROOSEVELT nicht bewegen, einen >Pazifizierungsangriff< gegen Rußland durchzuführen, aber er konnte die Kreditvergabe an die osteuropäische Großmacht empfindlich einschränken und im Russisch-japanischen Krieg von 1905 die Japaner mit bedeutenden Summen unterstützen. Die Presse als Mittel für jüdischen Lobbyismus hatte ihre Bewährungsprobe bestanden.

Nach den erfolgreichen Abwehrschlachten von 1914 und 1915 an der deutschen Ostfront bei Tannenberg und den Masurischen Seen verlagerte sich der dortige Kriegsschauplatz immer tiefer in das von Rußland besetzte Polen hinein. Dort lebten mehrere Millionen Juden, die wie die polnische oder ukrainische und zuvor die deutsche Bevölkerung unter den Drangsalen des Krieges litten. 1916 wurde auch Serbien von den verbündeten Truppen der Mittelmächte unter der Führung von Generalfeldmarschall MACKENSEN erobert. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man in der jüdisch-amerikanischen Presse nur darauf hingewiesen, daß »die christlichen Polen, Ukrainer und Deutschen die unvermeidbaren Härten, die jede Kriegführung mit sich bringt, [erlitten]; aber die Juden, die schon von den Russen und Polen verdammt worden waren, begegneten einer konzentrierten Orgie von Haß, Blutdurst und Rache, die sie in einem großen Holocaust auszulöschen drohte«.[4] Als neue Besatzungsmacht wurden von nun an die Deutschen für die materiellen Engpässe und Entbehrungen, die zwangsläufig während eines Krieges auftreten und alle besetzten Bevölkerungsteile in etwa gleichem Maße treffen, verantwortlich gemacht.

Am 22. März 1916 allerdings bereicherte die britische Tageszeitung *Daily Telegraph* die amerikanische Kampagne um ein Element, das ein Vierteljahrhundert später wiederkehren sollte: ein »eigener Korrespondent« berichtete aus Serbien mit »glaubwürdigen«, aber nicht genannten »Quellen«, daß »...

[3] Zur historischen Entwicklung des Wortes >Holocaust< siehe ausführlich den Leserbrief von Dr. Volker SCHEUING, Gräfelfing, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 2. 2005.

[4] Nathan SCHACHNER, *The Price of Liberty. A History of the American Jewish Committee,* New York 1948, S. 287, zitiert nach: Don HEDDESHEIMER, *Der erste Holocaust. Jüdische Spendenkampagnen mit Holocaust-Behauptungen im Ersten Weltkrieg und danach,* Hastings 2004, S. 41.

The Crucifixion of Jews Must Stop!

By MARTIN H. GLYNN

(Former Governor of the State of N. Y.)

From across the sea six million men and women call to us for help, and eight hundred thousand little children cry for bread.

These children, these men and women are our fellow-members of the human family, with the same claim on life as we, the same susceptibility to the winter's cold, the same propensity to death before the fangs of hunger. Within them reside the illimitable possibilities for the advancement of the human race as naturally would reside in six million human beings. *We may not be their keepers but we ought to be their helpers.*

In the face of death, in the throes of starvation there is no place for mental distinctions of creed, no place for physical differentiations of race. In this catastrophe, when six million human beings are being whirled toward the grave by a cruel and relentless fate, only the most idealistic promptings of human nature should sway the heart and move the hand.

Six million men and women are dying from lack of the necessaries of life; eight hundred thousand children cry for bread. And this fate is upon them through no fault of their own, through no transgression of the laws of God or man; but through the awful tyranny of war and a bigoted lust for Jewish blood.

In this threatened holocaust of human life, forgotten are the niceties of philosophical distinction, forgotten are the differences of historical interpretation; and the determination to help the helpless, to shelter the homeless, to clothe the naked and to feed the hungry becomes a religion at whose altar men of every race can worship and women of every creed can kneel. In this calamity the temporalities of man's fashionings fall away before the eternal verities of life, and we awaken to the fact that from the hands of one God we all come and before the tribunal of one God we all must stand on the day of final reckoning. And when that reckoning comes mere profession of lips will not weigh a pennyweight; but deeds, mere intangible deeds, deeds that dry the tear of sorrow and allay the pain of anguish, deeds that with the spirit of the Good Samaritan pour oil and wine in wounds and find sustenance and shelter for the suffering and the stricken, will outweigh all the stars in the heavens, all the waters in the seas, all the rocks and metals in all the celestian globes that revolve in the firmament around us.

Race is a matter of accident; creed, partly a matter of inheritance, partly a matter of environment, partly one's method of ratiocination; but our physical wants and corporeal needs are implanted in all of us by the hand of God, and the man or woman who can, and will not, hear the cry of the starving; who can, and will not, take heed of the wail of the dying; who can, and will not, stretch forth a helping hand to those who sink beneath the waves of adversity is an assassin of nature's finest instincts, a traitor to the cause of the human family and an abjurer of the natural law written upon the tablets of every human heart by the finger of God himself.

And so in the spirit that turned the poor widow's votive offering of copper into silver, and the silver into gold when placed upon God's altar, the people of this country are called upon to sanctify their money by giving $35,000,000 in the name of the humanity of Moses to six million famished men and women.

Six million men and women are dying —eight hundred thousand little children are crying for bread.

And why?

Because of a war to lay Autocracy in the dust and give Democracy the sceptre of the Just.

And in that war for democracy 200,000 Jewish lads from the United States fought beneath the Stars and Stripes. In the 77th Division alone there were 14,000 of them, and in Argonne Forest this division captured 54 German guns. This shows that at Argonne the Jewish boys from the United States fought for democracy as Joshua fought against the Amalekites on the plains of Abraham. In an address on the so-called "Lost Battalion," led by Colonel Whittlesey of Pittsfield, Major-General Alexander shows the fighting stuff these Jewish boys were made of. In some way or another Whittlesey's command was surrounded. They were short of rations. They tried to get word back to the rear telling of their plight. They tried and they tried, but their men never got through. Paralysis and stupefaction and despair were in the air. And when the hour was darkest and all seemed lost, a soldier lad stepped forward, and said to Col. Whittlesey: "I will try to get through." He tried, he was wounded, he had to creep and crawl, but he got through. To-day he wears the Distinguished Service Cross and his name is

ABRAHAM KROTOSHINSKY.

Because of this war for Democracy six million Jewish men and women are starving across the seas; eight hundred thousand Jewish babies are crying for bread.

WHITHER?

Martin H. GLYNN, »Die Kreuzigung der Juden muß ein Ende haben«, in: *American Hebrew, 31. 10.* 1919. GLYNN war übrigens zwischen Oktober 1913 und Dezember 1914 Gouverneur von New York.

Frauen, Kinder und alte Männer.. . durch die Österreicher in Kirchen eingeschlossen und entweder mit dem Bajonett erstochen oder durch erstickendes Gas erstickt (wurden). In einer Kirche in Belgrad wurden auf diese Weise 3000 Frauen, Kinder und alte Männer erstickt. . .«[5]

Diese Ereignisse waren natürlich frei erfunden und wurden nie zurückgenommen. Sie eigneten sich aber hervorragend zur Stimmungsmache gegen die Mittelmächte und zu einer Aktivität, die den Krieg wie ein roter Faden durchzieht: das Spendensammeln. Mehrere jüdische Hilfsorganisationen wurden ins Leben gerufen, deren Aufgabe die Linderung der Not der Glaubensbrüder im fernen Europa sein sollte. Eine der bedeutendsten war das

[5] »Gewalttaten in Serbien«, in: *Daily Telegraph,* 22. 3. 1916, S. 7, zitiert nach: HEDDESHEIMER, ebenda, S. 17.

>Joint Distribution Committee of Jewish War Sufferers< (Vereinigtes Komitee der jüdischen Kriegsnotleidenden) in New York. Dessen Vorsitzender Jacob SCHIFF forderte wiederholt ein Ende »dieses Holocausts«. Diese Kampagnen endeten keineswegs mit dem Kriegsende. Bis in die frühen zwanziger Jahre veröffentlichten zum Beispiel die *New York Times* oder der *American Hebrew* Kassandra-Berichte, denen zufolge die jüdische Bevölkerung Osteuropas nach dem Krieg ausgelöscht zu werden drohte. Am 31. Oktober 1919 schrieb Martin H. GLYNN, ehemaliger Gouverneur des Staates New York, im *American Hebrew* unter der Überschrift »Die Kreuzigung der Juden muß ein Ende haben«: »Aus Ubersee rufen 6 Millionen Männer und Frauen um Hilfe und 800 000 kleine Kinder schreien nach Brot.. . 6 Millionen Menschen werden zum Grabe gewirbelt... 6 Millionen Männer und Frauen sterben... in diesem drohenden Holocaust des menschlichen Lebens. .. 6 Millionen ausgehungerte Männer und Frauen. ..«[6]

Ein großer Teil der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren gesammelten Hilfsgelder kam allerdings nicht den wirklich bedürftigen und notleidenden Juden in Osteuropa zugute, sondern es wurden riesige Summen für zionistische und kommunistische »Aufbauprojekte« ausgegeben, es wurde in polnische Banken, Gewerkschaften und Industriegesellschaften, zumeist mit jüdischem Hintergrund, aber auch in Kibbuze investiert. Dabei gingen nach zeitgenössischen Vorwürfen aus den eigenen Reihen bis zu 40 Prozent bei Geldwechsel-Manipulationen verloren.[7] Die Kritiker wurden damals genauso übergangen oder mundtot gemacht wie im Jahre 2000 Norman G. FINKELSTEIN, der in seinem Aufsehen erregenden Buch *Die Holocaust-Industrie* die moralische und finanzielle Ausbeutung jüdischer Leiden durch jüdisch-amerikanische Interessenverbände gebrandmarkt hat.[8]

Olaf Rose

[6] Martin H. GLYNN, »Die Kreuzigung der Juden muß ein Ende haben«, in: *American Hebrew,* 31. 10. 1919; Kopie des Artikels im Archiv des Verfassers; auch in: HEDDESHEIMER, ebenda, S. 165; dort ist auch eine faksimilierte Wiedergabe des Zeitungsartikels im Anhang abgedruckt.

[7] HEDDESHEIMER, ebenda, S. 82 ff.

[8] Norman G. FINKELSTEIN, *Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird,* Piper, München-Zürich 2002.

"Just Another Drive," But the Lives of 6,000,000 Human Beings Wait Upon the Answer

Just another drive—just another campaign—just another effort to alleviate human misery, to save the lives of men, women and children.

Campaigns are an old story in New York.

But to 6,000,000 men, women and children, HUNGER IS AN OLDER STORY, AND NAKEDNESS, HOMELESSNESS, DISEASE AND DEATH HAVE ALSO CEASED TO BE NOVEL.

At no time during the war, in any land, not even in Belgium or Northern France was there a situation more critical—a need more great—a demand for sacrifice and help more insistent than now comes to us from Eastern and Central Europe.

There is but ONE WAY in which the lives of the people of these lands are to be saved.

There is but ONE PLACE in all the world to which they may look for help.

This is the reason for the NON-SECTARIAN APPEAL to be made in New York next week in behalf of the Sufferers from Famine, Disease and Destitution in the War-Ridden Lands.

If typhus fever and the other innumerable consequences of hundreds of thousands of human beings starving are not checked in time, SOME REVERBERATION OF THIS THUNDEROUS CALAMITY WILL REACH OUR SHORES JUST AS SURELY AS EACH EPIDEMIC OF INFLUENZA IN EUROPE HAS ULTIMATELY FOUND ITS WAY ACROSS THE ATLANTIC OCEAN.

Will YOU GIVE to save a life, or

"Shall Death Be the Highest Bidder?"

We hope you will not wait to be asked to give in person, but will send your check NOW to

PAUL BAERWALD, TREASURER, 389 FIFTH AVENUE, NEW YORK

OTTO A. ROSALSKY, Chairman

GREATER NEW YORK FUND

TO BE ADMINISTERED BY THE

JOINT DISTRIBUTION COMMITTEE

Executive Committee:

J. O'ADLER, JOHN G. AGAR, ROBERT ADAMSON, PAUL BAERWALD, OTTO T. BANNARD, EVANGELINE BOOTH, BISHOP CHARLES S. BURCH, NICHOLAS MURRAY BUTLER, GEORGE GORDON BATTLE, DAVID H. BRESSLER, REV. DR. DAVID J. BURRELL, HENRY EVRIGHT CHAPIN, BIRD S. COLER, MARTIN CONBOY, ROBERT GRUBB COOKE, CHARLES L. CRAIG, PAUL D. CRAVATH, CLEVELAND H. DODGE, SAMUEL DORF, JULIUS J. DREAS, GEORGE R. DYER, WILLIAM B. EDWARDS, ABRAM I. ELKUS, R. K. KNIGHT, HARRY FISCHEL, WILLIAM FOX, WALTER E. FREW, LEE K. FRANKEL, DANIEL CHESTER FRENCH, COLONEL MICHAEL E. FRIEDSAM, FRANCIS D. GALLATIN, HOWARD C. GANS, I. IRWIN GOLDWASSER, MEYER GILLIS, CHARLES HARTMAN, GUSTAVE HARTMAN, ET. REV. PATRICK J. HAYES, NATHAN HOFHEIMER, EMANUEL HRETZ, ALEXANDER KAHN, SAMUEL S. KOENIG, REV. DR. NATHAN KRASS, SAMUEL KRIDEL, ARTHUR M. LAMPORT, SAMUEL C. LAMPORT, ARTHUR LEHMAN, HERBERT H. LEHMAN, MAX LEVY, SOLOMON LIEBERKIND, EDWARD LAZANSKY, MEYER LONDON, HARRIET B. LOWENSTEIN, REV. DR. J. L. MAGNES, W. F. MARGOLIES, ALFRED E. MARLING, LOUIS MARSHALL, JACOB MILLER, HENRY MORGENTHAU, JOSEPH P. MULQUEEN, CARL PFORZHEIMER, PERCY R. PYNE, OTTO A. ROSALSKY, HENRY H. ROSENFELT, A. E. ROTHSTEIN, SAMUEL ROTHENBERG, CHARLES H. SABIN, REUBEN SADOWSKY, LEON SANDERS, S. SCHATZKIN, JACOB H. SCHIFF, HARRIS L. SELIG, HENRY C. SIEGEL, LEWIS J. SELDNICK, JACOB SPERBER, WILLIAM STRICKER, FIERRE A. SIEGELSTEIN, JEFFERSON SELIGMAN, NATHAN STRAUS, OSCAR S. STRAUS, JACOB S. STRAUS, HENRY L. STIMSON, MAX D. STEUER, CYRUS L. SULZBERGER, R. C. VLADECK, WM. H. WADHAMS, FELIX M. WARBURG, JACOB WERTHEIM, GEORGE W. WICKERSHAM, REV. DR. STEPHEN S. WISE, JOSEPH H. WISE, S. ZUCKERMAN, RAUL ADOLPH, MORRIS ROTHENBERG.

THIS ADVERTISEMENT IS PAID FOR BY DEERING, MILLIKEN & COMPANY, 79-83 LEONARD STREET

Contributions to this Fund in amounts of $1,000 and more, will be acknowledged in these columns beginning on [illegible]day, May 5th

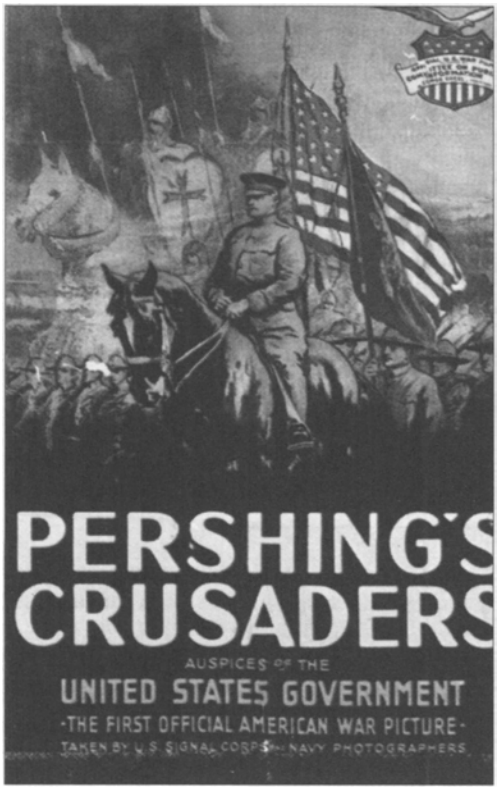
Anzeige aus der *New York Times* vom 1. Mai 1920, S. 8.

Antideutsches Gebet im US-Kongreß 1918

Bereits im Verlauf des Ersten Weltkriegs - und damit lange, bevor HITLER politisch in Erscheinung trat - kam bei den Westmächten ein schon seit Jahren vorhandener und unbegründeter Antigermanismus zum Ausbruch. Er äußerte sich nicht nur in der vor allem von den Briten gegenüber dem Deutschen Reich angewandten Greuelpropaganda, sondern auch in vielen Erklärungen und Veröffentlichungen in den Vereinigten Staaten, wo die sich zu ihrer Abstammung bekennenden Deutschamerikaner Schweres zu erdulden hatten.

Am 6. April 1917 erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg, am 7. Dezember 1917 auch dem Kaiserreich Österreich-Ungarn, ohne von diesen Staaten irgendwie angegriffen oder bedroht worden zu sein. Sie verhinderten damit einen Ausgleichsfrieden in Europa. Washington witterte das große Geschäft, das die US-Wirtschaft dann auch machen konnte: Die Vereinigten Staaten wurden durch ihre Teilnahme am Ersten Weltkrieg innerhalb weniger Jahre von einer Schuldnernation zu einem Gläubigerland und erlebten eine ungeahnte Wirtschaftsblüte. Wie unbegründet und unmoralisch der Eintritt in den Ersten Weltkrieg war, wußten natürlich auch die führenden Politiker und Abgeordneten in Washington.

Der Eintritt der USA in den Krieg 1917, schon damals als Kreuzzug, um die Sache der freien Welt der Demokratie zu verteidigen. Na hezu alle Kriegsein sätze der USA sind auf diesem Schema aufgebaut worden.



Vor diesem Hintergrund ist als ein besonders bezeichnendes Dokument für die damalige Ansicht der Amerikaner über das noch kaiserliche Deutschland das Gebet der Abgeordneten des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 10. Januar 1918 zu betrachten. An diesem Tag hörten die US-Parlamentarier gemeinsam aus Anlaß der feierlichen Eröffnung der neuen Sitzungsperiode die folgenden Worte ihres >Vorbeters<[1]: »Allmächtiger Gott - Unser himmlischer Vater!. . . Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Tod und Leben stehen gegen eine der gemeinsten, übelsten, gierigsten, habsüchtigsten,

---

1

[1] *CONGRESSIONAL RECORD OF THE SECOND SESSION OF THE 65TH CONGRESS OF THE UNITED STATES OF AMERICA,* BD. LVI, S. 762, ZIT. NACH: FRANZ Uhle-Wettler, »BEMERKUNGEN ZUR DEUTSCHEN SICHERHEITSPOLITIK«, IN: HANS-HELMUTH KNÜTTER (HG.), *EUROPA JA - ABER WAS WIRD AUS DEUTSCHLAND?,* HOHENRAIN, TÜBINGEN 1998, S. 182 F.; AUCH FRANZ Uhle-Wettler, *DER KRIEG,* E. S. MITTLER & SOHN, HAMBURG-BERLIN-BONN 2001, S. 160.

blutdürstigsten, sündhaftesten und sinnlichsten aller Nationen, die jemals das Buch der Geschichte geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschen genügend Tränen gepreßt hat, um einen neuen Ozean zu füllen, daß es genügend Blut vergossen hat, um jede Woge auf diesem Ozean zu röten, und daß es aus den Herzen von Männern, Frauen und Kindern genügend Schreie und Stöhnen gepreßt hat, um daraus ein neues Gebirge aufzutürmen.«

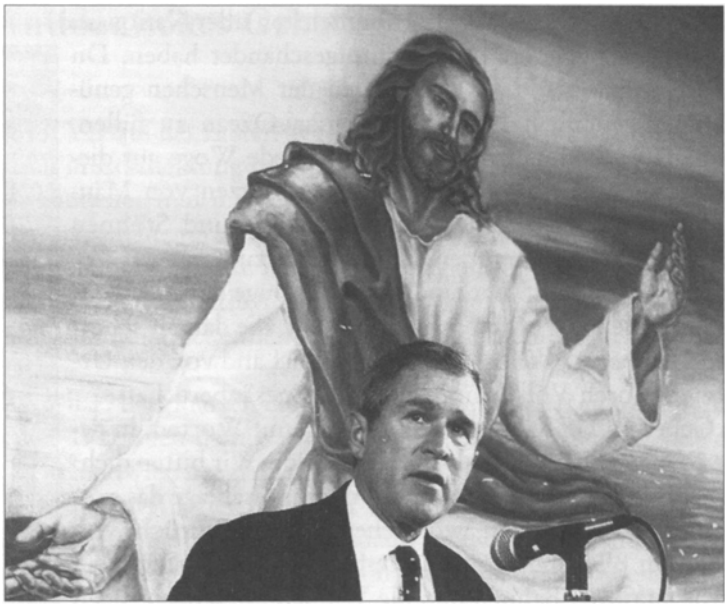
Fast jedes Wort stellt hier eine Geschichtslüge dar - und das aus dem Munde des Vertreters einer Nation, die damals schon genügend Eroberungskriege geführt und ihr Land von den Ureinwohnern durch Völkermord praktisch >gesäubert< hatte.

Das Gebet im US-Kongreß schloß dann mit Worten, in denen die Geschichtsfälschung fortgesetzt wird: »Wir bitten dich, o Herr, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das große Rudel dieser hungrigen, wölfischen Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim tropfen. Wir bitten Dich, laß die Sterne auf ihren Bahnen und die Winde und Wogen gegen sie kämpfen.. . Und wenn alles vorüber ist, werden wir unser Haupt entblößen und unser Antlitz zum Himmel erheben... Und Dir sei Lob und Preis immerdar, durch Jesus Christus. Amen!«

Überhaupt scheint es in der amerikanischen Kriegspolitik häufiger als in anderen Ländern üblich zu sein, Gott im Gebet öffentlich anzusprechen oder Kriegshandlungen zu segnen. So sprach US-Präsident ROOSEVELT für den ersten >Tag der Vereinten Nationen< über den Rundfunk das folgende Gebet: »Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten. Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit,[2]

Der deutsche >Hunne< als Argument, US-Kriegsanleihen zu zeichnen.
Aus: FZ, *Verschwiegene Dokumente,* Bd. 1, München ⁹1999, S. 50 f.

[2] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche,* Seewald, Stuttgart 1965, S. 68.



Gott soll Amerika weiter segnen. ..

Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können. Amen.«

Auch bevor die Piloten mit den Atombomben nach Hiroshima und Nagasaki starteten, soll ein US-Geistlicher den Segen des Himmels für den einen hunderttausendfachen Tod bringenden Flug erfleht haben.[1]

Und US-Präsident George W. BUSH erklärte am 8. Oktober 2001 zum Beginn des Angriffskrieges auf Afghanistan:[2] »Heute konzentrieren wir uns auf Afghanistan, aber die Schlacht ist umfangreicher angelegt. Jede Nation muß eine Entscheidung treffen. In diesem Konflikt gibt es keine Neutralität. Wenn eine Regierung die Gesetzesbrecher und Mörder der Unschuld unterstützt, wird sie selbst Gesetzesbrecher und Mörder. Und sie wird diesen einsamen Pfad auf eigene Gefahr gehen. Wir sind eine friedliche Nation. Doch, wie wir so plötzlich und tragisch lernen mußten, gibt es keinen Frieden in einer Weh, in der der Terror plötzlich ausbrechen kann. Angesichts der neuen Herausforderung von heute ist der einzige Weg, Frieden zu suchen, die zu verfolgen, die ihn bedrohen. Wir haben diese Mission nicht gewollt, aber wir werden sie erfüllen... Die Schlacht findet jetzt an mehreren Fronten statt. Wir werden nicht wanken, wir werden nicht müde werden, wir werden nicht zögern, und wir werden nicht versagen. Frieden und Freiheit werden sich durchsetzen... Möge Gott Amerika weiter segnen!«

[1] A. May, IN: *DER FREIWILLIGE,* 47. JAHRGANG, HEFT 11, NOVEMBER 2001, S. 21.
[2] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 10. 2001.

Ludendorff verzerrt dargestellt

Die Historiker der Nachkriegszeit beschreiben im Sinne der Umerziehung nicht nur die Zeit des Dritten Reiches meist einseitig und verzerrt, sondern stellen auch große deutsche Personen früherer Epochen gern abwertend dar. Diesem Schicksal unterliegt wie manch anderer ebenfalls der geniale General Erich LUDENDORFF (1865-1937), der als Generalstabschef HINDENBURGS (1847-1934) als der eigentliche Sieger der Schlachten bei Tannenberg Ende August 1914, an den Masurischen Seen im September 1914 und in den Masuren im Februar 1915 und als wohl größter Taktiker des Ersten Weltkriegs zu betrachten ist. Sein Eintreten für rechte Parteien und gegen das Versailler Diktat in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hat ihn darüber hinaus noch bei den gegenwärtigen Historikern zu einer unbeliebten Person gemacht, der man gern einen Fußtritt versetzt. Der Militärhistoriker Franz UHLE-WETTLER hat in seiner Biographie des Generals mehrere solche objektiv unzutreffenden Beschreibungen angeführt.[1] Eine sei herausgegriffen.[1]

[1] Franz UHLE-WETTLER, *Erich Ludendorff in seiner Zeit,* Druffel, Berg 1996, an mehreren Stellen.

Der angesehene bundesdeutsche Historiker Gerhard RITTER (1929-) schreibt in einem seiner Werke,[2] daß LUDENDORFF bei der Winterschlacht in

»Trotz alledem vorwärts!« Aus der Winterschlacht in Masuren, Gemälde von Karl STORCH. Aus: *Hindenburg – Denkmal für das deutsche Volk,* Vaterländischer Verlag E. U. Weller, Berlin 1923.

[1] Auch beschrieben in: Franz UHLE-WETTLER, »Der Einfluß der >political correctness< auf unser Geschichtsbild«, in: Otto SCRINZI (Hg.), *Nationale Zukunft und Verantwortung,* Aula, Graz 2001, S. 58.

[2] Gerhard RITTER, *Staatskunst und Kriegshandwerk,* 4 Bde., Oldenbourg, München 1954-1968, Bd. 3, S. 72.

den Masuren 1915 die deutschen Truppen seinem kalten Ehrgeiz geopfert, sie also nach späterem Wortgebrauch ohne militärische Notwendigkeit >verheizt< habe. Zur Untermauerung seines Urteils führt er mit Quellenangabe als gewichtigen und den Leser beeindruckenden Zeugen den damaligen Chef des Generalstabes, den General Erich VON FALKENHAYN (1861-1922), an. Dieser habe beklagt, daß bei der genannten Schlacht in Ostpreußen die deutschen strategisch ungemein wichtigen Reserven »in den Wäldern von Augustowo« einen sinnlosen Untergang fanden.

Erich LUDENDORFF.

Der kritische Leser fragt sich zunächst, warum der Einsatz der deutschen Soldaten sinnlos gewesen sein soll, da mit der Schlacht doch dank LUDENDORFFS überlegener Stabsarbeit ein großer deutscher Sieg und die Befreiung Ostpreußens von den russischen Armeen verbunden waren. Ein weiteres kommt noch hinzu. Dazu sei UHLE-WETTLER zitiert: »Sieht man bei FALKENHAYN nach - doch wer ist schon mißtrauisch genug, und wer hat dann noch Zeit sowie Gelegenheit? -, so entdeckt man Erstaunliches: General VON FALKENHAYN kommentiert gar nicht den Untergang deutscher, sondern den Untergang russischer Truppen >in den Wäldern von Augustowo<. Man könnte einwenden, das sei ein Irrtum, ein Flüchtigkeitsfehler. Doch schon aus dem gleichen Werk lassen sich zahlreiche ähnliche Beispiele anführen, die zudem oft von anderen Historikern übernommen wurden und werden.«[3]

Das Objekt der Beurteilung wurde also von RITTER einfach vertauscht, ein schlechtes Urteil über die russische Heeresführung in eines über die deutsche verwandelt, das zusätzlich LUDENDORFF belastet. Die Frage stellt sich, ob hier Nachlässigkeit oder Vorsatz vorliegt, zumal solches mehrfach vorkommt.

Als Beispiel für die verzerrte Darstellung LUDENDORFFS in Schulgeschichtsbüchern sei ein »Lern- und Arbeitsbuch für Geschichte in der gymnasialen Oberstufe« - so der Untertitel[4] - angeführt. Dort heißt es auf Seite 258 zu den Verhältnissen in Deutschland im Ersten Weltkrieg: »Die Oberste Heeresleitung unter der Führung von HINDENBURG und LUDENDORFF. .. übte ab 1917 eine totalitäre antiparlamentarische Diktatur aus.«

Das ist, wenn man das heute übliche Verständnis für die Begriffe von >totalitär< und >Diktatur< zugrunde legt, eine unzutreffende Beschreibung und erzeugt beim lesenden Schüler die völlig falsche Vorstellung, daß das Parlament ausgeschaltet gewesen sei und Deutschland damals unter einer Militärdiktatur gestanden habe. Mit größerer Berechtigung hätte man dann auch ROOSEVELT und CHURCHILL wegen ihrer Machtfülle und autoritären Herrschaftsweise als totalitär regierende Diktatoren bezeichnen können, was natürlich unterblieb.

Rolf Kosiek

---

[3] UHLE-WETTLER, aaO.(Anm. 2), S. 58.

[4] Wolfgang W. MICKEL u. a. (Hg.), *Geschichte. Politik und Gesellschaft,* Cornelsen, Berlin

Die britische Hungerblockade 1914/19

Zu den Verlusten eines Krieges werden in der Regel nur die gefallenen, verwundeten und vermißten Soldaten gerechnet. Bis zum Ersten Weltkrieg fielen in Kriegen zivile Opfer, deren Prozentsatz sich im 19. Jahrhundert zwischen einem und drei bewegte, auch kaum ins Gewicht. Im Ersten Weltkrieg stieg die Zahl der durch Gefechtseinwirkung oder andere Ursachen getöteten Zivilpersonen auf 8 Prozent an. Lediglich Deutschland machte hier eine Ausnahme. Das Deutsche Reich hatte zwischen 1914 und 1918 ohne Gefechtseinwirkungen fast 30 Prozent zivile Tote zu beklagen, die einer völkerrechtswidrigen Maßnahme der Engländer zum Opfer fielen: der sogenannten Blockade.

Im *Taschenbuch des Militärrechts für Kriegswesen* aus dem Jahre 1913 wird Blockade folgendermaßen definiert: »Die Blockade ist das gewaltigste Mittel im Seekrieg; freilich nur für den Starken verwendbar, aber trotz ihrer militärischen Passivität von verheerender Wirkung, da sie nicht allein den Handel der Neutralen gänzlich unterbindet, sondern das Wirtschaftsleben des Feindes in seinem Marke zu treffen vermag. .. Das heute [1913] geltende Blockaderecht, dessen Sätze sich auf die absolute Militärgewalt im Blockadebereich zurückführen lassen, beruht auf dem vierten Satz der Pariser Seerechts-Deklaration vom 16. 4. 1856: >Die Blockaden müssen, um rechtsverbindlich zu sein, effektiv sein, das heißt, durch eine Streitmacht aufrechterhalten werden, welche hinreicht, um den Zugang zur Küste des Feindes wirklich zu verhindern^ Dieser Satz, das Ergebnis einer langen Entwicklung, ist der Erfolg eines beharrlichen Ringens der Seemächte zweiten Ranges um Beseitigung der örtlich unbegrenzten und daher den Handel und freien Verkehr auf allen Weltmeeren hemmenden und lahmlegenden Anwendung des alten Blockaderechts.«[1]

Es genügte dabei nicht, eine Blockade lediglich zu erklären [sogenannte papierene Blockade ohne örtliche Begrenzung] oder diese durch Seeminen zu verhängen; Voraussetzung für die Rechtsgültigkeit einer Blockade ist ihre Effektivität, die nur durch an Ort und Stelle patrouillierende Kriegsschiffe gewährleistet werden kann. Die Blockade muß den Behörden des blockierten Staates und den neutralen Staaten bekanntgegeben werden. Diese Grundsätze wurden in den Seekriegsrechtsdeklarationen von Paris (1856) und London (1909; von Großbritannien nicht ratifiziert) festgeschrieben. Interessanterweise hat ausgerechnet die stärkste damalige Seemacht, Großbritannien, diese Abkommen nicht ratifiziert,[2] während sie in der deutschen Prisenordnung vom 28. August 1939 niedergelegt und damit anerkannt wurden.[3]

Die deutsche Regierung hatte sich 1914 auf die Einhaltung des Seerechts durch England verlassen. Dies wird auch aus der Kommentierung der Mo-

[1] Heinrich DIETZ (Hg.), *Taschenbuch des Militärrechts für Kriegs-Zeiten,* Rastatt 1913, S. 56 f.

[2] Ein Vergleich mit den USA heutzutage drängt sich unwillkürlich auf; auch für die jetzige Weltmacht Nummer eins gelten zahlreiche für alle anderen Staaten verbindliche völkerrechtliche Grundlagen nicht.

[3] Stichwort >Blockade<, in: *Meyers Enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden,* Mannheim-Wien-Zürich [9]1971-1979, Bd. 4, S. 351.

difizierung des Blockaderechts in der Londoner »Erklärung über das Seekriegsrecht« aus deutscher Sicht deutlich: »Damit ist ein seit langer Zeit erstrebtes Ziel, die Gewinnung fester, Mißdeutung und Mißbrauch nach Möglichkeit ausschließender Regeln über das wichtige Seekriegsmittel, wenngleich nicht ganz erreicht, so doch in greifbare Nähe gerückt.«[4]

[4] DIETZ, aaO. (Anm. 1), S. 57.

Diese Kriterien für eine Blockade konnte die britische Flotte im Ersten Weltkrieg angesichts der Stärke der deutschen Hochseeflotte und der Gefahren durch Minen, insbesondere aber wegen der neuartigen Bedrohung durch deutsche Unterseeboote nicht erfüllen. Bereits 1912, zwei Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, traf der damalige britische Erste Lord der Admiralität (Marineminister) Winston CHURCHILL den Entschluß, bei einem eventuellen Kriegsausbruch gegen Deutschland gegen die Bestimmungen der Londoner Seerechtsdeklaration zu verstoßen. So wurde bei Kriegsausbruch mit dem Aufbau einer Bewachungslinie zwischen den Shetland-Inseln und Norwegen begonnen, die immer weiter verstärkt wurde. Ohne eine Blockade zu proklamieren, sperrte Großbritannien auf diese Weise den nördlichen Zugang zur Nordsee, um das Deutsche Reich von der überseeischen Zufuhr abzuschneiden. Am 2. November 1914 erklärte die britische Regierung die gesamte Nordsee zum Kriegsgebiet und verschärfte so die Blockade. Man bemühte sich, dieses Verhalten rechtlich zu untermauern, indem man den Begriff >Konterbande< (Schmuggelware) immer weiter auf fast alle Bereiche des zivilen Lebens ausdehnte. Einbezogen wurden Lebensmittel, Kleidung, Rohstoffe und schließlich überhaupt alle Güter, die für Deutschland und seine Verbündeten bestimmt waren, mit dem erklärten Ziel, die Mittelmächte wirtschaftlich zu strangulieren, wobei auf die Zivilbevölkerung keinerlei Rücksicht genommen wurde. Zur Legitimierung dieses Vorgehens stellte die britische Regierung bereits am 22. August 1914 die unwahre Behauptung auf, »daß außergewöhnliche Maßnahmen im feindlichen Lande zur staatlichen Kontrolle der gesamten Lebensmittelversorgung ergriffen worden seien«. In Wirklichkeit gab es staatliche Eingriffe dieser Art in Form von Rationierungen, Preiskontrolle u.ä. in Deutschland erst ab Januar 1915, und zwar nur deswegen, um den Folgen der Blockade zu begegnen.

Die britische Seeblockade stand nicht nur im Widerspruch zur von Großbritannien nicht ratifizierten Londoner Seerechtsdeklaration; Großbritannien hatte diese Bestimmungen zwar nicht unterzeichnet, aber festgestellt, daß sie im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts entsprachen. Sie waren daher auch für England als bindend anzusehen.

Mitte 1915 behauptete die britische Regierung, es sei nicht weiter möglich, eine Blockade nach den alten Regeln durchzuführen, weil das Deutsche Reich sich ihr durch Importe aus neutralen Ländern oder über neutrale Länder entziehen könne. Um die Wirksamkeit der Fernblockade zu steigern, dehnte Großbritannien diese daher auch auf die neutralen Staaten aus, um

deren Handel mit den Mittelmächten nach Möglichkeit zu unterbinden. Dabei scheute sich England nicht, den neutralen Staaten ein Rationierungssystem aufzunötigen, wobei diesen vorgeschrieben wurde, wie viele Lebensmittel und sonstigen Güter sie einführen durften, um so einen Weiterverkauf an Deutschland zu verhindern. Auch wurden neutrale Schiffe, die nach Völkerrecht nur auf hoher See hätten kontrolliert werden dürfen, gezwungen, britische Häfen anzulaufen, um dort durchsucht zu werden.

Da die deutsche Reichsregierung eine solche völkerrechtswidrige Kriegführung nicht für möglich gehalten hatte, war im Frieden keine Vorsorge für die Bevorratung von Lebensmitteln und Rohstoffen getroffen worden. Daher mußte 1915 auf allen Gebieten eine Rationierung eingeführt werden, die jedoch nicht verhindern konnte, daß die Bevölkerung zunehmend Hunger litt, der seinen Höhepunkt im sprichwörtlichen >Steckrübenwinter< 1916/17 erreichte.

Lebensmittelausgabe an die Zivilbevölkerung 1918 in Deutschland. Nach dem verheerenden >Steckrüben<-Winter 1916/17 brachen mehrere Hungerstreiks aus.

Die deutsche Führung erwog daher als Gegenmaßnahme, durch den Einsatz von U-Booten den britischen Seehandel so weit wie möglich zu unterbinden, und erklärte am 4. Februar 1915 den Handelskrieg in den Gewässern um die Britischen Inseln. Die Not des >Kohlrübenwinters< war schließlich auch mitentscheidend beim Entschluß der Reichsregierung zur Eröffnung des uneingeschränkten Handelskrieges am 1. Februar 1917.

Die Proteste der neutralen Staaten gegen die britischen Blockademaßnahmen waren vergeblich. Sie mußten sich schließlich unterwerfen, um wenigstens die Versorgung ihrer eigenen Völker und ihres eigenen Handels nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.[5]

Den höchsten Grad moralischer Fragwürdigkeit erreichte die Blockade im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiegne. Obwohl die deutsche Waffenstillstandskommission auf Druck der Entente nahezu vollständig auf die Bedingungen der Sieger eingehen

[5] Gerhard GRANER, »Britische Blockadepolitik«, in: Franz W. SEIDLER u. Alfred M. DE ZAYAS (Hg.), *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert,* Mittler & Sohn, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 20 ff.

mußte, wurde die Fortdauer der Blockade gegen wehrlose deutsche Zivilbevölkerung als Vertragspunkt festgeschrieben.

In einem Beitrag zur »Ernährung des deutschen Volkes im Kriege« stellte der Autor im *Großen Brockhaus* 1935 fest: »Die Blockade hatte die deutsche Volkskraft schwer geschädigt - es starben 1914-18 an Hunger 762796 Menschen - und schließlich die seelische Widerstandskraft der Bevölkerung zermürbt. Doch ist es nicht nur der trotz aller Mängel erfolgreichen Organisation, sondern auch der Disziplin des Volkes zu danken, wenn es nicht zu einem Zusammenbruch der Ernährung kam.«[6]

[6] N.N., »Weltkrieg«, in: *Der Große Brockhaus,* Leipzig [15]1935, Bd. 20, S. 204.

Erst nachdem sich das Deutsche Reich in allen Punkten dem Versailler Diktat unterworfen hatte, wurde im Sommer 1919 die Blockade aufgehoben. Was den Verlust an zivilen und damit unschuldigen Menschenleben betrifft, so ist dieses Kriegsverbrechen Großbritanniens im Ersten Weltkrieg mindestens so gravierend gewesen wie die Terrorbombardements der Anglo-Amerikaner im Zweiten Weltkrieg. Während das letzte Kriegsverbrechen mit seinen unübersehbaren Trümmerwüsten und den gespeicherten Erinnerungen von Millionen Betroffener durch Jörg FRIEDRICHS Buch *Der Brand* dem Totschweigen und dem Vergessen entrissen wurde, ist die Erinnerung an die Hekatomben von deutschen Hungertoten nahezu ausgelöscht. Olaf Rose

⇨ »Während der beiden Kriegsjahre starben in Deutschland und Österreich über eine Million Zivilisten an Hunger. Am 13. Dezember 1918, als die Deutschen um Erlaubnis baten, Weizen, kondensierte Milch, Medikamente usw. einzuführen zu dürfen, wurde ihre Bitte abgewiesen. In Böhmen wurden im Februar 1919 zwanzig v. H. der Säuglinge tot geboren, vierzig v. H. starben im ersten Lebensmonat. Erst als der Kommandierende General der Britischen Rheinarmee, Lord PLUMER, seiner Regierung mitteilte, daß seine Soldaten das Geschrei der hungernden Kinder nicht mehr ertragen könnten, wurde die Blockade teilweise gelockert.«
Artur BRYANT, aus: *Unfinished Victory,* zitiert bei: John Charles Frederick FÜLLER, *Die entartete Kunst, Krieg führen,* Köln 1964, S. 239.

⇨ »Die Verhältnisse in den Krankenhäusern waren erschreckend. Während der Kriegsjahre waren von den Patienten durchschnittlich ein Zehntel infolge Mangels an Fett, Milch und gutem Mehl gestorben... Im Kinderkrankenhaus sahen wir schreckliche Bilder, so die >Hungerbabys< mit gräßlich geschwollenen Köpfen... Natürlich drängte unser Bericht auf sofortige für Fett, Milch und Mehl..., aber die schreckliche Blocade wurde, weil die Franzosen darauf bestanden, aufrechterhalten.«
George E. R. GEDE, *The Revolver-Republik,* London 1930.

Thomas Mann 1918 zur Demokratie

Der deutsche Schriftsteller und spätere Literatur-Nobelpreisträger (1929) Thomas MANN, 1875 in Lübeck geboren, hatte schon seinen berühmten Roman *Buddenbrooks* (1901) sowie seine bekannten Novellen *Tonio Kröger* (1903) und *Der Tod in Venedig* (1913) geschrieben und war mit einem Alter von 43 Jahren kein Jüngling mehr, als er 1918 seine *Betrachtungen eines Unpolitischen*[1] veröffentlichte. Darin bringt er heute überraschende Urteile zur Demokratie und Zukunft Europas, die für sein Denken wie für die Vorstellungen im damaligen Deutschland sehr bemerkenswert sind. Später schrieb er anderes darüber. Da diese Ausführungen zur Beurteilung der geistigen Lage zur damaligen Zeit nicht uninteressant, im allgemeinen heute aber schwer zugänglich sind, seien einige Zitate aus dem Werk angeführt.

[1] Thomas MANN, *Anmerkungen eines Unpolitischen,* S. Fischer, Berlin 1918.

In der Einführung heißt es: »Wenn ich auf den folgenden Blättern die Meinung vertrat, daß Demokratie, daß Politik selbst dem deutschen Wesen fremd und giftig sei; wenn ich Deutschlands Berufenheit zur Politik bezweifelte oder bestritt, so geschah es nicht in der - persönlich und sachlich genommen - lächerlichen Absicht, meinem Volk den Willen zur Realität zu verleiden, es im Glauben an die Gerechtigkeit seiner Weltansprüche wankend zu machen. Ich bekenne mich tief überzeugt, daß das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grunde, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und daß der vielverschrieene >Obrigkeitsstaat< die dem deutschen Volke angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt. Dieser Überzeugung Ausdruck zu geben, dazu gehört heute ein gewisser Mut. Trotzdem wird damit nicht nur nicht dem deutschen Volke irgendwelche Geringschätzung im geistigen oder sittlichen Sinne ausgedrückt - das Gegenteil ist die Meinung -, sondern auch sein Wille zur Macht und Erdengröße (welcher weniger ein Wille als ein Schicksal und eine Weltnotwendigkeit ist) bleibt dadurch in seiner Rechtmäßigkeit und seinen Aussichten völlig unangefochten.«[2]

[2] Ebenda, S. XXXII f.

Weiter heißt es dann: »Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur.«[1]

[1] Ebenda, S. XXXIII.

Im eigentlichen Buch schreibt Thomas MANN dann unter anderem zu diesem Thema: »Welches ist nun diese Entwicklung, dieser Fortschritt, von dem ich sprach? Aber es ist eine handvoll schändlich häßlicher Kunstwörter nötig, um anzudeuten, um was es sich handelt. Es handelt sich um die Politisierung, Literarisierung, Intellektualisierung, Radikalisierung Deutschlands, es gilt seine >Vermenschlichung< im lateinisch-politischen Sinne und seine

Enthumanisierung im deutschen.. . es gilt, um das Lieblingswort, den Kriegs- und Jubelruf des Zivilisationsliteraten zu brauchen, die *Demokratisierung* Deutschlands, oder, um alles zusammenzufassen und auf den Generalnenner zu bringen: es gilt seine Entdeutschung. .. Und an all diesem Unfug sollte ich teilhaben?«[4]

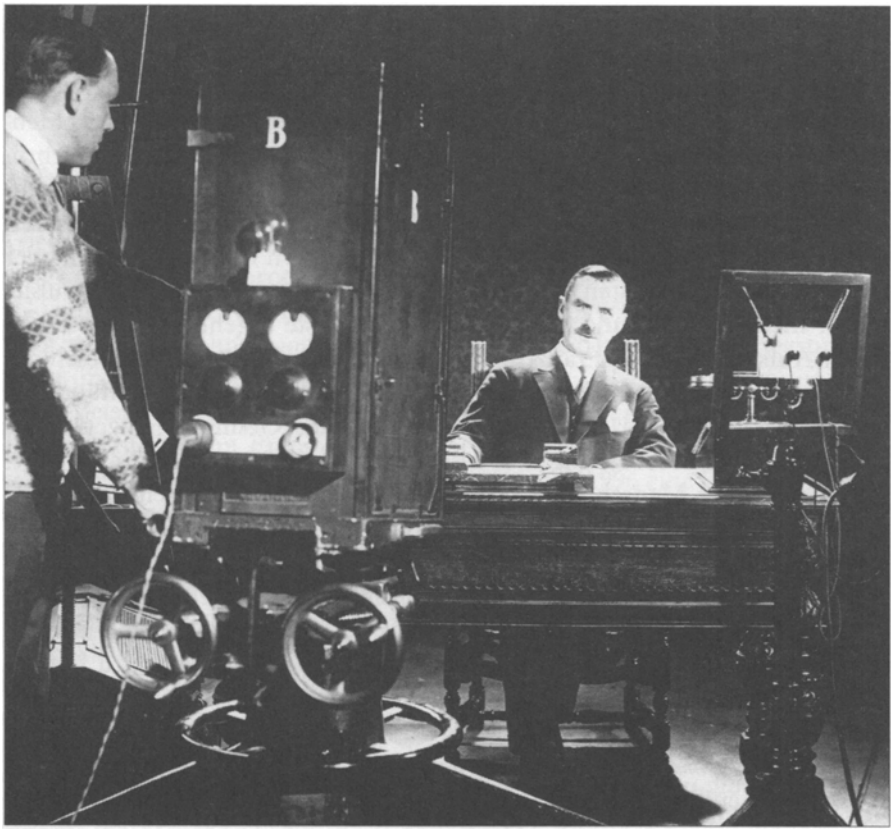
[4] Ebenda, S. 30.

»Schuldig an dem heutigen Zustand Europas, an seiner Anarchie, an dem Kampf Aller gegen Alle, an diesem Kriege ist die *nationalistische Demokratie.* Das nationale Prinzip ist das atomistische, das anarchistische, das antieuropäische, das reaktionäre Prinzip. Die Demokratie ist reaktionär, denn sie ist nationalistisch und ohne jedes europäische Gewissen. Wo, unter den Feinden Deutschlands, gäbe es europäisches Gewissen? In England etwa - um von dem unverschämten Gebaren der kleinen nationalen Egoismen zu schweigen? Europäisches Gewissen, übernationale Verantwortlichkeit ist einzig und allein in dem unpolitischen und anti-demokratischen Volke, in Deutschland lebendig - der deutsche Zivilisationsliterat aber sieht es nicht. Er lauscht verklärt auf die Phrasen von der >freien Gesellschaft der Staaten<, vom demokratischen Völkerbunds vom demokratischen Friedens welche aus dem Mundwerk des westlichen Rhetors rollen - verlogenerweise, denn er glaubt selbst nicht, und kein verständiger Mensch in der ganzen Welt glaubt ernstlich an diese Gesellschaft, diesen Bund und diesen Frieden... Nein, nicht der Friede der nationalistisch-internationalen Demokratie ist es, den Europa braucht - er ist unmöglich, er wäre keiner, er wäre die verewigte Anarchie. Der Friede Europas sei nicht international, sondern übernational, er sei kein demokratischer, sondern ein deutscher Friede. Der Friede Europas kann nur beruhen auf dem Siege und der Macht des übernationalen Volkes, des Volks, das die höchsten universalistischen Überlieferungen, die reichste kosmopolitische Begabung, das tiefste Gefühl europäischer Verantwortlichkeit sein eigen nennt. Daß das gebildetste, gerechteste und den Frieden am wahrsten liebende Volk auch das mächtigste, das gebietende sei - darauf, auf der durch keine Zettelung mehr antastbaren Macht des Deutschen Reiches ruhe der Friede Europas. Wenn das heißt, den nationalistischen Katechismus bekennen, nun wohl, dann bekenne auch ich ihn, dann habe ich ihn immer bekannt.«[5]

[5] Ebenda, S. 186 f.

»Fort also mit dem landfremden und abstoßenden Schlagwort demokratische Nie wird der mechanisch-demokratische Staat des Westens Heimatrecht bei uns erlangen. Man verdeutsche das Wort, man sage >volkstümlich< statt >demokratisch< - und man nennt und erfaßt das genaue Gegenteil: denn deutsch-volkstümlich, das bedeutet >frei< - nach innen und außen, aber das bedeutet nicht >gleich< - weder nach innen noch außen. Wer wollte einer volkstümlicheren Gestaltung des Reichs- und Staatswesens widerstreben? Niemand von denen, dafür verbürge ich mich, die sich gegen die Demokratisierung, die Politisierung Deutschlands in einem gewissen Sinne mit heftigstem Widerstand auflehnen.«[6]

[6] Ebenda, S. 265.



Thomas MANN Anfang der zwanziger Jahre.

Und Thomas MANN faßt auf den letzten beiden Seiten seines Buches seine Haltung noch einmal zusammen und begründet sie mit dem Hinweis auf WIELAND: »Welches ist diese Welt (gegen die MANN ist und schreibt, H. W.)? Es ist die der Politik, der Demokratie; und daß ich mich gegen sie stellen, daß ich in diesem Kriege zu Deutschland - und nicht, wie der Zivilisationsliterat, zum Feinde - stehen mußte, diese Notwendigkeit geht für jeden Sehenden aus allem, was ich in fünfzehn Friedensjahren schrieb und fügte, klar hervor. Der Anschein aber, daß ich mit meinem Glauben, die Frage des Menschen sei nie und nimmer politisch, sondern nur seelisch-moralisch zu lösen, heute unter geistigen Deutschen allein stehe, kann eben nicht mehr als ein Anschein sein, er muß auf Täuschung beruhen. Die Legitimität solcher Anschauungs- und Gefühlsweise ist durch zu viele Äußerungen edler Geister erhärtet, die deutsch blieben, indem sie überaus deutsch waren. WIELAND war national im höchsten und geistigsten Sinn, als er es den ewigen Refrain aller seiner politischen Träume nannte, daß, solle es jemals besser um die Menschheit stehen, die Reform nicht bei den Regierungsformen und Konstitutionen, sondern bei den einzelnen Menschen anfangen müsse. Er war es ebenfalls, als er ausbrach in die Frage: >Welcher Deutsche, in dessen

Brust nur ein Funke von Nationalgefühl glimmt, kann den Gedanken ertragen, daß ein auswärtiges Volk sich anmaße, uns einen alle unsere häuslichen und bürgerlichen Verhältnisse zerstörenden politischen *Wahnglauben* mit den Waffen in der Hand *aufzudringen,* und zu eben der Zeit, da sie nichts als Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Weltbürgerschaft und allgemeine Verbrüderung im Munde führen, uns die abscheuliche Wahl vorlegen, ob wir entweder zu Verrätern an den Gesetzen unseres Vaterlandes, an unseren rechtmäßigen Regenten und an uns selbst und unsern Kindern werden, oder uns wie die verworfensten Sklaven behandeln lassen wollen?< Und er wußte, daß er nicht allein sei und keinen Verrat am Geiste begehe, als er die Reihe seiner Aufsätze über die Französische Revolution mit den Worten beschloß: >Ich werde nur mit dem Dasein aufhören, meinen seit mehr als fünfunddreißig Jahren öffentlich dargelegten Grundsätzen und Gesinnungen getreu, als Schriftsteller zu Beförderung alles dessen mitzuwirken, was ich für das allgemeine Beste der Menschheit halte; und eben darum werde ich, solange es nötig sein wird, allen unechten, verworrenen und schwindlichten Begriffen von Freiheit und Gleichheit, allen auf Anarchie, Aufruhr, gewaltsamen Umsturz der bürgerlichen Ordnung und Realisierung der neuen politischen Religion der Westfränkischen Demagogen abzweckenden oder auch (vielleicht wider die Absicht wohlmeinender sogenannter Demokraten) dazu führenden Maximen, Räsonnements, Deklamationen und Assoziationen, aus allen Kräften entgegen arbeiten; nicht zweifelnd, daß ich hierin *jeden echten deutschen Patrioten, Volksfreund und Weltbürger auf meiner Seite habe und behalten werde. «*[7]

[7] Ebenda, S. 610 f.

Abschließend sei noch eine interessante Bemerkung des Schriftstellers zu einer heutigen Lebensfrage der Deutschen angeführt. Thomas MANN schrieb 1918 zum Geburtenrückgang und zu dessen Ursache:

»Über meine >kulturpolitische< Stellung weiß ich heute so ziemlich Bescheid: Sogar war es die Statistik, die mir Winke darüber erteilte. Sie lehrt, daß im Jahre 1876 (ein Jahr nach dem meiner eigenen Geburt) der Höchststand der Lebendgeburten auf 1000 Personen in Deutschland erreicht wurde. Er betrug 49,9. Es folgte bis zur Jahrhundertwende ein *langsamer* Geburtenrückgang, der indessen durch die Abnahme der Todesfälle reichlich wettgemacht wurde. Plötzlich, genau seit 1900, vollzieht sich im Laufe von 13 Jahren ein Absturz der Geburtenzahl von 35 auf 27 - ein Absturz, wie ihn, so versichert die Statistik, kein Kulturvolk in so kurzer Zeit erlebt hat. Dabei konnte durchaus nicht von eigentlicher Rassenverschlechterung die Rede sein. Geschlechtskrankheiten und Alkoholismus traten zurück, die Hygiene schritt fort. Die Ursachen sind rein moralisch, oder, um es indifferent-wissenschaftlicher zu sagen, kulturpolitisch; sie liegen in der >Zivilisierung<, der im westlichen Sinne fortschrittlichen Entwicklung Deutschlands. In diesen Jahren, um es kurz zu sagen und auch auf die Spitze zu stellen, hat sich die deutsche Prosa verbessert; gleichzeitig drang die Anpreisung und Kenntnis der empfängnisverhütenden Mittel bis ins letzte Dorf.«[8]

[8] Ebenda, S. 606 f

UNO 1996: Märchen von deutschen Massenvergewaltigungen

Die vor allem von der britischen Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg gegen die Deutschen erfundenen Märchen wurden bald nach Ende des Krieges als solche entlarvt,[1] und jeder Kundige wußte dann, daß ihnen keinerlei Tatsachen entsprochen hatten.

Dennoch feierten sie in der Umerziehung nach 1945 teilweise Auferstehung, wie sich an ihnen auch manche Erzeugnisse der alliierten Kriegspropaganda im Zweiten Weltkrieg ausgerichtet hatten.

Ein Beispiel dafür, daß diese unbegründeten Vorwürfe auch 80 Jahre nach ihrem Entstehen am Ende unseres sich so aufgeklärt dünkenden Jahrhunderts noch immer politisch ausgenutzt werden, gab 1996 eine UNO-Behörde: Der >UN-Economic and Social Councils eine Unterorganisation der Vereinten Nationen, brachte in einem Papier seiner Menschenrechtskommission zum Thema *Zeitgenössische Formen der Sklaverei vom* 16. Juli 1996 die folgende, längst als Greuelmärchen entlarvte Geschichte, wobei der Einfachheit halber gleich für beide Weltkriege berichtet wird und die früher für Belgien erhobenen Vorwürfe verallgemeinert werden: »Während der deutschen Invasion in Belgien im Ersten Weltkrieg vergewaltigten deutsche Soldaten systematisch belgische Frauen, um die ganze Bevölkerung zu terrorisieren. Während des Zweiten Weltkrieges setzten deutsche Soldaten die Vergewaltigung als Terrorwaffe ein und als ein Mittel zur Demütigung und Auslöschung minderwertiger Völker< sowie zur Etablierung ihrer eigenen Herrenrasse.«[2]

Der sich an Frauen vergreifende deutsche Soldat war ein beliebtes Motiv von antideutschen Hetzzeichnungen im Ersten Weltkrieg. Hier ist es sogar der deutsche Kaiser persönlich, der im Bunde mit dem Teufel steht. Abgedruckt in: FZ, *Vorsicht Fälschung,* München 1991.

[1] Arthur PONSONBY, *Lügen in Kriegszeiten,* Verlag Georg Silke, Berlin 1930. Neuauflage unter dem Titel *Absichtliche Fügen in Kriegszeiten* im Buchkreis für Besinnung und Aufbau, Seeheim 1967; Otto VON STÜLPNAGEL, *Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen,* 1920.

[2] Amerikanischer Originaltext: »During the German invasion of Belgium in the First World War, German Soldiers systematically raped Belgian women in er to terrorize the ord entire population. German soldiers used rape during the Second World War as a weapon of terror and as a means of obtaining the total humiliation and destruction of inferior peoples< and the establishment of their own master race.«

Die UNO-Organisation stützt sich bei dieser Falschmeldung auf ein Buch von Susan BROWNMILLER,[3] weil offensichtlich keine historische Quelle für solch eine unberechtigte Aussage zu finden ist. Besonders raffiniert ist auch die durch keinen Beweis belegte und durch nichts gerechtfertigte Übertragung der Vorwürfe aus dem Ersten Weltkrieg auf den Zweiten Weltkrieg, wodurch der Anschein erweckt werden soll, als ob Vergewaltigung eine allgemeine Praxis der deutschen Wehrmacht gewesen sei. Genau das Gegenteil war an allen Fronten in beiden Kriegen der Fall: Bekannt gewordene Fälle von Vergewaltigung durch Wehrmachtangehörige wurden von der deutschen Truppenführung schwer bestraft. Zu deutlich ist für den Kenner, daß von den Verbrechen der Alliierten, die Massenvergewaltigungen in Deutschland und anderenorts[4] begingen, abgelenkt und den sich im allgemeinen nicht verteidigenden Deutschen neue Schuld aufgebürdet werden soll.

Gewerkschaftskreise unterstützen leider die alliierte Greuelpropaganda. So stand in *Einigkeit,* der Zeitschrift der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, folgende Ungeheuerlichkeit,[5] zugleich eine Entschuldigung der Greuel der Roten Armee 1945: »Im Ersten Weltkrieg gehörten Vergewaltigungen zu den Terrormethoden der deutschen Truppen in Belgien. Mit Vergewaltigungen rächte sich auch die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg auf dem Wege nach Berlin, die Deutschen hatten zuvor polnische und russische Frauen massenhaft sexuell mißhandelt.«

Eine ausführlich begründete Richtigstellung der fälschlicherweise gegen die Deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg erhobenen Vorwürfe von Vergewaltigungspraxis bringt eine Studie von Birgit BECK,[6] nach der die deutschen Soldaten sich vorteilhaft von den Alliierten, insbesondere von den Sowjets, abhoben.

In einer ausführlichen Besprechung dieses Buches heißt es: »Auch an der Ostfront gab es keine generelle Straffreiheit für Sexualtäter. Selbst dort wurden immer wieder hohe Strafen ausgesprochen, teilweise sogar ausschließlich aufgrund der Aussagen einheimischer Opfer oder Zeugen. Die Folgerungen BECKS sind vorsichtig, zeigen aber in eine eindeutige Richtung. Erstens: Auch wenn die sanktionierten Fälle nur einen Bruchteil der tatsächlich erfolgten Verbrechen darstellten, weist bisher nichts darauf hin, daß die Sexualverbrechen der Wehrmacht jemals die quantitative Dimension der Massenvergewaltigungen durch die japanischen Truppen in China oder die Rote Armee in Deutschland erreicht hätten. Zweitens: Auch wenn die Wehrmacht sexuelle Gewalt nicht nur bestrafte, sondern häufig bagatellisierte und teilweise duldete, fehlt bisher jeder Nachweis dafür, daß die deutsche Seite sexuelle Übergriffe als Kriegsmittel akzeptierte oder sogar bewußt als Kriegsstrategie eingesetzt hätte.«[7]

Das unterstreicht andere Urteile, denen zufolge die deutschen Soldaten sich am diszipliniertesten von allen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Kämpfern verhalten haben.

[3] Susan BROWNMILLER, *Against our will: Man, women and rape,* Penguin, London 1977.

[4] Vgl. Beiträge in: *Der Große Wendig,* Bd. 2: »Die Plünderung Freudenstadts«, »Französische Verbrechen in Stuttgart 1945«, »Französische Kriegsverbrechen«.

[5] Zitiert in: *National-Zeitung,* Nr. 25, 17. 6. 1996, S. 9.

[6] Birgit BECK, *Wehrmacht und sexuelle Gewalt. Sexualverbrechen vor deutschen Gerichten 1939-1945,* Ferdinand Schöningh, Paderborn 2004.

[7] Johannes HÜRTER, »Keine Straffreiheit«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 9. 2005, S. 8.

Zweimal Compiegne - 1918 und 1940

Im Walde von Réthondes bei Compiegne wurden in diesem Jahrhundert zwei folgenreiche Waffenstillstände abgeschlossen: 1918 bat das noch weit in Feindesland stehende Deutschland aufgrund alliierter Versprechungen (WILSONS 14 Punkte u. a.) um Waffenstillstand, um einen sinnlosen Krieg nicht weiter zu verlängern; 1940 mußte das völlig geschlagene und weithin besetzte Frankreich um Waffenstillstand bei Deutschland nachsuchen.

Bezeichnend sind die Unterschiede im äußeren Ablauf der Unterzeichnungen. Sie sagen sehr viel, insbesondere über den jeweiligen Geist des Siegers, aus.

Am 9. November 1918 war die deutsche Waffenstillstandsdelegation unter Matthias ERZBERGER gegen sieben Uhr morgens im Zug auf der Waldlichtung angekommen. Ihr wurde bedeutet, daß sie pünktlich um neun Uhr in dem Speisewagen des schon in Sichtweite auf einem Nachbargleis haltenden Zuges von General FOCH sich einfinden sollte. Sie mußte also zwei Stunden warten. Als sie dann dorthin kam, erfolgte keine Begrüßung, »man tauschte stumm einige steife Verbeugungen«, ein »feindseliger Empfang«. Dann erst kam Marschall FOCH. Nach wenigen Fragen zur Sache wurden die Bedingungen verlesen, der Annahmetermin mitgeteilt. »Dann verließ FOCH schweigend und ohne Gruß den Speisewagen« - ließ die Deutschen zurück ohne

Die Unterzeichnung des bedingungslosen Waffenstillstands vom 11. November 1918 im berühmten Eisenbahnwagen im Wald von Compiegne. In der Mitte: Matthias ERZBERGER (Reichstagsabgeordneter des Zentrums); rechts: General Ferdinand FOCH, Oberbefehlshaber der Alliierten. Aus: *Was geschah am?,* Harenberg, Dormund 1996.

jedes teilnehmende Wort, ohne jede persönliche Regung. Ähnlich frostig und für die Deutschen demütigend verlief die eigentliche Unterzeichnung am 11. November am selben Ort: Als nach der Abzeichnung der Dokumente ERZBERGER noch einmal ums Wort gebeten und einen Protest verlesen hatte, antwortete FOCH »daraufhin nichts als >Tres bien< und verließ, wiederum ohne Handschlag, den Waggon«.[1]

An dem Ort wurden dann eine Statue von Marschall FOCH[2] aufgestellt, ein Stein mit einem gestürzten deutschen Adler und der geschichtsfälschenden Inschrift: »Hier zerbrach am 11. 11. 1918 der verbrecherische Stolz des deutschen Reiches, besiegt durch die freien Völker, die es sich zu unterjochen anmaßte.«[3] 1927 wurde der historische Speisewagen, der »Waggon lit Nr. 2419 D< in einem eigens dafür gebauten Museumsschuppen auf der Waldlichtung untergebracht.

Das Furchtbare an dem Waffenstillstand, der eine einseitige Entwaffnung Deutschlands bedeutete, war nicht nur die kalte und feindliche Atmosphäre, in der die Besprechungen stattgefunden haben. Die Bedingungen des Waffenstillstandes waren ungeheuerlich. So mußten Belgien, Frankreich und

---

[1] Eine ausführliche Schilderung liefert Henning SCHLÜTER, »Das volle Ausmaß der Erniedrigung«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 259, vom 6. November 1993, auf einer ganzen Seite. Allerdings stimmen dabei manche Einzelheiten nicht: FOCH war 1918 nicht 77, sondern 67 Jahre alt; Leon BLUM war nicht Kommunist, sondern Sozialist; nicht er verurteilte und begnadigte PÉTAIN 1945, sondern ein Militärgericht bzw. DE GAULLE; nicht die »Dicke Berta« (ohne h) beschoß Paris, sondern das Paris-Geschütz; 1940 war PÉTAIN nicht bei der französischen Delegation in Compiègne, konnte deswegen auch nicht von HITLER gezwungen werden, auf ERZBERGERS Stuhl Platz zu nehmen! 1918 bestanden die Züge der beiden Delegationen nicht aus je drei, sondern aus zehn Wagen.

Ursprünglich sollte 1918 General VON GÜNDELL Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission werden. Er eignete sich dazu, wegen seiner perfekten Beherrschung der französischen Sprache, seines Auftretens und seiner Übung im Verkehr mit französischen Offizieren. ERZBERGER riß jedoch den Vorsitz der Waffenstillstandskommission an sich. Unter Zustimmung des Prinzen Max VON BADEN strich er auf der Liste den Namen des Generals VON GÜNDELL aus und setzte seinen eigenen Namen an dessen Stelle. (General Erich VON GÜNDELL, *Aus seinen Tagebüchern,* Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1930, S. 311)

[2]Ferdinand FOCH, 1851-1929, französischer Marschall, Armeeführer in der Marneschlacht 1914, Sommeschlacht 1916, ab 1917 Generalstabschef, ab 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Frankreich, wollte in Versailles eine dauernde Besetzung des linken Rheinufers durchsetzen. FOCH hatte kurz vor dem Waffenstillstand 1918 erklärt: »Der Friede, den Frankreich braucht, kann erst nach völliger Vernichtung und Zertrümmerung Deutschlands geschlossen werden.« (in: Thomas TEUPITZ, Anmerkung 3)

[3] Thomas TEUPITZ, »Für den Premierminister war es die falsche Stunde«, in: *Die Welt,* 13. 11. 1993.

Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen von den Deutschen geräumt werden. Der Waffenstillstand dauerte 36 Tage und beinhaltete 34 Artikel. Abzugeben waren von Deutschland u. a. 5000 Kanonen, davon 2500 schwere, 25 000 Maschinengewehre, 1700 Flugzeuge, 150000 Eisenbahnwaggons. Die Hungerblockade blieb bestehen. Deutsche Schiffe durften weiterhin gekapert werden. Die alliierten Kriegsgefangenen waren ohne Gegenseitigkeit zurückzugeben. Die sofortige Auslieferung sämtlicher U-Boote und vieler Großkampfschiffe hatte zu erfolgen. Es wurde vieles vorweggenommen, was im allgemeinen in einem Friedensvertrag geregelt wird.

Ganz anders verlief der 21. Juni 1940 an diesem Ort.[4] Frankreich hatte in militärisch aussichtsloser Lage, und fast schon ganz besetzt, um Waffenstillstand nachgesucht. Als die französischen Militärs unter Führung General HUNTZIGERS (etwas verspätet) eintreffen, erwartet sie vor dem Speisewagen eine angetretene deutsche Ehrenkompanie. HITLER ist selbst erschienen, hat aber im Wagen gewartet, bis die Franzosen eintreffen, steigt dann sofort aus und bittet gleich die Franzosen, in den Speisewagen zu kommen. Als diese eintreten, erheben sich die anwesenden Deutschen: HITLER, GÖRING, HESS, RAEDER, RIBBENTROP, KEITEL, und weitere Generale grüßen. RAEDER und GÖRING salutieren mit ihren Marschallstäben.

Dann verliest KEITEL eine Erklärung, in der an den November 1918 und daran erinnert wird, daß Frankreich und England am 3. September 1939 ohne eigentlichen Grund Deutschland den Krieg erklärt hätten. Danach heißt es weiter in KEITELS Erklärung: »Wenn zur Entgegennahme der Bedingun-

[4] Wortlaut u. a. in: Luise JODL, *Jenseits des Endes. Leben und Sterben des Generaloberst Alfred Jodl,* Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1976, S. 43; Christian ZENTNER u. Friedemann BEDÜRFTIG, *Das große Lexikon des Zweiten Weltkrieges,* Südwest, München 1988, S. 127.

Die Waffenstillstandsverhandlungen am 21. Juni 1940 im berühmt-berüchtigten Eisenbahnwagen von Compiegne. KEITEL verliest die Präambel des deutsch-französischen Waffenstillstandsabkommens. HITLER gegenüber sitzt der Leiter der französischen Delegation, General Charles HUNTZIGER.

gen der historische Wald von Compiegne bestimmt wurde, dann geschah es, um durch diesen Akt einer wiedergutmachenden Gerechtigkeit - einmal für immer - eine Erinnerung zu löschen, die für ganz Frankreich kein Ruhmesblatt der Geschichte war, vom deutschen Volk aber als tiefste Schande aller Zeiten empfunden wurde. Frankreich ist nach einem heroischen Widerstand in einer blutigen Schlachtenfolge besiegt worden und zusammengebrochen. Deutschland beabsichtigt daher nicht, den Waffenstillstandsbedingungen oder **-Verhandlungen** die Charakterzüge von Schmähungen gegenüber einem so tapferen Gegner zu geben. Der Zweck der deutschen Forderungen ist es, erstens eine Wiederaufnahme des Kampfes zu verhindern, zweitens Deutschland alle Sicherheiten zu bieten für die ihm aufgezwungene Weiterführung des Kampfes gegen England und drittens die Voraussetzungen zu schaffen für die Gestaltung eines neuen Friedens.«

Nach dem anschließenden Verlesen der Bedingungen händigt HITLER persönlich jedem Delegierten ein Exemplar der Bedingungen aus, erhebt sich dann, grüßt, wobei er jeden Delegierten nacheinander ansieht, und verläßt mit seinem Gefolge den Wagen.[1]

Unmittelbar vor der eigentlichen Unterzeichnung am 22. Juni 1940 erklärt General KEITEL als Leiter der deutschen Delegation den Franzosen: »Es ist ehrenvoll für einen Sieger, einen Besiegten zu ehren. Es drängt mich, der Tapferkeit des französischen Soldaten Tribut zu zollen. Ich bitte um eine Minute des Schweigens zum Gedächtnis derer, die auf beiden Seiten ihr Blut für ihr Vaterland vergossen haben.« Alle erheben sich und schweigen zu Ehren der Gefallenen beider Völker. Dann wird unterzeichnet. Die Teilnehmer erheben sich und salutieren.

KEITEL äußert darauf den Wunsch, mit General HUNTZIGER noch unter vier Augen zu sprechen. Alle anderen verlassen den Waggon. KEITEL erklärt dann: »Herr General, als Soldat kann ich mitfühlen, was Sie haben erdulden müssen. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen meine tiefe Hochachtung für die Art auszusprechen, mit der Sie die Interessen Ihres Landes bis zum letzten zu verteidigen gewußt haben, und Sie meiner vollen Sympathie als Soldat zu versichern.«

Danach streckt KEITEL HUNTZIGER die Hand hin.

Dieser antwortet: »Danke, Herr General. Verzeihen Sie, daß ich nicht mehr sagen kann.«

Man vergleiche diese ehrenvolle Behandlung des Besiegten mit der von 1918 oder mit der vom Mai 1945, mit dem eisigen Ton der Amerikaner in Reims und der Russen in Berlin gegenüber den Deutschen.

---

[1] Eine ausführliche Schilderung liefert der Franzose Jacques BENOIST-MECHIN, *Der Himmel stürzt ein,* Droste, Düsseldorf 1958, S. 464 f. u. 480. Die nachfolgend angegebenen Zitate entstammen diesem Buch.

Folgende Einzelheiten sind in diesem Zusammenhang nicht unwesentlich: Der Stein auf der Lichtung von Compiegne mit der geschichtsfälschenden Aussage wurde von den Deutschen nicht etwa vor der Zeremonie vom Juni 1940 zerstört, er wurde mit einer Reichsflagge verhängt. Später wunderte sich sogar Frau JODL bei einem Besuch, daß er noch mit seiner Inschrift vorhanden war.[2] Ebenso blieb die Statue FOCHS unangetastet.

20. Juni 1940, im Wald von Compiegne. Der Salonwagen, in dem Ferdinand FOCH mit seiner Unterschrift den Ersten Weltkrieg beendet hatte, wird aus der Gedächtnishalle gerollt. Aus:)anusz PIEKALKIEWICZ, *Ziel Paris,* Augsburg 1998.

Deutsche Militärs erwarteten eine große Parade nach Ende des Frankreichfeldzuges, am liebsten sogar in Paris. Generaloberst Lothar RENDULIC schreibt dazu in seinen Erinnerungen:[3] »Doch HITLER lehnte sie ab (die Parade). Nur für kleine Geister bedeutet die Demütigung des überwundenen Gegners eine Steigerung des Triumphes. Dabei muß ich an die Geschmacklosigkeit DE GAULLES denken, der am 9. Mai 1965, dem zwanzigsten Jahrestag des Waffenstillstandes, der den Zweiten Weltkrieg beendete, die größte Siegesparade abhielt, die jemals in Frankreich stattfand. Abgesehen von dem freundschaftlichen Verhältnis zu Deutschland, muß dies um so unverständlicher erscheinen, als Frankreich nur einen ganz geringen Anteil an dem Sieg über Deutschland hatte und die Freiheit seines Landes den Amerikanern, Engländern und Russen verdankt.«

Der französische Delegationsführer General HUNTZIGER soll 1940 im Telefongespräch von Compiegne aus zu seiner Regierung nach Bordeaux über die deutschen Bedingungen der Kapitulation als zusammenfassendes Urteil gesagt haben: »Sie sind hart, aber sie enthalten nichts gegen die Ehre.«[4] Das war in Compiegne 1918 und Versailles 1919 ganz anders, mit ein wesentlicher Grund für die Entwicklung bis hin zum Zweiten Weltkrieg.

[2]Luise JODL, aaO. (Anm. 4), S. 43.

[3] Lothar RENDULIC, *Soldat in stürmenden Reichen,* Bamm, München 1965, S. 234 f.

[4]Dr. Georg MITTERMAIER im Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 11. 1993.

Greuel der tschechischen Legion

Im Ersten Weltkrieg hatten sich aus Überläufern, Kriegsgefangenen und Exiltschechen die Tschechischen Legionen auf Seiten der Alliierten gebildet. Nach Kriegsende kämpfte die Tschechische Legion in Rußland gegen den Bolschewismus, beschlagnahmte zeitweise die Transsibirische Eisenbahn und zog plündernd durch Sibirien bis Wladiwostok.[1] Dabei verübte sie neben zahlreichen Plünderungen und dem Raub großer Mengen russischen Goldes viele Grausamkeiten, vor allem an kriegsgefangenen Deutschen und Volksdeutschen. Ein Beispiel sei herausgegriffen: die Ermordung der sudetendeutschen Musikanten in Chabarowsk im Herbst 1918.[2]

Als Anfang Oktober 1918 Kosaken die Bolschewisten aus der russischen Stadt Chabarowsk an der Mündung des Ussuris in den Amur vertrieben hatten, waren mit ihnen auch tschechische Legionäre in den Ort gekommen. Ein Angehöriger dieser Einheit mit Namen JULINEK war dann Kommandeur. Unter dessen Beteiligung wurden eines Tages die sudetendeutschen Musiker der Kapelle von Josef PARISER aus Brünn von den auf sie einschlagenden Tschechen durch die Straßen der Stadt gejagt. Versuche von Russen, für die Musiker einzutreten und darauf hinzuweisen, daß diese nur für das Rote Kreuz im Cafe >Teetasse< üblicherweise gespielt hätten, wurden von den Tschechen unter Drohungen zurückgewiesen. Die Deutschen wurden bis zum Amur vor der Stadt getrieben und mußten sich unter dem dort befindlichen Denkmal des Grafen Murawjew AMURSKI aufstellen. Hier wurden sie von dem tschechischen Anführer JULINEK gefragt, ob sie Tschechen werden wollten. Als sie dies ablehnten, gab JULINEK Befehl zum Schießen, und alle Musiker wurden erschossen. Die nicht sofort tot waren, wurden mit Bajonetten erstochen. Die Leichen der so Ermordeten wurden dann in den Amur geworfen.

Die Angaben eines entsprechenden Augenzeugenberichtes wurden durch Schilderungen von Mitgliedern der sudetendeutschen Kapelle, die durch reinen Zufall dem Blutbad entkamen, sowie Angaben von Witwen der Ermordeten bestätigt.[3]

Angehörige der tschechischen Legion taten sich ab 1919 auch bei den Mißhandlungen Deutscher in dem der neugegründeten Tschecho-Slowakei zugeschlagenen Sudetenland hervor.

---

[1] Margarete KLANTE, *Von der Wolga zum Amur,* Ost-Europa, Berlin-Königsberg 1931; G. THUNIG-NITTNER, *Die tschechische Legion in Rußland,* Diss., Mainz 1970; Konstantin W. SAKHAROW, *Die tschechischen Legionen in Sibirien,* Hendriock, Berlin 1936.

[2] SAKHAROW, ebenda, S. 102.

[3] Ebenda, S. 103.

Verfälschung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk 1918

In dem Schulbuch *Geschichtliche Weltkunde* (Bd. 3)[1] wird der deutsch-russische Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom März 1918 im Fettdruck als »Gewaltfrieden im Osten« hervorgehoben.[2] Dagegen wird das »Friedensdiktat von Versailles« von 1919 nur ganz harmlos als »Vertrag« bezeichnet. Damit wird hinterhältig der Eindruck erweckt, daß wir Deutsche wieder einmal recht brutal gehandelt hätten, im Gegensatz zu den angeblich viel korrekteren und menschlicheren Siegern des Ersten Weltkrieges.

Natürlich erfährt der Schüler in diesem Buch nicht, daß Verträge immer zwischen mindestens zwei Parteien abgeschlossen werden. Die deutsche Regierung aber wurde an den Verhandlungen in Versailles 1919 überhaupt nicht beteiligt, und ihre Vertreter wurden hinter Hotelmauern und Stacheldraht isoliert. Ein Mitglied der US-Delegation von 1918/19, John Foster DULLES, der spätere Außenminister der USA, bezeugte: »Ich erinnere mich lebhaft, wie dort die Mitglieder der deutschen Friedensdelegation in ein mit Stacheldraht eingefaßtes Gehege verwiesen wurden, den Blicken wie Tiere in einem zoologischen Garten ausgesetzt und ihnen jede persönliche Berührung mit alliierten Delegierten versagend.«[3]

Dergleichen erfahren deutsche Schüler im oben genannten Geschichtsbuch natürlich nicht, vielmehr wird das deutsche Handeln abstoßend dargestellt, während die Gegner als Muster der Korrektheit beschrieben werden.

Was aber wurde in dem »Gewaltfrieden« von Brest-Litowsk vereinbart? Neben einer erst später vereinbarten Kriegsentschädigung sollten Litauen,

Ankunft der russischen Delegation in Brest-Litowsk zur Unterzeichnung des Vertrags.

[1] *Geschichtliche Weltkunde,* Bd. 3, Diesterweg, Frankfurt/M.-Berlin-München, 2. Auflage.

[2] Auch in dem von der Bundeszentrale für politische Bildung 1990 herausgegebenen Buch für Lehrer: Helmut M. MÜLLER, *Schlaglichter der deutschen Geschichte* ist von »der Gewaltfriede von Brest-Litowsk« die Rede, und zwar in Kapitel 8, S. 220.

[3] Hermann LUTZ, *Verbrechervolk im Herzen Europas,* Tübingen 1959, S. 43.

Unterzeichnung des Vertrags von Brest-Litowsk durch den deutschen Staatssekretär Richard VON KÜHLMANN am 3. März 1918.

Estland und Lettland souverän werden, desgleichen Finnland, Polen, Georgien und die Ukraine. Bestimmte Gebiete im Kaukasus mußten an die Türkei zurückgegeben werden. Dies entsprach im wesentlichen den Forderungen des US-Präsidenten Woodrow WILSON nach Selbstbestimmung der Völker, denn alle diese Völkerschaften wollten sich vom russischen Joch befreien. Den sechs Milliarden Mark stehen aber die Forderung der westlichen Sieger in Versailles an Deutschland mit 132 Milliarden gegenüber.

Über den sogenannten >Gewaltfrieden< urteilte Wladimir Iljitsch ULJANOW (LENIN): »Ihr wißt, daß die alliierten Imperialisten - Frankreich, England, Amerika und Japan - nach der Vernichtung Deutschlands den Versailler Vertrag geschlossen haben, der jedenfalls viel brutaler ist als der berüchtigte Vertrag von Brest, der so viel Geschrei auslöste.«[1]

In deutschen Schulbüchern werden die Schüler belehrt, daß HITLER die Bolschewiken, die bereits Millionen ihrer Landsleute umgebracht hatten, als »Untermenschen« angesehen hat. Dagegen erfahren sie nicht, daß diese Bezeichnung von Winston CHURCHILL stammt, der 1919 von der russischen »Doktrin des Untermenschen« gesprochen und den Bolschewismus als »Krankheit« und »Seuche« bezeichnet hat.[2] Am 25. Juli 1919 hat der Londoner *Daily Herald* aus einer Rede CHURCHILLS zitiert, die Bolschewisten hätten ihre Reden »mit dem grausamsten und niederträchtigsten Auftreten verbunden, das es jemals unter Menschen gegeben hat, und mit Taten, die der Steinzeit und den Hottentotten Zentral-Afrikas zur Schande gereichen würden«.[3]

---

[1] Ebenda, S. 88.

[2] Dietrich AIGNER, *Winston Churchill. Ruhm und Legende,* Musterschmidt, Göttingen 1975, S. 73.

[3] Winston CHURCHILL, *Mein Bundesgenosse,* Berlin 1942, S. 10.

Daraus ergibt sich, daß der sogenannte >Gewaltfriede< von Brest-Litowsk die oben genannten befreiten Völker vor der »grausamsten und niederträchtigsten« Gewalt bewahrt hat.

Am 11. Januar 1919 erklärte CHURCHILL im Aldwych-Club: »Von allen Tyranneien der Geschichte ist die der Bolschewisten die schlimmste, die vernichtendste, die erniedrigendste.«[7]

Was den Friedensvertrag von Versailles betrifft, so erfahren die deutschen Schüler in ihren Geschichtsbüchern natürlich auch nichts davon, daß der Aachener Karlspreisträger Winston CHURCHILL schon 1915 dem Pariser *Mahn* erklärt hatte, man werde die »bedingungslose Kapitulation« Deutschlands erzwingen, indem man es so lange an der Kehle würge, bis sein Herz aussetze![8]

[7] Emrys HUGHES, *Churchill. Ein Mann in seinem Widerspruch,* Schlichtenmayer, Tübingen 1959, S. 93.

[8] AIGNER, aaO. (Anm. 5), S. 64.

Auch weiß das Schulbuch nichts über die Rolle des Kriegstreibers CHURCHILL bei Kriegsausbruch 1914 zu berichten: Als das britische Kabinett am 1. August zusammentrat, stand es kurz vor dem Zerwürfnis: CHURCHILL forderte die sofortige Mobilmachung. Jetzt war LLOYD GEORGE das Zünglein an der Waage, und Winston wandte alle Beredsamkeit an, um ihn für den Krieg zu gewinnen. Endlich, am Abend des 2. August, sprach sich LLOYD GEORGE für das militärische Eingreifen aus. Damit war ein verheerender Weltkrieg beschlossene Sache, die Urkatastrophe Europas.

Nach der Kapitulation wurde Deutschland erbarmungslos weiter an der Kehle gewürgt: Wegen der fortgesetzten Hungerblockade (siehe Beitrag Nr. 44) verloren bis zum Waffenstillstand 800000 Menschen ihr Leben. Danach nahm im Deutschen Reich »die Kindersterblichkeit um 30 Prozent und die Sterblichkeit der Menschen über 70 Jahre um 33 Prozent« zu.[9]

Der britische Premier David LLOYD GEORGE verlas am 8. März 1919 - also vier Monate nach der Entwaffnung - aus einem Bericht: »Die [deutschen, H. M.) Fischereiflotten, die ein paar Heringe hätten fangen wollen, wären sogar am Auslaufen verhindert worden!«[10]

[9] Herbert HOOVER, *Memoiren,* Mainz 1951, Bd. I, S. 302.

Über die Gründe der unmenschlichen Haltung gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung sprach CHURCHILL offen vor dem Unterhaus: »Wir halten unsere Zwangsmittel in vollem Umfang aufrecht, sie sind ständig im Einsatz oder zu sofortigem Einsatz bereit. Die Blockade führen wir energisch durch... Deutschland steht am Rande einer Hungersnot. Unsere Berichte zeigen zweitens die große Gefahr eines Zusammenbruches der gesamten Struktur des sozialen und nationalen Lebens unter dem Druck des Hungers und der Unterernährung. Nun ist der Augenblick einer Regelung gekommen.«[11]

[10] HOOVER, ebenda, S. 307 f.

[11] Ebenda, S. 305 f

Offensichtlich vertreten die Schulbuchbehörden die Ansicht, nach der sich die abhängigen Hofhistoriker richten müssen, der mit dem millionenfachen Hungertod erpreßte >Friede< wäre kein >Gewaltfriede<. Hans Meiser

Das Diktat von Versailles im Urteil von Zeitgenossen

Das Diktat von Versailles mit seinen 440 Artikeln ist sicher das größte politische Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Es wurde ein >Frieden< unter Verlängerung der Hungerblockade und mit Androhung des militärischen Einmarsches den von den Verhandlungen ausgeschlossenen Besiegten diktiert, wie er ohne Beispiel in der neueren Geschichte (bis dahin) war.

Der Text des Diktats wurde am 7. Mai 1919 - dem Jahrestag der Versenkung der >Lusitania< - den deutschen Vertretern übergeben. Zu der Zeit tagte noch die deutsche Nationalversammlung in Weimar. Gustav STRESEMANN (1878-1929) erklärte damals: »Der Vertrag (STRESEMANN nannte das Diktat tatsächlich einen Vertrag!) entehrt nicht die Besiegten, er entehrt nur die Sieger.«

Ministerpräsident Philipp SCHEIDEMANN (SPD) (1865-1939) nannte auf einer Sondertagung der Nationalversammlung am 12. Mai 1919 in Berlin die Bedingungen unerträglich und unerfüllbar und rief aus: »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt.« Aus Protest trat er von seinem Amt als Regierungschef zurück.

Konstantin FEHRENBACH (Zentrum) (1852-1926), Präsident der Nationalversammlung, erklärte: »Dieser Vertrag ist die Verewigung des Krieges. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt ist. .. Memores estote, inimici, ex ossibus ultor« (Denkt daran, Feinde, aus unseren Gebeinen wird ein Rächer erstehen).

Der >Vertrag< von Versailles ist soeben unterzeichnet worden. Die Delegationsführer wenden sich an die jubelnde Menge.

Der damalige Reichspräsident Friedrich EBERT (SPD) (1871-1925) urteilte am 15. Mai 1919: »Niemals darf ein Volk von siebzig Millionen sich solch schmachvolle Bedingungen gefallen lassen.«

Es ist erstaunlich, wie in heutigen deutschen Geschichtsbüchern die Umstände um den Diktatfrieden und sein Inhalt durch Weglassen wichtiger Tatsachen verfälscht werden.[1] Vom deutschen Protest, von der Verlängerung der Hungerblockade, von der Einmarschdrohung und dem Ultimatum der Alliierten ist nicht die Rede.[2] Die Kriegsschuldlüge wird gar nicht erwähnt oder verharmlost: »... die im Artikel 231 des Versailler Vertrags formulierte These von der Alleinschuld Deutschlands und seiner Verbündeten am Ausbruch des Ersten Weltkrieges erschien den meisten Deutschen ungerecht. Bald nutzten die entstehenden nationalistischen Bewegungen dies, um die unzufriedene Bevölkerung politisch aufzuwiegeln.«[3]

Daß Versailles den Zweiten Weltkrieg programmierte, davon ist mit keinem Wort die Rede. Im *jugendlexikon Nationalsozialismus* von 1982 ist zu lesen:[4]»Versailler Diktat war ein Schmähwort der antidemokratischen Kräfte in Deutschland für den Friedensvertrag von Versailles. ..« Diese Darstellung würde in einem Rechtsstaat den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen.

Nach der Unterzeichnung des Diktats schrieb der französische Diplomat Paul CAMBON[5] (1843-1924) an seinen Sohn: »Jetzt ist der Friede also unterzeichnet. Mir kommt er vor wie ein Haufen Sprengkörper, die eines Tages in allen Teilen der Welt losgehen.«

1932 schrieb Theodor HEUSS ein Buch über HITLER.[6] Er beschäftigte sich dabei auch mit Versailles und dem Aufstieg der NSDAP und schrieb: »Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.«[7] Er hatte klar erkannt, daß sich der Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des Versailler Diktats eine organisatorische Form geben mußte.

---

[1] Hans-Erich MAGER (Bearbeiter), *Spiegel der Zeiten,* Bd. 3, Lehr- und Arbeitsbuch für den Geschichtsunterricht, Moritz Diesterweg, Frankfurt/M.-Berlin-München, [6]1975.

[2] Ebenda und ebenso in: *Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen III von 1850 bis zur Gegenwart,* Ernst Klett, Stuttgart [6]1972.

[3] Ebenda, S. 17.

[4] Hilde KAMMER u. Elisabeth BARTSCH, *Jugendlexikon vom Nationalsozialismus,* Rowohlt, Reinbek 1982.

[5] Paul CAMBON war ein bedeutender französischer Diplomat und 1898 bis 1920 Botschafter in London. Sein Bruder Jules CAMBON war französischer Botschafter in Berlin von 1907 bis 1914. Unter dem Datum des 29. Juni 1919 schrieb Paul CAMBON an seinen Sohn. Paul CAMBON, *Correspondance 1870-1924,* Edition Bernard Grasset, Paris 1940, Teil H, S. 341.

[6] Theodor HEUSS, *Hitlers Weg,* eine Schrift aus dem Jahre 1932, neu herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Eberhard JÄCKEL, Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1968.

[7] Ebenda

Erstaunlich ist die Darstellung LENINS, die er auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 19. Juni 1920 über Versailles gegeben hat: »Der Krieg hat ihnen [gemeint sind die besiegten Völker, H. W.] durch den Versailler Vertrag Bedingungen auferlegt, die diesen fortgeschrittenen Völkern koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit brachten... Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe besiegter Länder Verhältnisse geschaffen, unter denen eine wirtschaftliche Existenz materiell unmöglich ist, Verhältnisse völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung!«[1]

Der englische Volkswirt John Maynard KEYNES (1883-1946) hat in einem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensdiktats dargelegt, daß Europa und die ganze Welt durch die Versailler Bestimmungen zum Bankrott getrieben werden.[2]

Der berühmte deutsche Historiker Hans DELBRÜCK (1848-1929) schrieb: »Dieser Friede, den sie uns auferlegen, hat keinerlei Kennzeichen des neuen Zeitalters, sondern ist der Gewaltfriede alter und ältester Art, der nicht einen, sondern hundert neue Kriege im Bauche trägt.«[9]

Harold NICHOLSON, als Berater des britischen Außenministers Teilnehmer an der Versailler Konferenz, sagte später über die demütigende Unterzeichnung durch die deutschen Vertreter, bei der er anwesend war: »Das Ganze ist zu widerlich gewesen.«[3]

Marschall Jan Christiaan SMUTS (1870-1950), als damaliger südafrikanischer Ministerpräsident und Vertreter seines Landes in Versailles, urteilte im Rückblick über die Konferenz: »Was wir hier getan haben, ist schlimm, ja schlimmer als der Wiener Kongreß! Jene Staatschefs aus dem Jahre 1815 wußten wenigstens, worum es ging; diese wissen es indessen nicht.«[4] In seinem Buch über Versailles hat Leon DEGRELLE (1906-1994) eine große Zahl weiterer Stellungnahmen führender Staatsmänner und Historiker zu Versailles angeführt.[5]

Sogar der BONHOEFFER-Kreis in Freiburg i. Br. hielt es für wichtig, in einer Denkschrift[6] zu erwähnen, daß der französische Wirtschaftler und Poli-

---

[1] *Der Vertrag von Versailles*, mit Beiträgen von Sebastian HAFFNER, Gregory BATESON u. a.; Ullstein Zeitgeschichte Nr. 33090, Ullstein, Berlin 1988, S. 378 ff.

[2] Hans DELBRÜCK, *Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902-1925,* Otto Stollberg Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1926; dort S. 406-416 der berühmte Aufsatz »Frieden«.

[3] Wie Anmerkung 8, S. 114.

[4] Leon DEGRELLE, *Hitler - geboren in Versailles,* Grabert, Tübingen 1992, S. 110.

[5] Ebenda an vielen Stellen

[6] *In der Stunde Null,* Denkschrift des Freiburger BONHOEFFER-Kreises, eingeleitet von Helmut THIELICKE, mit einem Nachwort von Philipp VON BISMARCK, J. C. B. Mohr, Tübingen 1979.

tologe Bertrand DE JOUVENEL in seiner Schrift *Après la défaite* festgehalten hat, wie er als Knabe im Schloßhof von Versailles die Vertreter Deutschlands wie gefangene Tiere hinter Gittern und Stacheldraht auf- und abgehen sah in Erwartung des Boten, der sie zum Erscheinen vor dem Tribunal der »alliierten und assoziierten Mächte« rufen sollte.

Bezeichnend für unsere Zeit ist ein Aufsatz unter dem Titel »Versailles und Nürnberg« von K. J. JANSSEN aus dem Jahre 1987.[7] Darin findet sich nicht nur die ungeheure Bemerkung, daß Nürnberg ein streng rechtsstaatliches Verfahren gewesen sei - die letztmögliche Verhöhnung des Rechts schlechthin! JANSSEN rechtfertigt auch den berüchtigten Artikel 227 des Versailler Diktats, der Kaiser WILHELM II. der schwersten »Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge« anklagt. Was die internationale Moral< ist, weiß man nicht so genau, aber seit 1945 haben die Deutschen kennenlernen müssen - bis hin zum Golfkrieg -, was das ist. 1919 scheiterte die Auslieferung und Verurteilung WILHELMS II. nur an der standhaften Haltung der niederländischen Königin.

Eine der albernsten Schwätzereien erlaubt sich JANSSEN bei der Behandlung des folgenschweren Artikels 231 des Diktats, der Lüge von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg. Er zitiert den jungen Historiker Jörg FISCHER,[8] der uns weismachen will, daß die besondere Niederträchtigkeit dieses Artikels, wie sie damals alle Deutschen empfanden, durch ungenaue oder ungeschickte Übersetzung zustande gekommen sei. Man lese als Ergänzung nur die Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919 über Deutschlands Schuld.

Über Kurt EISNER (1867-1919), den kommunistischen Anführer der Münchener Räterepublik 1918/19[9] und heimtückischen Fälscher, schreibt JANSSEN, er habe ein paar Gesandtschaftsberichte veröffentlicht, um durch »unbedingte Wahrheitsliebe« Vertrauen bei den Alliierten zu stiften. Das ist genau so eine Verkehrung der Geschichte wie JANSSENS ohne jede Quellenangabe erhobene Behauptung,[10] die Deutschen hätten 1914 in Belgien Geiseln zu Hunderten und Tausenden erschossen: üble deutschfeindliche Propaganda. Noch 1921 wurde die Kriegsschuldanklage erneuert: Als im März 1921 Deutschland Frieden mit den USA schloß, die das Versailler Diktat nicht ratifiziert hatten, erklärte der US-Staatssekretär Charles E. HUGHES in einem Telegramm vor der Vertragsunterzeichnung: »Die hiesige Regierung

---

[7] Jörg Friedrich WOLLENBERG (Hg.), *Licht in den Schatten der Vergangenheit*, Ullstein Zeitgeschichte Nr. 93088, Ullstein, Berlin 1987. Dort S. 26-42 Aufsatz vom *Zeit*-Redakteur Karl-Heinz JANSSEN, »Versailles in Nürnberg«: ein Paradebeispiel für Geschichtsfälschung.

[8] Ebenda, S. 31.

[9] Siehe Beitrag Nr. 52: »Eisners Dokumentenfälschung«.

[10] WOLLENBERG, aaO. (Anm. 14), S. 28.

hält im Verein mit den Regierungen der Alliierten Deutschland für den Krieg verantwortlich.«[11]

Unzählige Persönlichkeiten aus allen Schichten haben das Diktat von Versailles erkannt und verurteilt. Selbst die frühere französische Kaiserin EUGENIE (1828-1920), die Witwe NAPOLEONS III., hat das Diktat von Versailles als Keimzelle weiterer Kriege gesehen:[12] »In jedem Artikel dieses Friedensvertrages sehe ich ein kleines Ei, eine Keimzelle weiterer Kriege.«

⇨ Am 9. Juli 1925 veröffentlichte der französische Schriftsteller Victor MARGUERITTE in der Pariser Zeitung *Ere Nouvelle* einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:[13]

»Nur ein Mißverständnis trennt die Welt vom Frieden. Dieses verewigt den kriegerischen Geist zwischen den ehemaligen Kriegführenden, besonders zwischen Frankreich und Deutschland, der notwendigerweise aus dem vom Rachegedanken untrennbaren Gefühl der Ungerechtigkeit geboren wird. Die öffentliche Meinung in Deutschland erträgt nur mit tiefer Entrüstung die Artikel 220 bis 230 des Versailler Vertrages und jenen Artikel 231...

Die deutsche Nation beugt sich vor der durch internationale Abmachungen festgelegten materiellen Reparationspflicht. Was die deutsche Nation aber nicht annimmt, ist, den Weltkrieg allein verschuldet zu haben, ihr durch Gewalt entrissenes Geständnis, gegen das sie vor und nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages fortdauernd protestiert hat.

Der Artikel 231, welcher das Schuldgeständnis enthält, wurde Deutschland, wie die amtlichen Urkunden beweisen, unter der Drohung abgepreßt, den Krieg sofort bis zur völligen Vernichtung Deutschlands wieder aufzunehmen. Diesem jeder Zivilisation unwürdigen Vorgehen können wir unmöglich eine rechtliche Kraft zuerkennen.

Die Zeit der summarischen Verfahren, die keine Berufung kennt, ist vorbei. Es ist ebenso widerrechtlich, ohne ein geordnetes Verfahren ein Volk zur Unehre zu verdammen, wie einen Angeklagten zum Tode. Wir Franzosen, die wir um die Ehre unseres Landes besorgt sind, glauben auch fest, daß jede Verletzung der Gerechtigkeit zukünftiges Unheil nach sich ziehen muß. Wir wollen nicht den Vorwurf auf uns nehmen, die Grundsätze verletzt zu haben, auf welche wir selbst uns berufen.«

---

[11] *Papers relating to the Foreign relations of the United States, 1921,* Washington 1936, Bd. II, S. 40.

[12] Harold KURTZ, *Eugenie - Kaiserin der Franzosen,* Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1964.

[13] Abgedruckt in einem Flugblatt des *Deutschen Fichte-Bundes e.V.,* Hamburg, im Jahre 1925. Zu den zahlreichen Unterzeichnern gehörten die bekannten Schriftsteller Georges COURTELINE, Georges DUHAMEL, Lucien DAUDET, Francis DELAISI, Jules ROMAINS, Maurice ROSTAND und Jean ROSTAND.

Bundesrepublik zahlt 2000 noch für Versailler Diktat

Ende 1997 wiesen Presseberichte darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland immer noch Zahlungen für Forderungen aus dem Versailler Diktat von 1919, das den Ersten Weltkrieg abschloß, zu leisten habe. Ein Bundesbürger wandte sich daraufhin mit einem Brief an den Bundesminister der Finanzen in Bonn und fragte an, in welcher Höhe und an wen im Bundeshaushalt 1997 derartige Zahlungen erfolgt seien und wieviel die Bundesrepublik noch in Zukunft zu zahlen habe.[1]

In dem vierseitigen Schreiben des Bundesfinanzministeriums[2] wurde erfreulich ausführlich Antwort gegeben. Es heißt darin:

»Die in Ihrem Schreiben vom 2. Januar 1998 angesprochenen Schulden resultieren aus Staatsanleihen, die vom Deutschen Reich in der Zeit von 1924 bis 1930 im Ausland begeben wurden. Die Tilgung der Schulden aus diesen deutschen Vorkriegs-Auslandsanleihen ist in dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden - Londoner Schuldenabkommen (LschA) - vom 27. Februar 1953 (Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1953 II S. 331) geregelt. ..

Der Friedensvertrag von Versailles legte Deutschland untragbare wirtschaftliche Lasten auf, was mit zum beschleunigten Niedergang der Weimarer Republik beigetragen hat. In dem Vertrag wurden Gesamthöhe und Dauer der Reparationsleistungen nicht festgelegt. Das blieb einer sogenannten Reparationskommission überlassen. Nach langwierigen Berechnungen und Verhandlungen kam es 1921 zum sogenannten Londoner Ultimatum, das zu einer Anerkennung der Reparationsschuld in Höhe von rund 138 Milliarden Goldmark führte, die in Jahresraten von 2 Milliarden Goldmark zuzüglich von 26 % der deutschen Exporterlöse zu tilgen war, und zwar sowohl durch Geld- als auch durch Sachleistungen. Geringfügige Unterschreitungen dieser Leistungen - unter anderem bei Kohlelieferungen an Frankreich - führten zur Besetzung des Ruhrgebietes (10. Januar 1923) und zum passiven Widerstand. Dadurch wurden eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland, die rasch fortschreitende Inflation und schließlich der Zusammenbruch der Währung mitverursacht. Deshalb mußten die alliierten Forderungen an die - zuvor überschätzte - Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft angepaßt werden.

Dem diente das unter Einschaltung der USA abgeschlossene DAWES-Abkommen (16. August 1924). Darin wurde jedoch nur die Höhe der anfänglichen jährlichen Zahlungen - beginnend mit einer Jahresrate von 1 Milliarde Goldmark für 1924/25 und ansteigend auf 2,5 Milliarden Goldmark -, nicht

[1] Kopie des Briefes vom 2. 1. 1998 liegt dem Verfasser vor.

[2] Kopie des Briefes vom 11. 2. 1998 liegt dem Verfasser vor.

aber die Gesamtsumme der Reparation festgelegt. Diesen Zahlungsverpflichtungen kam das Deutsche Reich bis etwa 1929 im wesentlichen nach, allerdings unter Inkaufnahme einer beträchtlichen - auch kurzfristigen - Verschuldung gegenüber ausländischen Kapitalgebern. Die dadurch verursachte Zinsbelastung (bis zu 1,5 Milliarden Reichsmark jährlich ansteigend) sowie die beginnende Wirtschaftskrise führten zur Ablösung des DAWES-Plans durch den Young-Plan (rückwirkend in Kraft getreten am 1. September 1929). Dieser legte die Gesamtsumme und das Ende der Reparationen mit 59 Jahresraten (bis 1988! H.W.) von 2 Milliarden Reichsmark fest. Die krisenhafte Entwicklung der Jahre 1930/31 - Kündigung von Auslandskrediten, starke Gold- und Devisenabflüsse - erschütterten das Gefüge der deutschen Wirtschaft und Währung und führten praktisch zur Zahlungsunfähigkeit. Das HOOVER-Moratorium brachte im Juli 1931 die Einstellung aller Rückzahlungen von Kriegsschulden und Reparationen zunächst für ein Jahr. Das Abkommen von Lausanne vom 9. Juli 1932 führte zur Festsetzung einer Restschuld von 3 Milliarden Reichsmark, die jedoch nicht mehr beglichen wurde.

Das Deutsche Reich hat nach alliierter Berechnung auf die gesamte Reparationsforderung des Ersten Weltkrieges 21,8 Milliarden Mark, nach deutscher Berechnung 67,7 Milliarden Mark, geleistet. Die Differenz entsteht hauptsächlich aus der unterschiedlichen Bewertung der Sachlieferungen.

Die vom Deutschen Reich zur Erfüllung von Reparationsverpflichtungen aus dem Ersten Weltkrieg im Ausland aufgenommenen Anleihen - als wichtigste Anleihe wäre zu nennen: die DAWES-Anleihe von 1924, die YOUNG-Anleihe von 1930 und die Zündholz- oder KREUGER-Anleihe von 1930 - waren ihrem Charakter nach keine Reparationsschulden des Reichs. Sie standen jedoch im Zusammenhang mit deutschen Reparationsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Inwieweit die Bundesrepublik Deutschland für Schulden aus den Vorkriegs-Auslandsanleihen und den anderen Auslandsverbindlichkeiten des Deutschen Reiches aufzukommen hat, ist im Londoner Schuldenabkommen geregelt, das die Rahmenbedingungen zur Schuldenregelung und Empfehlungen zu einzelnen Forderungskategorien der Vorkriegsschulden enthält. Diese Regelung war rechtlich und ökonomisch eng verknüpft mit den Abkommen mit den drei Westalliierten über die Nachkriegswirtschaftshilfe (u.a. MARSHALL-Plan, H.W.), die gleichzeitig unterzeichnet wurden.

Im Dezember 1951 einigten sich die drei Westalliierten mit der Bundesrepublik Deutschland über die RückZahlungsbedingungen für die Nachkriegswirtschaftshilfe unter der Bedingung, daß die deutschen Vorkriegsschulden einer einvernehmlichen Regelung zugeführt würden. Diese Regelung der Vorkriegsschulden war Gegenstand einer Konferenz, die vom 28. Februar bis zum 8. August 1952 in London tagte und im Ergebnis zum Londoner Schuldenabkommen führte. Beteiligt waren 22 Gläubigerländer...

Die Bundesrepublik Deutschland hat die im Londoner Schuldenabkommen übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Tilgung von Schulden

des Deutschen Reiches in vollem Umfang erfüllt; die Vorkriegs-Auslandsanleihen sind inzwischen - bis auf einen kleinen Restbetrag - getilgt.

Auf die YOUNG-Anleihe wurden von der Bundesrepublik bis 1980 rd. 990 Millionen DM an die Inhaber von Bonds dieser Anleihe gezahlt. Daneben wurden von der DAWES-Anleihe rd. 341 Millionen DM und der KREUGER-Anleihe rd. 200 Millionen DM durch Einlösung der von den Inhabern vorgelegten Bonds vom Bund getilgt.

Offen ist noch die Abgeltung von Zinsrückständen aus den Jahren 1945 bis 1952 für die Vorkriegs-Auslandsanleihen des Deutschen Reiches (DAWES-Anleihe 40,2 Millionen DM, YOUNG-Anleihe 175,8 Millionen DM und KREUGER-Anleihe 23,4 Millionen DM - Stand 3. Oktober 1990). Die Entschädigung der Zinsrückstände wurden im Londoner Schuldenabkommen mit Rücksicht auf die Gebietsverluste Deutschlands und der dadurch bedingten Minderung der Wirtschaftskraft bis zu einer Wiedervereinigung zurückgestellt. Mit der Herstellung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 sind die Voraussetzungen nach Artikel 25 Buchstabe a) i.V. m. Anlage I. A LSchA für die Bedienung der Zinsrückstände aus vorgenannten Anleihen eingetreten. Danach sind für diese Zinsrückstände Fundierungsschuldverschreibungen mit der Laufzeit von 20 Jahren auszugeben, die nach Maßgabe der Anlage I. des LSchA zu erfüllen sind. In 1997 wurden an Zinsen rd. 6,9 Mio. DM und für Tilgungen rd. 3,3 Mio. DM gezahlt.«

Offenbar sind also bis zum Jahre 2010 noch Zinsen und Tilgung aus Folgen des Versailler Diktats zu bezahlen.

In diesem Zusammenhang sei an die Mahnung des römischen Redners und Politikers Marcus Tullius CICERO (55 v. Chr.) erinnert:

»Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben!«

Eisners Dokumentenfälschung

Nach einer ersten Meuterei in Deutschland im Jahre 1917 hatte gegen Ende des Ersten Weltkriegs - im November 1918 - eine Meuterei in der deutschen Hochseeflotte die deutsche Niederlage beschleunigt. Diese Meuterei wird heute weithin als »Revolution« gefeiert.

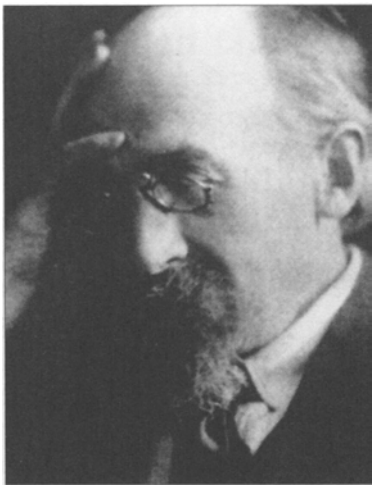
Die Hintermänner dieser Meuterei saßen im Reichstag und waren zumeist Abgeordnete der USPD.[1] Die Meuterei fand vorwiegend in Kiel und anderen Hafenstädten statt. Etwas Besonderes ereignete sich in München. Dort lebte eine kleine Gruppe radikaler, vorwiegend jüdischer Intellektueller wie Kurt EISNER, Erich MÜHSAM, Ernst TOLLER, Gustav LANDAUER und anderer.[2] Eine besondere Rolle spielte 1918/19 der genannte Kurt EISNER.

EISNER wurde am 14. 5. 1867 in Berlin als Sohn des jüdischen Militär-Effekten-Fabrikanten Emanuel EISNER (vorher wohl KOSMANOWSKI, dem EISNERS Enkelin widersprach) geboren. Nach Studien in Philosophie und Germanistik war er seit 1889 journalistisch tätig. 1892 wurde er Redakteur der *Frankfurter Zeitung* (heute *FAZ).* Nachdem er der SPD beigetreten war, war er 1899-1905 politischer Redakteur bei der Parteizeitung *Vorwärts.* 1897 war er wegen »Majestätsbeleidigung« zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Seit 1910 lebte EISNER in München und arbeitete dort für verschiedene sozialdemokratische Blätter. 1917 trat er in die USPD[1] ein, wurde einer ihrer führenden Politiker und leitete ihren Münchener Verband. Im Januar 1918 beteiligte er sich an dem berüchtigten Munitionsarbeiterstreik, der - genau während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk - unter Einwirkung der Bolschewisten stattfand. EISNER wurde daraufhin zu acht Monaten Haft verurteilt, am 14. Oktober 1918 wurde er aus der Haft entlassen.

---

[1] Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) war eine Abspaltung des ganz radikalen linken Flügels der SPD. Diese Abspaltung geschah auf dem SPD-Parteitag in Gotha Ostern 1917. Aus ihr bildete sich Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) unter Rosa LUXEMBURG und Karl LIEBKNECHT. Auf dem Gründungsparteitag der KPD erklärte Rosa LUXEMBURG unter großem Beifall: »Parteigenossen, noch eine kleine Bemerkung über WINNIG. .., daß die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen) Wissen Sie, wohin diese Leute, WINNIG, EBERT, SCHEIDEMANN, gehören? Nach dem deutschen Strafkodex, den sie ja selbst in voller Gültigkeit erklären und nach dem sie selbst Recht sprechen lassen, gehören diese Leute ins Zuchthaus! (Stürmische Zurufe und Händeklatschen)...«
Rosa LUXEMBURG, *Gesammelte Werke,* Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1974.
(Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED)



Von links: Erich MÜHSAM, Graf ARCO AUF VALLEY und Kurt EISNER (1867–1919). Der ehemalige *Vorwärts*-Journalist galt in SPD-Kreisen als Sozialist ethisch humanitärer Gesinnung< (sic). Er wurde an dem Tag (21. 2. 1919) ermordet, an dem seine Abwahl im Landtag erfolgen sollte.

Am Nachmittag des 7. 11. bis zum Morgen des 8. 11. 1918 vollzog sich eine völlig unblutige Umwälzung in Bayern.[2] König LUDWIG III. (1845-1921) floh nach Ungarn, wo er 1921 starb. EISNER führte einen Zug von mehreren 10 000 Menschen von der Theresienwiese zum Münchener Landtag an, proklamierte die Republik und übernahm die Macht. Er machte sich zum Ministerpräsidenten einer USPD-SPD-Revolutionsregierung und steuerte einen reichsfeindlichen Kurs mit Unterstützung der Sowjetregierung. Die Gefängnisse wurden gestürmt und die Kriminellen freigelassen.

Am 12. Januarl919 waren in Bayern Landtagswahlen. EISNERS Partei, die USPD, erhielt eine vernichtende Niederlage, indem sie nur drei Mandate gewinnen konnte. EISNER hätte sofort als bayerischer Ministerpräsident zurücktreten müssen. Angeblich wollte er es Ende Februar. Auf dem Weg zum Landtag wurde er jedoch am 21. Februar 1919 von dem Jurastudenten Leutnant Graf ARCO AUF VALLEY erschossen. Er war sofort tot.[3]

In vielen Aufsätzen über EISNER wie in Lexika unter dem Stichwort >Eisner< wird seine folgenschwere Dokumentenfälschung verschwiegen. In den Geheimschränken des Münchener Ministeriums hatte er Dokumente gefun-

[2] Georg FRANZ-WILLING, *Ursprung der Hitler-Bewegung 1919-1922.* K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf 21974.

[3] Auf den Grafen ARCO wurde anschließend wild eingeschossen und eingeschlagen. Aber er war nicht sofort tot, sondern wurde in die Klinik zu Prof. SAUERBRUCH eingeliefert, wo er gerettet wurde. (Ferdinand SAUERBRUCH, *Das war mein Leben,* Kindler, München 1951, S. 316-330) Die Ermordung EISNERS durch Graf ARCO hat nichts mit der Tatsache zu tun, daß EISNER Jude war. Graf ARCO war selbst Halbjude. Er war ein bayerischer Nationalist, der nur gegen das ungeheure Chaos war, das EISNER seiner geliebten bayerischen Heimat bereitet hatte. Graf ARCO war auch nie ein Anhänger der HITLER-Bewegung. Er starb im Sommer 1945 in der Nähe von Salzburg an den Folgen eines Autounfalls.

den, mit denen er beweisen wollte, daß der Erste Weltkrieg 1914 angeblich von Berlin planmäßig und mit Vorbedacht entfesselt worden sei.[4] Am 23. November 1918 diktierte EISNER seinem Geheimsekretär FECHENBACH Auszüge für die Presse, die diese am 24. November 1918 als sogenannte Enthüllungen brachte. Die Alliierten benutzten dieses Schuldbekenntnis nur,[5] um ihre eigene grausame Härte im Diktat von Versailles, insbesondere im »Kriegsschuldartikel« 231, zu rechtfertigen.[6]

Den sogenannten Enthüllungen EISNERS liegen vier aus den bayerischen Akten herausgenommene Dokumente zugrunde:

a) Der Bericht des bayerischen Geschäftsträgers[7] in Berlin, Legationsrat Hans VON SCHOEN, an den bayerischen Ministerpräsidenten Graf HERTLING vom 18. Juli 1914. Bei EISNER wurde er bruchstückweise mit wesentlichen Auslassungen und falsch als Bericht des Gesandten Graf LERCHENBERG wiedergegeben.

b) Eine Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli 1914. Daraus wurde ein Satz, aus dem Zusammenhang gerissen, entnommen.

c) Eine zweite Fernsprechmeldung vom gleichen Tag, die abends angekommen ist. Sie wurde wörtlich abgedruckt.

d) Der Bericht des Grafen LERCHENBERG vom 4. August 1914. Daraus wurde eine Stelle über Belgien entnommen.

Genaue Einzelheiten können der umfassenden Darstellung von Pius DIRR[4] entnommen werden.

Der Prozeß um die **EiSNERschen** Fälschungen fand vom 27. April bis 11. Mai 1922 vor dem Amtsgericht München I statt. **Es** wurden fast alle erreichbaren Zeugen dazu gehört. Berühmte Professoren kamen als Gutachter zu Wort. Vom Gericht wurde die Veröffentlichung EISNERS eindeutig als Fälschung erkannt (eine »Fälschung im wahren Sinne des Wortes«),

Weiterführende Literatur:

Franz SCHADE, *Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie,* Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1961.

Heinrich NEUBAUER, *München und Moskau 1918/19,* Isar-Verlag, München 1958.

Heinrich HILLMAYR, *Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918,* Nusser, München 1974.

---

[4] Pius DIRR (Hg.), *Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch,* R. Oldenbourg, München [3]1925, S. XXVIII.

[5] Ebenda, S. XXIX.

[6] *Antwort der alliierten und assoziierten Mächte* (Mantelnote), Reimar Hobbing, Berlin 1919.

[7] Vor dem Ersten Weltkrieg hatten manche deutsche Länder diplomatische Vertretungen beim Reich in Berlin.

Führungskräfte des Bolschewismus

Jahrzehntelang blieben nach 1945 die Massenverbrechen der Sowjets, weil diese Mitsieger von 1945 waren, in der Weltöffentlichkeit unerwähnt. Sie wurden ebenso verdrängt wie die dabei entscheidende Rolle der Hauptakteure. Erst das *Schwarzbuch des Kommunismus von* Stéphane COURTOIS (1998)[1] und nachfolgende Dokumentationen machten diese Vorgänge wieder in weiteren Kreisen bekannt.

Aber auch die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist ohne die bolschewistische Revolution von 1917 und deren Folgen nicht zu verstehen. Die Entwicklung des Nationalsozialismus und des Antisemitismus im Reich ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Deutschland von 1919 bis 1933 bedrohende Gefahr des in Rußland seit Jahren grausam wütenden Kommunismus, worauf zum Beispiel der Berliner Historiker Ernst NOLTE in seinem den Historikerstreit von 1986 auslösenden Artikel[2] hinwies.

Für die damals von vielen gezogene Verbindung von Bolschewismus und Judentum gibt es viele Anhaltspunkte. Unter der Überschrift »Ein historisches Recht Hitlers?« brachte *Der Spiegel* 1994 ein Interview mit dem Faschismusfachmann Ernst NOLTE.[3] Dieser führte darin aus, daß in HITLERS Überzeugung der Bolschewismus menschlich-persönliche Urheber in den Juden gehabt habe. Der Historiker fügte hinzu: »Und im Rahmen dieser Überzeugung hatte er recht.« Ein Jahr früher hatte NOLTE geschrieben: »Die Überzeugung, daß >die Juden< die Urheber des Bolschewismus seien, war nicht nur bei HITLER und HIMMLER, bei GOEBBELS und HEYDRICH ganz aufrichtig, sondern auch in großen Teilen der Wehrmacht, der führenden Schicht und des Volkes. Der Vernichtungswille resultierte aus Vernichtungsfurcht. .. Den Antisemitismus der Nationalsozialisten von ihrem Antibolschewismus ablösen zu wollen, ist töricht.«[4] Und er zitiert in diesem Zusammenhang »die eindrucksvolle Formulierung eines Rabbiners: >The TROTZKIS make the révolutions, and the BRONSTEINS pay the bills.«< (Die Trotzkis machen die Revolutionen, und die BRONSTEINS bezahlen die Rechnungen.)[5]

Bereits frühe Äußerungen weisen auf diesen Zusammenhang hin. So erklärte LENIN im Januar 1917: »Die Juden stellten einen besonders hohen Prozentsatz (im Verhältnis zu der Gesamtzahl der russischen Bevölkerung, R. K.)

---

[1] Stéphane COURTOIS (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror,* Bd. 1, Piper, München 1998; Bd. 2004.

[2] Ernst NOLTE, »Vergangenheit, die nicht vergehen will«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 6. 6. 1986.

[3] *Der Spiegel,* Nr. 40, 1994.

[4] Ernst NOLTE, *Streitpunkte,* Propyläen, Berlin-Frankfurt 1993, S. 394.

[5] Ebenda S. 475

der Leiter der revolutionären Bewegung. Auch jetzt, das sei beiläufig bemerkt, haben die Juden das Verdienst, einen merklich höheren Prozentsatz an Vertretern der internationalistischen Strömung als andere Nationen aufzuweisen.«[6] In einer betont judenfreundlichen Schrift von 1921 des 1864 in Lemberg in einer jüdischen Familie geborenen Alfred NOSSIG und J. F. RODITSCHEW heißt es: »Jeder, der zur Zeit der Vollentwicklung des bolschewistischen Regimes in Rußland war, wird es bestätigen, daß Personen jüdischer Abstammung nicht nur in leitenden Komitees der Bolschewiki, sondern auch in allen Ämtern und sogar in der Tscheka, der staatlichen Henkerorganisation, in auffallend großer Zahl zu finden sind.«[7] Es wird dort auch angeführt, daß das polnische Episkopat 1920 beim Vormarsch der russischen Heere nach dem Zurückschlagen des angreifenden polnischen Heeres unter PILSUDSKI die Bischöfe der ganzen Welt gegen »den Welteroberungsfeldzug der jüdischen Rasse« zu Hilfe rief.[8] Neuere Veröffentlichungen, so von der russischen Jüdin Sonja MARGOLINA,[9] bestätigen den hohen Anteil jüdischer Personen an den Führern der bolschewistischen Herrschaft in den Anfangsjahren. Sie begründen diesen Umstand mit der Tatsache der Unterdrückung dieser Bevölkerungsschicht im zaristischen Rußland mit zahlreichen Pogromen: »Die Juden waren die Würze in der Suppe der europäischen Kultur. In Rußland haben sie sie versalzen.«[10]

Statistische Zahlen untermauern diese Feststellungen. In den Jahren 1901 bis 1903 waren 29,1 Prozent der staatlich verhafteten Führer der russischen Revolutionäre Juden, 1905 bereits 34 Prozent, weitaus mehr als der jüdische Anteil von rund 1,8 Prozent an der Bevölkerung der Sowjetunion. Auf dem Parteitag der Bolschewiki im August 1917 saßen unter den elf Mitgliedern des Präsidiums sechs Juden. Im für die Leitung der Oktoberrevolution eingesetzten siebenköpfigen Politbüro finden wir vier Juden.

Von den zehn für die Oktoberrevolution 1917 wichtigsten Personen, den Mitgliedern des sowjetischen Politbüros, waren sechs Volljuden (Geburtsnamen in Klammern): Leo Dawidowitsch TROTZKI (Bronstein), Grigorij SOKOLNIKOW (Brillant), Grigorij SINOWJEW (Apfelbaum), Leo Borissowitsch

Von links: Leo TROTZKI, Grigorij SINOWJEW, Leo KAMENEW und Maxim LITWINOW.

[6] In einem Vortrag am 22. 1. 1917 in Zürich, in: Wladimir I. LENIN, *Sämtliche Werke,* Bd. XIX, S. 452.
[7] J. F. RODITSCHEW u. Alfred NOSSIG, *Bolschewismus und Judentum,* Berlin 1921, S. 21.
[8] Ebenda, S. 31
[9] Sonja MARGOLINA, *Das Ende der Lügen. Kußland und die Juden im 20. Jahrhundert,* Siedler, Berlin 1992.
[10] Ebenda, S. 115.

Leo TROTZKI, der eigentliche Organisator der Oktober-Revolution, nimmt hier eine Parade seiner Armee auf dem Roten Platz in Moskau ab. Der zweite rechts von ihm ist L. KAMENEW. Aus: Hugo POTISCH, *Hört die Signale. Aufstieg und Fall des Sowjetkommunismus,* Kremayr, Wien 1991.

KAMENEW (Rosenfeld), Jakob SWERDLOW (Auerbach) und Moses URITZKI. Unter LENINS Führung (1918-1922) betrug der jüdische Anteil am Zentralkomitee der KPdSU im Durchschnitt 26 Prozent, am Politbüro im Jahre 1922 sogar 43 Prozent. Nach der Revolution gab es vor der Säuberung durch STALIN im Rat der Volkskommissare unter den 22 Mitgliedern 17 Juden, im Außenkommissariat waren es 13 von 16, im Kriegskommissariat 33 von 43, im Amt der Finanzen 30 von 34, im Justizamt 20 von 21, im Kultusamt 41 von 52, im Versorgungsamt 6 von 6, im Arbeitsministerium 7 von 8, bei der amtlichen Presse 41 von 41. In einer Gruppe von 22 bolschewistischen Agenten, die im Januar 1919 von Moskau nach Wien gesandt wurden, waren 21 Juden vertreten.

Zu den in der Sowjetunion nach 1917 führenden Juden gehörten außer den oben genannten Maxim M. LITWINOW (Finkelstein), Karl RADEK (Sobelsohn), LAGESKY(Krachmann), BOGDANOFF (Silberstein), WOLADARSKY (Cohen), PIATNITZKY (Lewin), ZWEDITSCH (Fonstein), MACLAKOWSKY (Rosenbaum), LOPINSKY (Löwenstein), WOBROW (Nathanson), M. I. JAROSLAWSKI (Gubelmann), MARTOW (Zederbaum), TSCHERNOW (Liebermann), STECKLOW (Nechamkes), GOREW (Goldmann), SUCHANOW (Gimmer), KAMKOW (Katz), Lazar KAGANOWITSCH. Die Chefs und leitenden Personen der russischen Geheimpolizei (Tscheka, GPU, NKWD, MWD) waren bis zu GORBATSCHOWS Zeit meist jüdischer Abstammung: TROTZKI, URITZKI, SWERDLOW, MENZHINSKI, JAGODA, KRUGLOW, SCHELEPIN, ANDROPOW. Bei den Verhandlungen zu dem am 3. 3. 1918 unterzeichneten Frieden von Brest-Litowsk gaben auf sowjetischer Seite die Juden Leo TROTZKI, JOFFE, Leo Borissowitsch KAMENEW, Grigorij SOKOLNIKOW und Karl RADEK neben wenigen Russen den Ton an.

Ähnliche Verhältnisse galten 1919 in Ungarn unter der kommunistischen Herrschaft des Juden Bela KUN: Unter den 26 Volkskommissaren entstammten 18 jüdischen Elternhäusern; bei einem jüdischen Bevölkerungsanteil von 7 Prozent hatte diese völkische Minderheit 70 Prozent der Regierungsposten inne.

Unter den Führern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und den Anführern marxistischer Aufstände im Reich befanden sich ab 1918 herausragend viele Juden: Rosa LUXEMBURG, Oskar COHN, Karl KAUTSKY als Theoretiker, Otto LANDSBERG und Hugo HAASE als »Volksbeauftragte« in Berlin, Kurt EISNER mit LEVINE, Ernst TOLLER, Erich MÜHSAM bei der Räteherrschaft 1919 in München, EPPSTEIN, RUBEN, HAMMER, OCHEL und WOLFSTEIN beim roten Aufstand an der Ruhr 1920. Paul HIRSCH wurde nach der Revolution 1918 preußischer, GRADNAUER sächsischer Ministerpräsident. In der ersten Zeit der Republik waren über 80 Prozent der Führungsposten in der KPD um Rosa LUXEMBURG und Karl LIEBKNECHT mit Personen jüdischer Abstammung besetzt, während der Bevölkerungsanteil dieser Minderheit im Deutschen Reich um ein Prozent betrug. Willi MÜNZENBERG wirkte bis 1933 als Zeitungskönig in Berlin, viele sozialistische Blätter hatten mehrheitlich oder maßgebend jüdische Redakteure. Die große Frau der KPD, Klara ZETKIN aus jüdischer Familie, eröffnete als Alterspräsidentin am 30. August 1932 den Reichstag und drückte dabei ihre Hoffnung aus, noch ein »Sowjetdeutschland« zu erleben.

Klara ZETKIN (1857-1933), sie war Mitbegründerin des Spartakusbundes und der Unabhängigen Sozialistischen Partei (USPD).

Davor hatten die Deutschen, die durch Literatur[1] und politische Information über diese Verhältnisse unterrichtet waren, 1933 Angst, und sie wandten sich, auch ohne Antisemiten zu sein, mehrheitlich gegen den Bolschewismus.

In dem Aufsatz »Winston CHURCHILL und der jüdische Bolschewismus«[2]bringt Dankwart KLUGE den Wortlaut eines vierspaltigen Artikels Winston CHURCHILLS, den der damals sechsundvierzigjährige Kriegsminister am 8. Februar 1920 in der Zeitung *Illustrated Sunday Herald* veröffentlichte. Darin befaßt sich CHURCHILL unter anderem mit den Aufbauleistungen der Juden in Rußland.

Rolf Kosiek

---

[1] U.a.: Axel VON FREYTAG-LORINGHOVEN, *Geschichte der russischen Revolution*, München 1919; Sergej P. MELGUNOW, *Der rote Terror in Rußland 1918-1923,* Berlin 1924; F. PLATTEN, *Die Reise Lenins durch Deutschland im plombierten Wagen,* Berlin 1924; Theodor FRITSCH, *Handbuch der Judenfrage,* Hammer, Leipzig [35]1933.

[2] Dankwart KLUGE, »Winston Churchill und der jüdische Bolschewismus«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* 4/2003, S. 33 f.

Die Weimarer Zeit

Mieterstreik in der Berliner Köpenicker Straße: Ein Abbild vom Ende der Weimarer Republik – Verwahrlosung, Hoffnungslosigkeit, Pleite des Systems, Unvermögen der traditionellen Parteien, Aufstieg der KPD und NSDAP.

Die Weimarer Zeit

Der Versailler Friedensvertrag - in Wirklichkeit ein Diktat - war die Fortsetzung des Krieges mit anderen, nicht minder gewaltsamen Mitteln gegen das geschlagene Deutsche Reich. Die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege wiederum war das Fundament des Vertrages. Seine Auswirkungen, vor allem die unermeßlichen Reparationszahlungen und die wirtschaftliche, militärische und politische Knebelung waren für die gesamte Dauer der Weimarer Republik eine Belastung, die einer politischen Kastration gleichkam.

Wäre es den siegreichen Alliierten lediglich um die Einführung der Demokratie als einer vermeintlich unkriegerischen Staatsform gegangen, hätten sie bei der Festsetzung der Gebietsabtretungen mehr auf ethnische Grenzen, auf bezahlbare Reparationsleistungen, auf weniger demütigende Behandlungsformen und Beschränkungen der Wehrhoheit des neuen Staates achtgegeben.

Weitblickende Zeitgenossen merkten aber schon damals, daß es den Siegern nicht so sehr an einer neuen Rechtsordnung als am Ausleben eines - vielleicht begrenzt verständlichen - Triumphalismus und Rachedünkels gelegen war. So fragte Max SCHELER in einer »nationalpädagogischen Erörterung« nach den »Ursachen des Deutschenhasses«, forderte Rudolf STEINER dazu auf, aus dem Zusammenbruch des Reiches zu lernen, indem man diesem »eine aus dem Wesensinhalt der deutschen Volkheit entspringende Aufgabe« stellen müsse, die den Nachbarn »im Weltzusammenhang« die »wesenhafte, seinen [des Reiches] Bestand rechtfertigende Zielsetzung« erklärlich machen könne. Zu solchen strategischen Überlegungen waren die fast jährlich wechselnden, aus der Not geborenen Regierungen des ersten demokratischen Staates auf deutschem Boden nicht in der Lage. Sie waren angesichts der gewaltigen Krisen - Ruhrbesetzung, Inflation, Weltwährungskrise, Entwaffnung und internationale Pariastellung, Arbeitslosigkeit und Zusammenbruch der sozialen Absicherung für weite Teile der Bevölkerung - nicht mehr als ein hoffnungslos überforderter politischer Reparaturbetrieb, in dem die Vielfalt der Parteien eher als hemmendes Moment denn als reichhaltiges politisches Alternativangebot empfunden wurde.

Es gehört jedoch zum Gründungsmythos der jungen Bundesrepublik und deren Vertreter nach 1949, im gescheiterten Weimarer Demokratieversuch den historischen Vorläufer ihres politischen Auftrages zu sehen. Und so begannen sich in der Geschichtsschreibung staatlich geförderte Legenden herauszubilden, die erst nach einigen Jahrzehnten greifen konnten, denn der Erlebnisgeneration des Kaiserreiches und Weimars erschienen die zwanziger Jahre in der Rückbesinnung alles andere als >golden<.

Die in diesem Block aufgeführten Richtigstellungen wollen denn auch diese Mythenbildung auf ihren Realitätsgehalt zurechtstutzen, wobei unter so mancher vergoldeten Krone plötzlich ein Dornenkranz sichtbar wird. Die politische Kraftlosigkeit dieses Gebildes läßt sich auch aus der heutigen Rückschau nicht wegretuschieren. Daher verlegt man sich gern darauf, die Weimarer Republik als nicht bedrohlichen (weil entwaffnet) und geachteten (?) Nachbarn ihrer westlichen Anrainer darzustellen. Man vergißt, daß alle Deutschen - von den Kommunisten bis hin zu Nationalkonservativen und Nationalsozialisten - das Versailler Diktat und seine Begründung als entwürdigend und verlogen ansahen.

So beschränkt man sich in der Regel auf die >goldenen Zwanziger<, die Jahre von 1924 bis 1929, in denen nach einer kurzen wirtschaftlichen Besserung vor allem die Künste und das pralle Menschenleben von stilbildender, wegweisender und das Lebensgefühl prägender Bedeutung gewesen sein sollen. Dabei unterschlägt man geflissentlich, daß diese Republik verdächtig viele Parallelen zur Bundesrepublik aufweist, daß auch in dieser Hinsicht das veröffentlichte Lebensgefühl nicht unbedingt mit dem öffentlichen in Ubereinklang gestanden hat.

So wurden in Weimar eher die politischen Skandale, die Machtlosigkeit, das endlose und zumeist ergebnislose Debattieren im Reichstag und die vielen Korruptionsskandale der Politiker (zum Beispiel ERZBERGER) wahrgenommen als das Bananenröckchen von Josephine BAKER, die ersten Jazzcombos oder die Kokain schnupfende Dekadenz der Hauptstadt. Der Dadaismus und viele andere nach 1945 hochgejubelte Kunstrichtungen wurden von der großen Masse des Volkes nicht als künstlerische Offenbarung, sondern eher als EntARTung oder vielmehr mit herablassender Gleichgültigkeit betrachtet.

Die Wirtschafts- und Bestechungsskandale (BARMAT USW.) trugen ebenso zum Untergang des Systems bei wie die aggressiven Kräfte der Veränderung von links und rechts. Auch deren Anteil am Zusammenbruch wird in den folgenden Beiträgen anders gewogen.

Olaf Rose

Deutsche und Polen nach 1918

Die Alliierten hatten 1918 die Kriegsziele des US-Präsidenten WILSON übernommen, die Gebietsveränderungen nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechts vorsahen. Nach Punkt XIII der >14 Punkte< sollte ein polnischer Staat errichtet werden (Deutschland und Österreich hatten aber schon am 5.11.1916 einen selbständigen polnischen Staat ausgerufen!), der die »von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen sollte«. Das war bei der nationalen Gemengelage der verschiedenen Völker außerordentlich schwierig, zudem fielen Muttersprache und nationales Bekenntnis oft nicht zusammen. Die Masuren in Ostpreußen, ein Großteil der Kaschuben in Westpreußen sowie in Hinterpommern und die >Wasserpolen< in Schlesien sprachen zwar einen polnischen Dialekt, fühlten sich aber als Deutsche, wie es sich bei den Volksabstimmungen 1920/21 herausstellte. In dem neu entstandenen polnischen Staat waren 1919 nach polnischer Statistik nur 68 Prozent der Bevölkerung Polen.

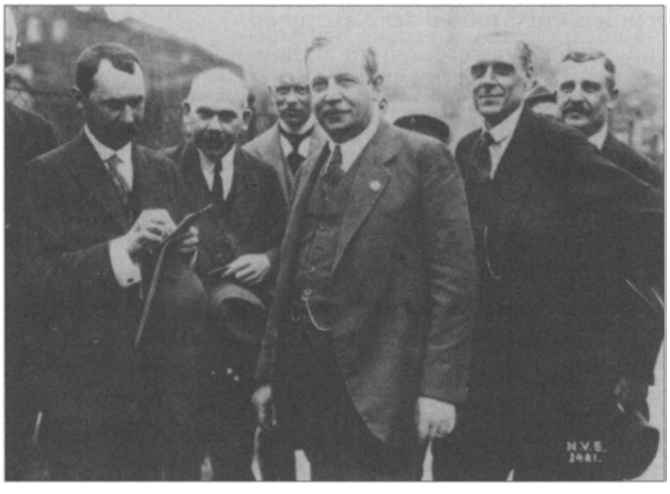
Die deutsch-polnische Grenze wurde 1919 in Versailles weitgehend ohne Berücksichtigung der volklichen Zugehörigkeit gezogen: Der größte Teil Westpreußens und der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (Soldau) wurden ohne Volksabstimmung an Polen abgetreten (mindestens in Westpreußen und im Westteil des Posener Landes mit der Stadt Posen hätte eine Volksabstimmung eine deutsche Mehrheit ergeben, wenn man die Volkszählungsergebnisse und die Wahlergebnisse der Vorkriegszeit zugrunde legt). Das Gebiet um die Stadt Danzig wurde gegen den erklärten Willen der Bevölkerung >Freistaat< unter Völkerbundskontrolle mit zahlreichen polnischen Sonderrechten. Laut Volkszählung von 1923 waren dort 97,6% der Bevölkerung deutsch, lediglich 2,4 % gaben polnisch, kaschubisch oder masurisch oder deutsch und polnisch als Muttersprache an.

Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921: Französische Truppen sichern den Theaterplatz von Kattowitz am Abstimmungstag.

Dort, wo Volksabstimmungen - immer unter Kontrolle der Alliierten - abgehalten wurden, stimmte die Bevölkerung mit großer Mehrheit für Deutsch-

land: am 11.7.1920 im Bezirk Allenstein in Ostpreußen: 97,4 % für Deutschland; am selben Tag im Bezirk Marienwerder in Westpreußen: 92,4 % für Deutschland; am 20. 3. 1921 in Oberschlesien: 59,4 % für Deutschland.[1]

In Oberschlesien hatten die Polen versucht, in zwei vom polnischen Staat unterstützten Aufständen (August 1919 und August 1920) die Volksabstimmung zu verhindern und vollendete Tatsachen zu schaffen. Als dann 1921 die Volksabstimmung stattfand, wurde die polnische Seite massiv von den Franzosen, die die Hauptmasse der Besatzungstruppen stellten, unterstützt. Morde an Deutschen, Einschüchterungen, Vertreibungen und Verhinderung deutscher Wahlpropaganda waren an der Tagesordnung. (Die Reichsregierung hat darüber in zwei Weißbüchern berichtet.) Daß das Wahlergebnis dennoch eine deutsche Mehrheit erbrachte, wird von polnischer Seite (und heute von Deutschen, die polnische Argumente unbesehen nachplappern[2]) auf die Beteiligung von Stimmberechtigten, die zwar in Oberschlesien geboren, aber dort nicht mehr ansässig waren, zurückgeführt. Doch dieses Argument ist nicht stichhaltig. Es wurden 707 554 Stimmen für Deutschland, 478 820 für Polen abgegeben. Selbst wenn alle 170000 auswärtigem Stimmberechtigten geschlossen gegen Deutschland gestimmt hätten (was unwahrscheinlich ist), hätte es noch immer eine deutliche Mehrheit für Deutschland gegeben!



Es brach nach der Abstimmung 1921 ein dritter polnischer Aufstand aus, der kräftig von Polen aus unterstützt wurde. Im Endergebnis wurde Oberschlesien vom Völkerbund trotz der deutschen Gesamtmehrheit bei der Abstimmung, nach der eigentlich ganz Oberschlesien deutsch bleiben sollte, geteilt, wobei die Teilung nicht nach ethnographischen Gesichtspunkten entsprechend dem Ergebnis der Volksabstimmung erfolgte, sondern nach wirtschaftlichen und

Oben: Vojciech KORFANTY, der Führer des polnischen Aufstands in Oberschlesien. Das Bild zeigt ihn mit Kampfgenossen in Kattowitz. Unten: Polnische Aufständische 1921.

[1] Siehe Beitrag 56: »Die Entdeutschung Westpreußens nach 1919«.

verkehrstechnischen Gesichtspunkten. Polen erhielt 25 % der Fläche, 42,5 % der Bevölkerung (mit oft mehrheitlich deutschen Städten wie Königshütte und Kattowitz) und 85 % der Kohlevorräte.

Alle Regierungen der Weimarer Republik und alle politischen Parteien sahen in dieser Grenzziehung eine Verletzung des deutschen Selbstbestimmungsrechts. Den an Polen ausgelieferten Deutschen rief Reichspräsident EBERT (SPD) und die Reichsregierung BAUER (SPD, Zentrum und DDP) zu: »Volksgenossen! Mit der gewaltsamen Trennung ist euch und uns hartes Unrecht geschehen, das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung versagt worden. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch euch eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen werden wird.« Selbst der Vorsitzende der KPD, Ernst THÄLMANN, erklärte am 24. 11. 1925 im Deutschen Reichstag: »Wir fordern für diese Gebiete das freie Selbstbestimmungsrecht mit dem Recht des Anschlusses an Deutschland oder Polen!« Reichsaußenminister Dr. Gustav STRESEMANN hatte im Locarno-Vertrag die Regelung der deutschen Westgrenze im Versailler Diktat noch einmal anerkannt, er hat sich aber immer geweigert, ein ähnliches >Ostlocarno< abzuschließen. Waren nun wenigstens die Polen mit der neuen Westgrenze zufrieden? Nein! Aus der Fülle der amtlichen und privaten Erklärungen der Polen, in denen eine weitere Revision der polnischen Westgrenze auf Kosten Deutschlands gefordert wurde, seien nur drei angeführt: aus der Warschauer Zeitung *Die Republik Polen* vom 23. 5. 1922:[1] »Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein

[1] Als Bundeskanzler KOHL 1989 Polen besuchte und man ihm nicht erlaubte, den Annaberg, den Ort des deutschen Sieges von 1921 über die polnischen Aufständischen KORFANTYS, zu besuchen, suchten manche deutsche Zeitungen dafür Verständnis zu wecken<. So behauptete ein Herr SCHLEICHER in den *Stuttgarter Nachrichten* vom 2.
1 1989, daß Polen 1918 selbständig geworden sei, daß Oberschlesien zu 65 % von Polen bewohnt gewesen sei und daß das für Deutschland günstige Ergebnis der Volksabstimmung 1921 (rund 60 % für Deutschland) nur durch die Stimmabgabe der zur Abstimmung zugereisten >Auslandsoberschlesier<, also der nicht in Oberschlesien wohnhaften Stimmberechtigten, zustande gekommen sei. Dazu ist zu sagen: 1. Polen wurde schon 1916 selbständig, und zwar durch Deutschland und Österreich-Ungarn, die es von der russischen Herrschaft befreit hatten. 2. Auf 65 % Polen in Oberschlesien kommt man nur dann, wenn man alle den >wasserpolnischen< Dialekt sprechenden Oberschlesier als >Polen< bezeichnet. Sowohl die Reichstagswahlen vor 1918 als auch die Volksabstimmung 1921 und schließlich auch das Verhalten der Oberschlesier heute unter polnischer Herrschaft zeigen, daß eben Sprache und Volkstum oft nicht übereinstimmen, genau wie bei den Masuren in Ostpreußen oder den Kaschuben in Hinterpommern. 3. Die Volksabstimmung in Oberschlesien war keineswegs >frei<, da Frankreich, das die Masse der Besatzungstruppen zur Überwachung der Volksabstimmung stellte, die Polen offen begünstigte, so daß u. a. auf dem Land oft keine deutsche Wahlpropaganda möglich war. Trotzdem stimmten rund 60 % für Deutschland.

unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder.. . Von der Posener Hochschule aus sollen die Ermländer und Masuren bearbeitet werden, sogar die Lausitz mit ihren Bewohnern, den Wenden, soll in Angriff genommen werden. .. Der slawische Gedanke wird siegen!«[3]

[3] Zitiert in: Eckart THURIG, *Schwierige Nachbarschaften,* Kohlhammer, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 39.

Aus dem Manifest des polnischen >Westmarkenvereins< April 1926: »Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder, im Osten die... Düna. Indessen wollen wir uns im Augenblick nicht mit Rußland streiten, weil es für immer auf Riga verzichtet hat! Unsere aktuelle Devise ist dies: von Stettin bis Polangen!« (Polangen liegt nahe der nördlichen Grenze Litauens, diese Forderung schließt also die Annektion ganz Litauens ein!)

Der polnische Ministerpräsident in Posen: »Der Prozentsatz (der Nichtpolen) ist bei uns entschieden zu hoch! Posen kann uns den Weg weisen, in welcher Weise der Prozentsatz der Fremden von 14 oder sogar 20 % auf anderthalb Prozent gebracht werden kann... Das polnische Land ist ausschließlich für Polen da!«

In der Verfolgung dieser Politik wurden weit über eine Million Deutsche schon in den zwanziger Jahren vertrieben. Aber die Polen haben nicht nur die deutsche Minderheit in ihrem Land verfolgt, sondern auch alle übrigen, vor allem Ukrainer, Weißrussen, Juden und Litauer.

Weiterführende Literatur:

Eckart THURICH, *Schmerige Nachbarschaften, Deutsche und Polen, Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert,* Kohlhammer, Stuttgart-Köln-Berlin 1990.

Bernhart ROTHER, *Die Volksabstimmung in Oberschlesien,* Oberschlesische Schriftenreihe, Bonn ²1961.

Friedrich Wilhelm v. OERTZEN, *Das ist Polen,* Müller, München 1932.

Frank GOLCZEWSKI, *Das Deutschlandbild der Polen 1918-1939,* Droste, Düsseldorf 1974.

Michael OPITZ, *Schlesien bleibt unser,* Arndt, Kiel 1985.

Otto HEIKE, *Das Deutschtum in Polen 1918-1939,* Viöl 1995.

Bolko Frhr. v. RICHTHOFEN, Reinhold Robert OHEIM, *Deutsch-polnische Beziehungen,* Vaterstetten 1979; dies., *Polens Marsch zum Meer,* Arndt, Kiel 1984; dies., *Die polnische Legende,* Arndt, Kiel 2001.

Richard BREYER, *Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937,* Holzner, Kitzingen 1955.

Beihefte zum Jahrbuch der Albertus Universität Königsberg/Pr. VII.

Ernst SONNTAG, *Korfanty,* Holzner, Kitzingen 1954.

Beihefte zum Jahrbuch der Albertus Universität Königsberg/Pr. X, Theodor BIESCHENK, *Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934-1939,* Holzner, Kitzingen.

Polnisch-russischer Krieg, Curzon-Linie und Vertreibung

Was geht uns Deutsche der polnisch-russische Krieg von 1919/21 an? Wir haben mit unserer eigenen Geschichte genug zu schaffen - mag der Leser denken. Wenn wir aber durch die geschichtlichen Zusammenhänge und die Folgen dieses damaligen Geschehens erfahren, daß man damit die Annexion Ostdeutschlands durch Polen rechtfertigt, wird diese Vergangenheit zur bedrückenden Gegenwart für ganz Deutschland. Die Vertreibung von mehr als neun Millionen Deutschen aus Ostdeutschland und die widerrechtliche Inbesitznahme eines Drittels des deutschen Landes soll damit begründet werden, daß drei Millionen Polen 1945 ebenfalls von Ost nach West auf >Wanderschaft< gehen mußten. Da diese Begründung fälschlicherweise auch von deutscher Seite vorgebracht wird,[1] verfolgen wir hier die Geschichte nach dem Wort von RANKE: nur zu »sagen, wie es eigentlich gewesen« ist.[2]

Zur Darstellung der Lage müssen wir bis zum Jahre 1914 zurückgehen. Polen gehörte nach der dritten (1795) und vierten (1815) polnischen Teilung größtenteils zu Rußland, Galizien (mit Przemysl und Lemberg) zu Österreich-Ungarn. Schon im Jahre 1892 war die Polnische Sozialistische Partei (PPS) gegründet worden. Darin spielte der junge PILSUDSKI,[3] 1892 nach fünfjähriger Verbannung aus Sibirien zurückgekehrt, eine wichtige Rolle. Eine weitere einflußreiche Gruppe war die Nationaldemokratische Partei unter ihrem Führer Roman DMOWSKI.[4] Sie war 1896 aus einer politischen Geheim-

[1] So z. B. besonders infam in der Denkschrift der Evangelischen Kirche zur Ostpolitik, *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn,* Hannover 1965, insbesondere S. 21 f.

[2] Leopold VON RANKE (1795-1886) hat die moderne quellenkritische Geschichtsschreibung begründet. In seiner Kritik neuerer Geschichtsschreiber hat er die berühmte Formulierung gebraucht, er wolle bloß »sagen, wie es eigentlich gewesen« ist.

[3] Jozef PILSUDSKI, geboren 5. 12. 1867 in Zulowa (Vilniusgebiet), gestorben 12. 5.1935 in Warschau, stammt aus einer polonisierten litauischen Adelsfamilie. Nach Verbannung in Ostsibirien (1888-1892) wurde er 1892 Mitbegründer der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), führte im Ersten Weltkrieg bis 1916 die polnische Legion gegen Rußland, trat dann zu den Sowjets über, war Mitte 1917 bis 1918 in Magdeburg interniert, 1918—1922 polnischer Staatschef und Armeeoberbefehlshaber. 1926 stürzte er die polnische Regierung und regierte seitdem praktisch als Diktator über Polen bis zu seinem Tod.

[4] Roman DMOWSKI, 9. 4. 1864 in Warschau geboren, gründete 1896 die aus der >Liga polska< hervorgegangene Nationaldemokratische Partei, kämpfte gegen den Sozialismus und PILSUDSKI, war in der Duma Mitglied des Polenclubs. Er ging nach der russischen Revolution nach England und vertrat Polen bei der Versailler Friedenskonferenz. Die >Liga Polska< war eine Geheimorganisation, deren Schöpfer J. POPLAWSKI war. Dieser gründete die Zeitung *Allpolnische Rundschau,* dann das Blatt der Nationaldemokraten.

Verbindung, der >Liga Polska<, hervorgegangen. DMOWSKI war prowestlich eingestellt und wollte - im Gegensatz zu PILSUDSKI - keinen Kampf gegen Rußland. Sein hemmungsloser Haß galt nur dem Deutschtum. Die Nationaldemokraten vertraten die alte piastische Idee des Dranges nach dem Westen und zur Ostsee im Gegensatz zur jagiellonischen Idee PILSUDSKIS in Richtung Osten.

Jozef PILSUDSKI (1867-1935). Er löste PADEREWSKI als polnischen Staatspräsidenten ab.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellte PILSUDSKI für die österreichische Seite Legionen auf, die er schon seit 1908 als >Schützenverbände< in Galizien zur Kadertruppe für eine künftige polnische Nationalarmee gegen das Zarenreich vorgesehen hatte. Mit einer >Ersten Brigade< bewährte er sich unter österreichischem Oberkommando.

Während des Ersten Weltkrieges kam es zu mehrfacher Änderung der deutschen und österreichischen Polenpolitik. Am 12. August 1916 vereinbarten die Mittelmächte, die die Russen aus Polen vertrieben hatten, in Wien, daß der polnische Staat in dem von ihnen eroberten Polen wiederbegründet werden sollte. Am 5. November 1916 riefen die beiden Generalgouverneure in Warschau und Lublin im Namen ihrer Monarchen ein »Königreich Polen« als Staat mit erblicher Monarchie und Verfassung aus. Kurz darauf ereignete sich in Rußland die Februarrevolution, und Amerika überzog das Deutsche Reich mit Krieg. PILSUDSKI ging mit seinen Legionären zu den Sowjets über. Die polnische Frage wurde so Gegenstand internationaler Diskussion. Die russische provisorische Regierung gab unter Fürst Georgi Jewgeniewitsch Lwow noch im März 1917 ein »Polenmanifest« heraus.

Am 14. November 1918 übernahm PILSUDSKI als Staatsoberhaupt die vollziehende Macht in Warschau vom bisherigen Regentschaftsrat. Durch das Diktat von Versailles (28. 6. 1919) wurden Deutschland die Provinzen Posen und fast ganz Westpreußen (der »Korridor«) sowie Teile Ostbrandenburgs zugunsten Polens ohne Volksabstimmung genommen, Österreich verlor im Diktat von St. Germain (10. 9.1919) unter anderem Galizien an Polen. Trotz dieses großen Landgewinns im Westen und Süden gaben sich die Polen jedoch mit der alten Grenze zu Rußland nicht zufrieden. Ihnen schwebte die Großmachtstellung Polens »in seinen >historischen< Grenzen von 1690« vor.

Die Revolutionswirren in Rußland wie in der Ukraine mit ihrem blutigen Bürgerkrieg verstärkten 1919 den Expansionsdrang der Polen, die die Schwäche der jungen Sowjetunion ausnutzen wollten. So ergriff PILSUDSKI, der eine Föderation mehrerer Länder unter polnischer Vormachtstellung plante, die Gunst der Stunde und eröffnete aus dem Raum des polnischen - früher österreichischen - Westgaliziens im Frühjahr 1919 eine Offensive in das ukrainische Ostgalizien. Zur gleichen Zeit stießen im Norden polnische Truppen auch nach dem litauischen Vilnius vor. An beiden Fronten zunächst zurückgeschlagen, gingen die Polen nach Neuordnung erneut zum Angriff vor, eroberten im April 1919 Vilnius und drangen weit in das sowjetische Land ein. Die Sowjets wurden in dieser Zeit von den durch die Westmächte

stark unterstützten weißrussischen Armeen WRANGELS und DENIKINS bedrängt und legten den Polen um die Jahreswende 1919/20 großzügige Friedensangebote vor, die aber von PILSUDSKI abgelehnt wurden, der die Grenzen von 1772 beanspruchte. DENIKIN nannte diese polnischen Forderungen einen krankhaften Größenwahn.

Inzwischen wurde in Paris vom >Obersten Alliierten Rat< am 8. 12. 1919 eine polnische Ostgrenze festgelegt. Der britische Außenminister Lord CURZON hatte sie einigermaßen gerecht nach ethnographischen Gesichtspunkten ermittelt, die **»CuRZON**-Linie«[5]. Sie verlief etwa entlang des Mittellaufs des Bugs und führte von dort nach Norden (Litauen/Ostgrenze von Ostpreußen) und nach Süden (Ost-Slowakei).

Die Polen wollten aber mehr. Zur Vorbereitung seines Ostfeldzuges hatte PILSUDSKI am 21./24. April 1920 ein politisches und militärisches Bündnis mit der antikommunistischen Regierung der >Ukrainischen Volksrepublik unter dem Ataman (politisches und militärisches Oberhaupt) Symeon PETLJURA abgeschlossen und sich dabei der antibolschewistischen ukrainischen Armee versichert. Am 8. Mai 1920 eroberten die Polen unter RYDZ-SMIGLY[6] Kiew (siehe Abbildung nächste Seite).

Da erließ das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei am 23. Mai 1920 Befehle, die dem Vordringen der Polen und Weißgardisten Einhalt gebieten sollten. Mehr als 20000 Kommunisten wurden an die West- und Südwestfront entsandt. Der polnische Überfall erregte in der Ukraine und in Sowjetrußland eine solche Welle des Patriotismus, daß sogar BRUSSILOW, der letzte Oberbefehlshaber des Zaren NIKOLAUS II., alle zaristischen Offiziere beschwor, sich der Roten Armee ungeachtet aller politischen Gegensätze doch gegen die eingefallenen Polen zur Verfügung zu stellen.

Noch im Mai 1920 begann an der Westfront unter dem sowjetischen Oberbefehlshaber M. N. TUCHATSCHEWSKI (1893-1937, hingerichtet) die Gegenoffensive, und Anfang Juni traten an der Südwestfront die Truppen unter Oberbefehlshaber A. J. JEGOROW an, dem als Mitglied des Kriegsrates J. W. STALIN beigegeben war. Am 12. Juni 1920 befreiten sie Kiew, am 11. Juni Minsk, am 14. Juli fiel ihnen Vilnius, am 19. Juli Grodno und am 20. Juli Bialystok in die Hände. Sie rückten weiter auf Lemberg und Warschau vor.

Michael TUCHATSCHEWSKI (1892-1937).

[5] **>CuRZON**-Linie<, vom britischen Außenminister Lord CURZON (George, 11. 1.1859—20. 3. 1925, ab 1921 Marquess of Kedleston) 1919 nach ethnographischen Gesichtspunkten entworfene Demarkationslinie als Grenze zwischen Polen und Rußland. Sie verläuft im Mittelteil entlang des Bugs, nördlich von Grodno, Wilna nach Dünaburg, im Süden westlich von Rawa und östlich von Przemysl auf den Ursprung des Sans zu.

[6] Edward RYDZ-SMIGLY (1886-1941), Marschall von Polen seit 1936, Mitarbeiter PILSUDSKIS, nach dessen Tod dessen Nachfolger als politischer Führer Polens, 1936-1939 Oberbefehlshaber der polnischen Armee.

Polnische Truppen, die größtenteils von der französischen Armee ausgestattet und bewaffnet wurden, marschieren in Kiew ein, wo sie allerdings lediglich fünf Wochen bleiben. Damals träumte PILSUDSKI von einer Wiedergeburt jenes Großpolens aus dem 18. Jahrhundert, das sowohl die Ukraine als auch Litauen einschloß.

An dieser Stelle muß eine politische Bemerkung eingefügt werden, wieso Polen einen starken Rückhalt bei den Westmächten hatte, obwohl es ein Nationalitätenstaat war und Grenzkonflikte mit fast allen Nachbarstaaten hatte. In Paris sah man eine Machterweiterung Polens auf Kosten Rußlands nicht ungern, spielte doch Polen in der Nachkriegspolitik der Franzosen die Rolle eines »Wächters über Deutschland im Osten« und eines »Bollwerks gegenüber dem bolschewistischen Rußland«.

Als die Russen dann vor Warschau standen, baten die Polen die Alliierten um Hilfe. Der britische Außenminister CURZON übermittelte am 11. Juli 1920 einen Waffenstillstandsvorschlag mit der >CURZON-Linie< als Grenze. Engländer und Franzosen sandten zudem eine Beraterkommission unter dem Kommando des französischen Generals WEYGAND, der auch der damalige Hauptmann DE GAULLE angehörte. Zusammen mit der polnischen Armeeführung gelang ihnen die Abwehr des sowjetischen Angriffs vor den Toren Warschaus, was am 19. August 1920 zum Sieg über die Russen, dem unerwarteten >Wunder an der Weichseh, führte.

Die Flucht der Sowjets löste die Verfolgung durch die Polen aus, bis es bei beiden durch Erschöpfung zum Halt kam. Dem folgten am 12. Oktober 1920 der Waffenstillstand und am 18. März 1921 der Frieden von Riga. Dieser legte fest, daß die Grenze zwischen Polen und der Sowjet-Union nicht entlang der ethnographisch gerechteren >CURZON-Linie<, sondern 200 bis 300 Kilometer östlich davon verlief, aber immer noch etwa 100 Kilometer westlich des Grenzvorschlags, den die Sowjets im Januar 1920 um des Friedens willen gemacht hatten. Am 15. März 1923 wurde die neue Grenze vom obersten Alliierten Rat< in Paris auf Fürsprache der Franzosen anerkannt, obwohl das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerung eindeutig verletzt war. Große Teile mit ukrainischen und weißrussischen Menschen

besiedelter Landschaften, in denen Polen nur eine geringe Minderheit bildeten, kamen unter Warschaus Herrschaft.

Soweit der Vorgang des polnischen Angriffskriegs 1919/21 gegen die Sowjetunion und der gewaltsamen Annexion russischen und ukrainischen Landes durch Warschau. Am 19. Februar 1921 schloß Polen einen Bündnisvertrag mit Frankreich und eine geheime Militärkonvention. Polen hielt auch in der Folge seine Verpflichtungen zum Schutz der Minderheiten nicht ein und sah seine Hauptaufgabe in der Ausrottung der Fremdvölkischen innerhalb seiner neuen Grenzen.

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Vertrag in Moskau abgeschlossen, dem auf russisches Betreiben ein Geheimvertrag über die 5. Teilung Polens angeschlossen war. Es wurde darin eine Demarkationslinie festgelegt, die ungefähr der >CURZON-Linie< entsprach. Es folgte der Zweite Weltkrieg, der als wirklicher >Weltkrieg< mit den Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Deutschlands am 3. September 1939 begann. 1944 holte sich Rußland sein 1921 verlorenes Gebiet östlich der >CURZON-Linie< wieder, in dem weniger als 20 Prozent der Bevölkerung Polen waren.

In Ostdeutschland wurde 1945/46 in verbrecherischer Weise und in der Auswirkung als Völkermord die Vertreibung der Deutschen durchgeführt, wobei Millionen von Menschen um Hab und Gut und insgesamt über 2 Millionen um ihr Leben gebracht wurden. Bundespräsident VON WEIZSÄKKER nannte das in seiner Rede zum 8. Mai 1985 verharmlosend eine »erzwungene Wanderschaft«. Das 800 Jahre alte Kulturland der Deutschen östlich der Oder und der Görlitzer Neiße (ab Herbst 1945 auch das westlich der Oder gelegene Land um Stettin) wurde von Polen annektiert.

Als Grund für diesen »Transfer« der Millionen Deutschen nach Westen wurde die Ausweisung der Polen aus dem von ihnen im beschriebenen Angriffskrieg 1919/21 eroberten russischen Land ostwärts der >CURZON-Linie< vorgeschoben. Aufgrund dieser »Kompensationsthese«, die schon auf der alliierten Konferenz in Teheran (28. 11.—1. 12. 1943) von den alliierten Staatschefs für die »Westverschiebung Polens« diskutiert wurde, sollten Polens »Gebietsverluste« im Osten durch deutsche Gebiete im Westen ausgeglichen werden. Doch einmal verlor Polen im Osten keine polnischen Gebiete, sondern das 1921 durch einen Angriffskrieg gewaltsam und widerrechtlich erworbene Land, und zum anderen begründen natürlich Verluste gegenüber Rußland nicht Ersatz seitens Deutschlands, eines dabei Unbeteiligten. Es ist deshalb auch unfaßbar, daß sich sogar Deutsche dieser Geschichtsverfälschung und offensichtlichen Rechtsbeugung schuldig machen.

Zur Lage in der Ukraine 1930/31 seien zwei englische Stimmen angeführt:

»Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. Aus der Ukraine ist ein Land der Verzweiflung und Zerstörung geworden, was um so aufreizender ist, als die Rechte der Ukrainer völkerrechtlich gewährleistet sind, während der Völkerbund allen Appellen und

Darlegungen gegenüber taub ist und die übrigen Welt nichts davon weiß oder sich nicht darum kümmert.«[7]

»Die Ukraine ist unter der polnischen Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten, auf dem Papier und in der Wirklichkeit.«[8]

[7] *Manchester Guardian,* 17. 10. 1930.
[8] *Manchester Guardian,* 24. 12. 1931.

Polnische Postkarte aus dem Jahre 1920, die den Zusammenbruch der deutschen und der russischen Herrschaft über Polen darstellt. Aus: *Weltreiche,* Bd. 6., Weinheim o. J.

Weiterführende Literatur:

Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen,* Lübbe, Bergisch Gladbach 1984.
Gerhard FREY jun., *Polens verschwiegene Schuld, FZ,* München 1990.
Propyläen-Weltgeschichte, Propyläen, Berlin-Frankfurt 1991.
Alte Kameraden, 1/1991.
John Charles Frederick FÜLLER, *Die Entscheidungsschlachten der westlichen Welt,* Grabert, Tübingen 2004, S. 437-448.

Die Entdeutschung Westpreußens nach 1919

Im Jahre 1225 rief Herzog KONRAD VON MASOWIEN den Deutschen Ritterorden, der vorher in Siebenbürgen kolonisiert hatte und dem einheimischen Fürsten zu mächtig geworden war, zur Hilfe gegen die heidnischen Pruzzen (Volksstamm in West- und Ostpreußen) und überließ ihm das Kulmer Land. 1226 verlieh Kaiser FRIEDRICH II. in der Goldenen Bulle von Rimini dem Orden das Kulmer Land »nebst allen weiteren Eroberungen im heidnischen Land«. Papst GREGOR IX. vermachte 1234 in der Bulle von Rieti das Kulmer Land und eroberte heidnische Gebiete dem Deutschen Orden »zu ewigem freien Besitz«. Der Orden gründete in den folgenden rund 200 Jahren viele Städte und Dörfer und kultivierte das Land mit deutschen Siedlern. Bis 1283 wurde das ganze Gebiet der Pruzzen, die keine Polen waren und nicht zu Polen gehörten, dem Ordensstaat einverleibt. Seit mehr als 700 Jahren wird das Land von Deutschen geprägt.

Die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ergab für die Sprachenstatistik der preußischen Provinz Westpreußen:

	Deutsche	Polen	Kaschube	Zweisprachige	Summe
Reg.-Bez.Danzig	532 620	102 080	100 148	7771	742 619
	71,1%	13,7%	13,5	1,1 %	ca. 100%
davon Stadt Danzig	164 343	3443	143	2408	170 337
	96,5%	2%	0,1 %	1,4%	100%
Reg.-Bez.	565 323	373 773	7051	14 708	980 855
Marienwerder	58,8%	38,9%	0,7%	1,6%	100%
Provinz Westpreußen	1 097 943	475 853	107 199	22 479	1 703 474
	64,5%	27,9%	6,3%	1,3%	100%

und für die benachbarte Provinz Posen:

Reg.Bez. Bromberg	379 488	378 831	5625	763 944
	49,70%	49,60%	0,7%	100%
Reg.Bez. Posen	427 232	900 059	8593	1 335 884
	31,9%	67,4 %	0,7%	100%
Provinz Posen	806 720	1 278 890	14 218	2 099 828
	38,4%	60,9%	0,70%	100%

Im Diktat von Versailles vom 28. Juni 1919 mußte Deutschland ohne Volksabstimmung an Polen abtreten (außer anderen Gebieten):

	qkm	Einwohner	davon Deutsche
von Westpreußen	17 778	1 296 000	727 000
von Posen	26 041	1 946 000	670 000
zusammen	43 819	3 242 000	1 397 000

Diese Abtretung wurde erzwungen gegen vielfach geäußerte Proteste und Resolutionen der Betroffenen, unter Mißachtung des von US-Präsident WILSON in seinen 14 Punkten versprochenen Selbstbestimmungsrechtes, ohne Volksabstimmung und obwohl

> sich in den zwölf dann an Polen abzutretenden Wahlkreisen Westpreußens bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 eine deutsche Mehrheit von 51,4 % der Wahlberechtigten ergab (die Polen hatten zur Wahlenthaltung aufgerufen); da die Wahlbeteiligung mit 58% nur um 28% niedriger als bei der Reichstagswahl von 1910 lag, kann daraus auf einen Anteil der polnisch Gesinnten von rund 30 % geschlossen werden);

> bei den später zugelassenen Volksabstimmungen in den vier nordöstlichen westpreußischen Kreisen Rosenberg, Stuhm, Marienwerder und Marienburg am 11. Juli 1920 92,43 % für Deutschland und nur 7,57% für Polen stimmten; dabei ist hervorzuheben, daß in diesem Bereich 1910 bei der Sprachfeststellung 15,94% Polnisch als Muttersprache angegeben hatten;

> bei der späteren Volksabstimmung in Masuren im benachbarten südlichen Ostpreußen am 11. Juli 1920 sogar 97,8 % für Deutschland und nur 2,1 % für Polen stimmten; dabei hatten hier 1910 bei der Sprachbestimmung 30,87% Masurisch und 12,85% Polnisch als Muttersprache angegeben. Ein überwältigender Teil der Nichtdeutschsprechenden hatte hier also in Ausübung des freien Selbstbestimmungsrechtes unter alliierter Aufsicht sich für Deutschland und gegen Polen entschieden. Im östlichsten ostpreußischen Abstimmungskreis Oletzko gab es 1910 in der Sprachenstatistik 1117 Polen, 406 Masuren und 9981 zweisprachige, bei der Volksabstimmung am 11. Juli aber bei 28 627 Stimmen nur 2 (zwei!) Stimmen für Polen. Der Kreis Ortelsburg mit 1910 63,4 % Masurischsprechenden ergab am 11. Juli 1920 nur 1,05 % der Stimmen für Polen, dagegen 98,95 % für Deutschland. Die Masuren entschieden sich also praktisch geschlossen für Deutschland. Aus diesen eindeutigen Ergebnissen kann mit Sicherheit geschlossen werden, daß Volksabstimmungen, wenn sie in den anderen Kreisen Westpreußens (oder

des westlichen Posens) zugelassen worden wären, ebenfalls hohe deutsche Mehrheiten erbracht hätten. Die Abtretung Westpreußens geschah also eindeutig gegen das Selbstbestimmungsrecht und die völkische Zugehörigkeit seiner alteingesessenen Bewohner.

Ab 1919 führte Polen eine systematische Entdeutschung der neugewonnenen Gebiete durch. Eine erste Welle von Zwangsvertriebenen durch Auflösung deutscher Behörden und Garnisonen brachte rund 200 000 Ostflüchtlinge ins Reich. Dann mußten alle, die für Deutschland optiert hatten, sowie die Deutschen, die nach 1908 eingewandert waren oder nicht 12 Jahre ununterbrochen im Land gewohnt hatten, die Ostprovinzen verlassen. Beschlagnahme und Auflösung von Pachtverträgen brachten rund 400000 Hektar aus deutscher in polnische Hand, die Agrarreform von 1926 vertrieb weitere deutsche Bauern. Allein von 1918 bis 1923 verließen mehr als 800000 Deutsche ihre nun polnisch gewordene Heimat. Dadurch sank der Anteil der Deutschen im Korridor von 1910 65,1% auf 19,6%, in den abgetretenen Gebieten der Provinz Posen von 38,7% auf 14,3 %, besonders stark in den Städten: In Thorn ging das Deutschtum um 92,6%, in Graudenz um 89,6%, in Posen um 90,8% zurück.

Unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen eindeutige Abstimmungsergebnisse und unter Bruch der Versprechungen zum Minderheitenschutz raubte so schon nach dem Ersten Weltkrieg Polen weite Gebiete vorwiegend nicht polnisch, sondern deutsch besiedelten Landes. Dieser völkerrechtswidrige Landraub wurde 1945 in noch größerem Maße und mit noch stärkerer Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes fortgesetzt. Westpreußen war nie »urpolnisches Land«, sondern eine deutsche Provinz.

Weiterführende Literatur:

Helmuth FECHNER, *Deutschland und Polen 1772-1945,* Holzner, Würzburg 1964; hieraus stammen die meisten angegebenen Zahlen.

Friedrich VON WILPERT, *Deutsches Land zwischen Oder und Memel,* Gerhard Rautenberg, Leer 1962.

Hermann RAUSCHNING, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn fahre polnischer Politik,* Reimar Hobbing, Berlin 1930; Neudruck, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struckum 1990.

E. KEYER, *Der Weichselkorridor im Urteil des Auslandes,* Berlin 1931.

G. LA WIN, *Die Volksabstimmung in Westpreußen,* Königsberg 1926.

Franz LÜDTKE und Ernst Otto THIELE, *Der Kampf um deutsches Ostland,* Friedrich Floeder, Düsseldorf o. J.

Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN u. Reinhold Robert OHEIM, *Die polnische Legende,* Arndt, Kiel 2001.

Morde durch Linke in der Weimarer Republik

In der politischen Literatur wie in den zeitgenössischen Massenmedien werden stets die politischen Morde von >Rechts< erwähnt, zum Beispiel die Ermordung von Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG, derer jährlich von Zehntausenden in Berlin-Friedrichsfelde gedacht wird,[1] oder die Morde an ERZBERGER und RATHENAU. An die zahlreicheren Morde der politischen »Linkem wird dagegen kaum erinnert. Allenfalls erwähnt man noch den Geiselmord der kommunistischen Räteregierung in München vom 30. April 1919, als zehn Geiseln, darunter eine Frau und zwei gefangene Angehörige der Regierungstruppen, ermordet wurden.[2]

So werden die zahlreichen Morde der linken Revolutionäre verharmlost, und es wird der Eindruck erweckt, als seien im Gegensatz zur historischen Wirklichkeit von rechten Gruppen der Terror und die Gewalt ausgegangen. Bedingt durch die von den Kommunisten herbeigeführte Bürgerkriegslage, geschahen viele Morde: »Es gab von Anfang an Exzesse, Gefangene wurden erschossen, ein Menschenleben galt nicht viel.«[3] Das traf besonders für die linken Spartakisten zu, deren Partei, die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), sich von der SPD abgespalten, unter LIEBKNECHT und LUXEMBURG sich Ende 1918 zur sowjethörigen KPD umgeformt hatte und die gewaltsame Einführung der Rätediktatur in Deutschland betrieb. Im Gefolge des von ihnen Anfang Januar 1919 angezettelten blutigen Spartakistenaufstandes in Berlin wurden LIEBKNECHT und LUXEMBURG am 15. 1. 1919 gefangen und ermordet.

Um das heute meist einseitig verzerrte Bild zurechtzurücken, seien einige Beispiele für politische Morde von >Links< gebracht.

Im Februar 1919 hatten die Spartakisten eine Nordwestdeutsche Räterepublik in Mülheim/Ruhr ausgerufen. Die sozialdemokratische Reichsregierung setzte dagegen wie kurz vorher in Berlin Soldaten ein, und es kam zu blutigen Kämpfen zwischen Spartakisten und Regierungstruppen. In Bottrop stürmte eine Übermacht von Kommunisten das Rathaus. Die dabei gefangenen Soldaten der Regierungstruppen - meist 18- bis 20jährige Freiwillige - wurden teils gehängt, teils mit dem Gewehrkolben erschlagen.[4]

---

[1] 'Noch am 10. 1. 1999 und in den folgenden Jahren zogen - wie immer am zweiten Sonntag im neuen Jahr unter dem SED-Regime - Zehntausende Menschen aller linksextremen Gruppen an beider Gräber auf dem Friedhof Friedrichsfelde in Berlin vorbei *(Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 15. 1. 1999).

[2] Hannsjoachim W. KOCH, *Der deutsche Bürgerkrieg,* Ullstein, Berlin 1978, S. 117.

[3] KOCH, ebenda, S. 81.

[4] KOCH, ebenda, S. 94; Jacques BENOIST-MÉCHIN, *Das Kaiserreich zerbricht*, Gerhard Stal- ling, Oldenburg-Hamburg 1965, S. 189.

Auch in Mitteldeutschland versuchten die Spartakisten die Macht an sich zu reißen. Eine ihrer Hochburgen war die Industriestadt Halle/Saale. Regierungstruppen unter General MAERCKER zogen in die Stadt ein, um den Aufstand zu beenden. Dabei wurde von Kommunisten ein Stoßtrupp überfallen. Die beiden Offiziere wurden ermordet, und ihre scheußlich zugerichteten Leichen wurden in die Saale geworfen. Oberstleutnant VON KLÜBER, der in Zivil die Lage in der Stadt erkunden wollte, wurde erkannt, mißhandelt und vor den >Soldatenrat< geschleppt, der ihn ins Gefängnis bringen lassen wollte. Der Gefangene wurde aber den Wächtern entrissen, erneut mißhandelt, wobei er Kiefer- und Rippenbrüche davontrug, und schließlich in die Saale geworfen. Als er versuchte, sich schwimmend zu retten und ans Ufer zu gelangen, wurde er immer wieder ins Wasser zurückgestoßen und schließlich von einem Angehörigen der >Roten Garde< erschossen.[5]

In Stuttgart wurden zwei Angehörige der regierungstreuen >Studentenkompanie< in das Lazarett am Weißenhof eingeliefert. Sie waren in die Hände von Kommunisten gefallen, die ihnen die Augen ausgestochen und das Rückgrat gebrochen hatten.[6]

Solche Ausschreitungen veranlaßten den damaligen sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav NOSKE schließlich, folgenden Befehl zu erlassen: »Die zunehmende Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingt mich, folgenden Befehl zu erlassen: Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend, angetroffen wird, ist sofort zu erschießen!« Selbst das Zentralorgan der SPD, der *Vorwärts*, erklärte, daß dieser Erlaß NOSKES die einzig mögliche Antwort auf die Greuel gewesen sei.[7] Heute wollen große Teile der SPD das nicht mehr wahrhaben, manche nennen NOSKE noch wie die damaligen Ultralinken den >Bluthund<, und es ist bisher noch keine Bundeswehr-Kaserne nach NOSKE benannt worden, der durch sein scharfes Durchgreifen mit den Freikorps 1919 die Demokratie in Deutschland vor den Kommunisten und deren bolschewistischer Räterepublik gerettet hat.

Dennoch kam es 1919 zu weiteren Ausschreitungen mit brutalen Morden. Am 12. April 1919 drangen Spartakisten in das sächsische Kriegsministerium ein, ergriffen den sozialdemokratischen Kriegsminister NEURING, schleppten ihn unter schweren Mißhandlungen an die Elbe und warfen schließlich den stark blutenden Minister von der Augustusbrücke in den Fluß. Als der Mißhandelte sich schwimmend zu retten versuchte und an das Ufer kam, wurde er erschossen.[8]

Das Ertränken politischer Gegner machte Schule: Im Juni 1920 stürmten Kommunisten das Hamburger Rathaus, der Kommerzienrat HEIL wurde in die Alster geworfen. Als er sich dann an Land retten konnte, wurde er dort zu Tode geprügelt.[9]

Zu weiteren linken Morden kam es während des KAPP-Putsches 1920. In Berlin wurden Angehörige einer Zeitfreiwilligenkompanie, die mit dem

[5] BENOIST-MECHIN, ebenda, S. 192 f.

[6] Bericht der Krankenschwester Anna LEMP an den Verfasser.

[7] BENOIST-MECHIN, aaO. (Anm. 4), S. 204.

[8] BENOIST-MECHIN, ebenda, S. 295.

[9] George SOLDAN, *Zeitgeschichte in Wort und Bild,* Bd. 1, Nationalarchiv München, München 1931, S. 382.

Bewaffnete der >Roten Rheinarmee< im April 1920 in Lohberg. Nach Einschätzung des preußischen Innenministers soll der Aufstand der >Roten Rheinarmee< 1000 Todesopfer gekostet haben.

Putsch nichts zu tun hatte und lediglich Polizeidienst versah, im Rathaus Schöneberg eingeschlossen. Sie kapitulierten, als ihnen die belagernden Sozialisten freien Abzug zugesichert hatten. Nachdem die Soldaten die Waffen abgegeben hatten, fiel die versammelte Menge über sie her und lynchte die Offiziere.[10] Der ähnliche Mord an dem Freikorpsführer Hauptmann BERTHOLD und an einigen seiner Offiziere wird in einem anderen Beitrag behandelt.[11] Seine gefangenen Männer sahen ihren Schwerkriegsbeschädigten Führer nachher in der Gosse liegen, nackt, blutüberströmt, mit durchschnittener Kehle, ein Arm vom Körper abgetrennt.[12]

Auch in dem als Folge des KAPP-Putsches[13] zu betrachtenden Kampf der Reichsregierung gegen die kommunistische >Rote Ruhrarmee< begingen die linken Revolutionäre viele Morde. Nachdem die >Rote Armee< Essen eingenommen hatte, ging eine Welle des Terrors über die Stadt hinweg. Es wurden Menschen hingerichtet, die beschuldigt wurden, >die Weißem (die Regierungstruppen) unterstützt zu haben, darunter Ärzte, die verwundete Soldaten versorgt hatten. Sämtliche Gefängnisse der Stadt wurden geöffnet und die Häftlinge in die >Rote Armee< eingegliedert. Der Essener Wasserturm an der Steeler Straße wurde von Polizei und Einwohnerwehr unter Führung des (jüdischen) Polizeihauptmanns WEISSENSTEIN bis zum äußersten gegen die Roten verteidigt. Als die Verteidiger ihre letzte Munition verschossen hatten, mußten sie kapitulieren, nachdem ihnen freies Geleit zugesagt worden war. Als sie ihre Stellung verließen, wurden WEISSENSTEIN, seine Männer und die Verwundeten, mit Gewehrkolben, Äxten und Knüppeln erschlagen, ihre Leichen wurden durch die Stadt geschleift.[14]

Als Beispiel für den heute kaum glaublichen Haß und die eingerissene Brutalität der damaligen linken Revolutionäre sei ein Dokument aus einer

[10] KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 195.

[11] Siehe Beitrag Nr. 63: »Gewerkschaften und Kapp-Putsch«.

[12] KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 196.

[13] Siehe Beitrag Nr. 64: »Der Kapp-Putsch von März 1920«.

[14] KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 208.

Gerichtsverhandlung angeführt: »Ich trat am. . . freiwillig in die Rote Armee ein.. . In einem Keller... entdeckte ich. .. den dort eingesperrten Leutnant WEBER der Reichswehr.[15] Er hatte einen Karabiner bei sich, ergab sich aber sofort. Ich schleppte ihn nach oben, wo vier Mann mit dem Gewehrkolben auf ihn einschlugen. Darauf ordnete ein Zugführer die Erschießung des Leutnants an. Zu diesem Zweck schwärmten 20 Mann aus und schossen auf den Leutnant. Ich schoß auch. Bei meinem ersten Schuß brach der Leutnant zusammen. Auf den am Boden Liegenden gab ich noch zwei weitere Schüsse ab. Wir stellten dann fest, daß er noch lebte, und es wurde beschlossen, ihn liegen zu lassen, damit er noch möglichst lange leiden und Schmerzen haben sollte. Der Leutnant hatte u. a. einen schweren Bauchschuß. Am Nachmittag kam dann ein Düsseldorfer Kompanieführer und schnitt dem Leutnant mit einem Messer die Kehle durch.«[16]

[15] Die Reichswehr war regierungstreu und wurde gegen die Aufständischen eingesetzt.

[16] KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 208 f.

Auf dem Hintergrund dieser Morde und Ausschreitungen der radikalen Linken, die zudem die Sowjetdiktatur einführen wollten, muß man die Morde und Ausschreitungen der >Rechten< sehen. Ein tiefer Haß, nicht nur die Gegner-
schaft der verschiedenen politischen Richtungen, hatte das ganze Volk ergriffen, nicht nur die bewaffneten Verbände der unterschiedlichen Gruppen und Parteien. Selbst Frauen und Kinder wurden davon betroffen, wofür noch zwei Beispiele aus einer Familie angeführt seien:

In Esslingen am Neckar streikten die Arbeiter einer Maschinenfabrik. Da eine Fabrikbesetzung befürchtet wurde, war die Fabrik von der Schutzpolizei besetzt worden. Die Frau des diese Wache befehlenden Polizeioffiziers wollte mit ihrer Schwester ihren Mann besuchen. Als Streikposten der Arbeiter sie erkannten, stürzte sich eine wilde Meute auf die beiden Frauen mit dem Ruf: »Haut die Noskeweiber!« Die beiden Frauen rannten um ihr Leben. Zum Glück war der Vorgang von der Maschinenfabrik aus beobachtet worden, und der Polizeioffizier kam mit dem Motorrad herbei mit Handgranaten am Koppel und einer schußbereiten Maschinenpistole, so daß die Frauen sich in Sicherheit begeben konnten. Als Monate später dieselbe Polizistenfrau mit ihrem kleinen Sohn im Kinderwagen spazieren ging und vor einem Wohnhaus eine Katze sitzen sah, die der kleine Junge dann streicheln wollte, öffnete sich ein Fenster und eine Frau keifte: »Nimmst Dein dreckete Bankert von meiner Katz weg, du Noskeschnalle, euch sollt mer alle versäufe!«[17]

[17] Private Mitteilung von Frau EBERBACH, geb. Lempp.

Und solches geschah im verhältnismäßig >ruhigen< Württemberg! Um so erstaunlicher ist es, daß Mitte der dreißiger Jahre sich dieser Haß sehr schnell legte, daß die Menschen eine Volksgemeinschaft erlebten, die selbst jahrelange Not und Schrecken des Krieges aushielt und auch anschließend keinen Klassenkampf zuließ, sondern das Wirtschaftswunder bewirkte.[5]

[5] EINE EINDRUCKSVOLLE SCHILDERUNG DER CHAOTISCHEN LAGE IN DEUTSCHLAND 1918/19 MIT EINZELHEITEN ZUM BÜRGERKRIEG GIBT AUCH LEON Degrelle IN *HITLER — GEBOREN IN VERSAILLES,* GRABERT, TÜBINGEN 1992, S. 51-95.

Verklärung Luxemburgs und Liebknechts

Die beiden Spartakus-Führer: Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG.

Als 1989/90 im Osten die kommunistische Gewaltherrschaft zusammenbrach, gewannen die osteuropäischen Länder nach Jahrzehnten bolschewistischer Unterdrückung ihre Freiheit zurück. Das Moskauer Regime hatte zig Millionen Todesopfer geopfert. Um so unverständlicher ist es, wenn heute noch in Deutschland Personen geehrt und gewürdigt werden, die eben diese Sowjetherrschaft nach dem Ersten Weltkrieg auch im Deutschen Reich durchsetzen wollten. Zu diesen gehören Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG, die 1919 das noch junge Pflänzchen der werdenden Weimarer Demokratie zerstören wollten. Ihre Gedächtnisstätte in Ostberlin ist vor allem zu den Jahrestagen ihres Todes Treffpunkt Zehntausender von Kommunisten. In West-Berlin wurde Rosa LUXEMBURG Anfang 1988 unter der CDU-Regierung ein Denkmal gesetzt.

Die aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Polen stammende Rosa LUXEMBURG (1878-1919) gehörte, zusammen mit Karl LIEBKNECHT (1871-1919), zum äußersten linken Flügel der SPD. Beide gründeten 1916 gegen die eigene Partei die >Spartakusgruppe<, die sich seit dem 11. November 1918 >Spartakusbund< nannte. Bereits am 30. Dezember 1918 verschmolz dieser mit Bremer Linksradikalen zur »Kommunistischen Partei Deutschlands< (>KPD<).

Die Spartakisten unter LIEBKNECHT und LUXEMBURG riefen am 5. Januar 1919 in Berlin zum gewaltsamen Sturz der SPD-Regierung zugunsten einer kommunistischen Rätediktatur auf. Alle Pressehäuser wurden besetzt, auch das des SPD -*Vorwärts*. NOSKE, der aus seinem Fehler in Kiel (wo er die Anfänge der Revolution sich hatte ausbreiten lassen) gelernt hatte, rief nun zur Bildung von Freikorps auf, um der bolschewistischen Gefahr zu begegnen. Als der Putschversuch scheiterte, wurde Karl LIEBKNECHT zusammen mit Rosa LUXEMBURG nach ihrer Verhaftung am 15. Januar 1919 von Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützendivision im Eden-Hotel verhört, mißhandelt und ermordet. Beide hatten Wind gesät und Sturm geerntet, einen Wind, der sie zu Tätern machte, dem in Berlin in gut einer Woche weit über tausend Menschen zum Opfer fielen, und einen Sturm, in dem sie selbst das Opfer wurden, das sie anderen zugedacht hatten. Somit war der Bolschewismus zunächst von Mitteleuropa ferngehalten worden. Das deutsche Volk hatte sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 eindeutig gegen ein Rätesystem und eine Revolution ausgesprochen. Ein Appell in Berlin am 1. Januar 1919 lautete bezeichnenderweise: »Arbeiter! Bürger! Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen! Von der Spartakusgruppe. Schlagt ihre Führer tot! Tötet LIEBKNECHT! Dann werdet Ihr Frieden, Arbeit und Brot haben! Die Frontsoldaten!«

In der Schrift *Die russische Revolution* (1922, posthum) von Rosa LUXEMBURG steht der immer wieder zitierte Satz: »Freiheit nur für die Anhänger der

Regierung, nur (für) die Mitglieder einer Partei. . . ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden.«

Hierbei wird aber - von Kennern absichtlich! - übersehen, daß diese Toleranz nicht für den Klassenfeind gelten sollte. In der ebenfalls posthum (1922)

Demo in Berlin zur Ehre von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN.

erschienenen Schrift *Was will der Klassenfeindbund?* drückte die Kommunistin diesem Klassenfeind »den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust«. Die Diktatur des Proletariats blieb immer ihr Ziel.

Die politisch bedingte Idealisierung und Verklärung LUXEMBURGS und LIEBKNECHTS, die an den Jahrestagen der Ermordung (wie die beweglichen kirchlichen Feste immer am 2. Sonntag im Januar) vor ihren Gedenktafeln in Berlin zelebriert werden, ist auf die vierzigjährige Praxis der DDR-Führung zurückzuführen, die beiden Ermordeten in einem jährlichen Ritual, einer Art Mysterienspiel, zu Helden und Märtyrern hochzustilisieren, mit denen das kommunistische DDR-System eine mythische Weihe erhalten sollte.

Daß die beiden Kommunisten die Hauptschuld daran tragen, daß 1919 bei dem Putschversuch auf beiden Seiten viele Opfer zu beklagen waren, wird auch heute noch verdrängt. Nach über acht Jahrzehnten pilgern immer noch Zehntausende zu der Gedächtnisstätte - die ursprünglichen Gräber sind nicht mehr vorhanden; sie wurden im Krieg zerstört - mit unterschiedlichen Motiven und Flugblättern, auf denen unter anderem »das gottverdammte Deutschtum zur Hölle« gewünscht (1999) oder Massenmörder wie LENIN und STALIN als Idole gezeigt werden. Das zeigt deutlich, daß der Marxismus und die Ideologie-Gläubigkeit auch nach dem Zusammenbruch des terroristischen Sowjetsystems noch nicht aus den Köpfen verschwunden sind. Hans Meiser

Berliner >Blutwoche< vom 3. März 1919

Am 3. März 1919 rief die KPD von Berlin aus in ihrem Organ *Rote Fahne* dazu auf, eine revolutionäre Kraftprobe mit der republikanischen Regierung zu beginnen. Neben Parolen wie »Nieder mit Ebert-Scheidemann-Noske, den Mördern, den Verrätern!« und »Auf zum Generalstreik!« forderten die Kommunisten vor allen Dingen: »Nieder mit der Nationalversammlung!« und »Alle Macht den Arbeiterräten!« Sie fürchteten nämlich, daß mit einer wachsenden Festigung des bürgerlich-parlamentarischen Systems in Deutschland der Abbau der Räte-Institutionen auf den verschiedenen Ebenen unweigerlich folgen würde, was den Verlust der letzten linksradikalen Machtpositionen bedeutet und die gewünschte Entwicklung zur bolschewistischen Rätediktatur erschwert hätte. Bei linken Demonstrationen wurden unter anderem die Auflösung der Freikorps und die Enteignung der Großindustriellen und der Großeigentümer gefordert.

Noch am 3. März kam es in Berlin zu Geschäftsplünderungen in der Nähe des Alexanderplatzes. In der Nacht zum 4. März spitzten sich die Auseinandersetzungen zu. In Berlin-Lichtenberg stürmten die Aufständischen Polizeireviere, wobei sie Polizeibeamte mißhandelten und ermordeten. Es kam zu Streiks in der Hauptstadt. Um Angst in der Bevölkerung zu schüren und den Druck auf die Regierung zu erhöhen, faßte der Arbeiterrat den Beschluß, die Gas- und Elektrizitätsversorgung zu sperren.

Sofort am 3. März hatte Reichswehrminister Noske den Belagerungszustand und das Kriegsrecht verhängt. Daraufhin rückten die Gardekavallerieschützen-Division, das >Regiment Reinhards die Deutsche Schutzdivision

Bürgerkrieg in Berlin. Nur in den Kampfpausen wagen sich Zivilisten aus den Häusern. Die mehrtägige Schlacht im Norden und Osten Berlins forderte rund 1400 Tote.

Plakate, die die Bürgerkriegsstimmung in Deutschland im Frühjahr 1919 dokumentieren. Links: Plakat der Kommunistischen Partei (»Was will Spartakus?«; Mitte: Werbeplakat des Freikorps LÜTTWITZ (»Schützt die Heimat!«); rechts: Plakat der Antibolschewistischen Liga Bremen (»Schließt Euch zusammen gegen Spartacus«).

unter Generalmajor v. d. LIPPE sowie das >Freikorps Hülsen< wieder in Berlin ein. Währenddessen hatte die Polizeikaserne des Polizeipräsidiums alle Angriffe der Spartakisten, denen sich die Republikanische Soldatenwehr< sowie die ehemals neutrale >Volksmarinedivision< angeschlossen hatten, abgewehrt. Als der Versuch der >Gardekavallerieschützen-Division< und der >Brigade REINHARD< mangels leichter Artillerie und Minenwerfer scheiterte, die Kaserne zu entsetzen, drangen die Spartakisten in der Nacht zum 6. März in die Flure des Gebäudes ein, wo es zu erbitterten Nahkämpfen kam. Indessen versorgten Flugzeuge die eingeschlossenen Polizisten mit Lebensmitteln und Munition, bis sie am Abend des 6. März mit Artillerieunterstützung endlich befreit werden konnten.

Aber auch in anderen Teilen Berlins fanden ähnlich schwere Kämpfe statt. Die gesamte Härte und Grausamkeit eines Bürgerkrieges prasselte nunmehr auf die Hauptstadt nieder. Pardon wurde auf beiden Seiten nicht gegeben. Sowohl Aufständische als auch Regierungstruppen setzten Flugzeuge und Artillerie ein. Hinzu kamen auf Regierungsseite 15 cm-Haubitzen sowie Tanks. Die Aufständischen ihrerseits brachten sogenannte Dum-Dum-Geschosse und Gasminen zum Einsatz; Verstümmelungen und Tötungen von Freikorpsleuten und Polizeibeamten waren an der Tagesordnung, so daß dann auch gefangenen Aufständischen keinerlei Milde gewährt wurde.

Vor dem Hintergrund dieser außergewöhnlich harten Kämpfe ist denn auch NOSKES sehr umstrittener Schießerlaß zu sehen, und zwar als eine Notwehrmaßnahme. Immer neue Meldungen über Greueltaten der Aufständischen veranlaßten den Reichswehrminister zur Herausgabe des umstrittenen Befehls: »Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen!«

Fast wie selbstverständlich wird NOSKES Wirken nur noch aus heutiger Sicht bewertet - sprich abwertend. Der »ehemalige Korbmacher«, der im Parlament »eine eindeutig nationalistisch-imperialistische Linie« vertreten habe, habe »auf Streikende schießen lassen. . . (sic) Seine Politik der massi-

Niederkämpfung des Spartakus in Berlin: der zerschossene Sitzungssaal im Polizeipräsidium.

ven Vergeltung diskreditierte NOSKE bei der Arbeiterschaft.«[1] Wie auch immer dieser Befehl gewertet werden mag, aus der Sicht der Regierung und erst recht der Freikorps schien er mehr als gerechtfertigt. (Siehe Beitrag Nr. 60, in dem NOSKE sein Vorgehen begründet.) Die chaotische Eigendynamik des Bürgerkrieges konnte augenblicklich einen harmlos erscheinenden Bürger in einen Aufständischen verwandeln und umgekehrt. Nach den Erfahrungen, welche die in Berlin im Orts- und Häuserkampf eingesetzten Freikorpseinheiten unter vielen Opfern bisher gemacht hatten, war jeder, der eine Waffe versteckte, ein potentieller Aufständischer.

Mit der Besetzung des Berliner Stadtteils Lichtenberg durch Regierungstruppen am 13. März 1919 fand die »Berliner Blutwoche< ihr Ende. An der Niederschlagung des Aufstandes waren 31400 Freikorpssoldaten beteiligt, denen etwa 15000 Spartakisten gegenüberstanden. Deren Verluste betrugen ca. 1300 Tote, die der Freikorps 75 Gefallene und 38 Vermißte. Die hohe Zahl der Opfer unter den Spartakisten trug den Freikorps einen schlechten Ruf ein. Sie hatten erneut eine Republik gerettet, die ihnen anschließend keinen Dank dafür wußte.

Hans Meiser

[1] Thorsten PALMER u. Hendrik NEUBAUER, *Die Weimarer Republik,* Könemann, Köln 2000, S. 396 f.

Weiterführende Literatur:

Hansjoachim W. KOCH, *Wanderer ins Nichts. Zur Geschichte der Freikorps in der Weimarer Republik.. Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps,* Berlin 1978, in: *Die Zeit,* 29. September 1978.

POCHANKE U. THOMS, *Handbuch zur Geschichte der deutschen Freikorps,* MTM-Verlag, Bad Soden-Salmünster 2001.

Hagen SCHULZE, *Freikorps und Republik 1918-1920,* Boppard 1969, ²1975.

Ernst VON SALOMON, *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer,* Wilhelm Limpert, Berlin 1938; Nachdruck: Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struckum 1988.

Reichswehrminister Noske zu seinem Vorgehen 1919

Als Sohn eines Webers war Gustav NOSKE (geboren am 9. 7. 1868 in Brandenburg, gestorben am 30. 11. 1946 in Hannover) erst Holzarbeiter, dann Redakteur bei SPD-Zeitungen und 1906-1918 Mitglied des Reichstages. Im November 1918 wurde er Gouverneur in Kiel, von wo die Revolution ausgegangen war, ab 29.12. 1918 war er im Rat der Volksbeauftragten[1] unter Friedrich EBERT (SPD) und später bis zu seinem erzwungenen Rücktritt 1920 als Reichswehrminister für Heer und Marine zuständig. Er wurde geholt, als der von den linken Spartakisten[2] und späteren Kommunisten in Deutschland entfesselte Bürgerkrieg auszuufern drohte und die revolutionäre Reichsregierung unter Friedrich EBERT keine andere Alternative mehr sah, als gegen diese Mitrevolutionäre mit noch reichstreuen Truppen gewaltsam vorzugehen. Dazu bedurfte es eines energischen und durchsetzungsfähigen Mannes wie NOSKE, der sich auch vor drakonischen Mitteln nicht fürchtete, um das drohende Chaos in Deutschland zu verhindern. Dafür wurde er - auch in SPD-Kreisen und mancherorts dort noch bis heute - als >Bluthund< beschimpft und nach dem von ihm niedergeschlagenen KAPP-Putsch im Frühjahr 1920 zum Rücktritt gezwungen. Er war dann bis 1933 Oberpräsident von Hannover.

Gustav NOSKE (1868–1946) verhängte als erster Reichswehrminister im März 1919 das Standrecht über Berlin. Sein Motto: »Einer muß der Bluthund werden.«

Da heute in Massenmedien und Büchern meist verharmlosende Darstellungen der damaligen kommunistischen Umsturzversuche geboten werden, seien einige Stellen aus der Rede NOSKES angeführt, die er am 14. März 1919 vor der Nationalversammlung in Weimar zur Begründung seines Vorgehens in Berlin während der Vormonate hielt:

»Daß es in Berlin zu dem wahnwitzigen Kampf, zu Mord und Plünderung kam, ist zum weitaus größten Teil auf das Schuldkonto einiger Blätter zu

[1] Der am 9. November unter Friedrich EBERT als Ergebnis der Novemberrevolution in Deutschland gebildete Rat der Volksbeauftragten bildete praktisch die vorläufige Reichsregierung in Berlin und setzte sich für die Wahl einer Nationalversammlung und Bildung einer parlamentarischen Demokratie ein im Gegensatz zu den linksradikalen Spartakisten oder Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich ab 30. 12. 1918 >Kommunisten< nannten und die KPD gründeten, die eine sowjetische Rätediktatur einführen wollten.

[2] Spartakisten waren Angehörige des revolutionären Spartakusbundes, der sich auf der sogenannten 1. Reichskonferenz am 1. 1. 1916 unter der Führung von Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG gebildet hatte und aus dem 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) als Abspaltung von der SPD sowie 1918 die KPD hervorging.

setzen, voran die *Kote Fahne* und die *Freiheit,* das Organ der Unabhängigen. Monatelang haben diese Organe die Berliner Bevölkerung in skrupelloser Weise aufgepeitscht. Ein Bündel von Material steht zur Verfügung. Ich zitiere aus der *Koten Fahne* vom Montag, den 3. März: >Arbeiter und Proletarier! Wieder ist die Stunde gekommen, wieder stehen die Toten auf.. . (Sie, die gemäßigten Mehrheitssozialisten) glaubten, Euch in Bande geschlagen zu haben mit der Komödie der Nationalversammlung. Sie glaubten, Euch einen Schlag zu versetzen durch das endlose Geschwätz der Nationalversammlung. Sie glaubten, der deutsche Proletarier lasse sich um die Früchte der Revolution betrügen durch ein Parlament und den Kuhhandel der Parteien. Wer sich nicht betrügen lassen wollte, der sollte durch die Eiserne Faust auf den Boden gedrückt werden. Haushoch hat der Arbeiter NOSKE die Proletarierleichen in Deutschland geschichtet (Sehr richtig! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten). Seit Wochen haust er wie ein Barbar gegen die Arbeiter! (Schlimmer! von den Unabhängigen Sozialdemokraten) Die sozialistische Regierung ist zum Massenhenker der deutschen Proletarier geworden!< (Sehr richtig! bei den Unabhängigen).

Sie hören, daß die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion des Hauses alle diese Gemeinheiten und Schamlosigkeiten sich zu eigen machen! Sofort nach der Verhängung des Belagerungszustandes habe ich das Erscheinen der *Koten Fahne* verboten. (Preßfreiheit! von den Unabhängigen) Wenn Sie von Preßfreiheit reden, so weise ich darauf hin, noch ist Revolution in Deutschland, und gerade von Ihrer Seite ist in diese Versammlung wiederholt hineingerufen worden, daß üble Dinge geschehen seien >aus dem eigenen Recht der Revolution!. . .

Ich gedenke erschüttert der Männer, die in diesen Schreckenstagen ihr Leben ließen. Manche fielen Schüssen zum Opfer. Grauen aber erfaßt jeden Menschen angesichts der tierischen Brutalität, mit der gemordet wurde. Leider sind die Opfer recht zahlreich... Es steht fest, daß in diesen Berliner Schreckenstagen Bestien in Menschengestalt sich ausgegast haben. (NOSKE vor allen Dingen! von den Unabhängigen) Daß Lichtenberg[3] fast kampflos von unseren Truppen besetzt ist, dazu hat beträchtlich der Erlaß beigetragen, den ich schweren Herzens am 9. März abends unterzeichnet habe: >Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.< In höchster Not habe ich mich zu dieser Anordnung entschlossen! Aber ich durfte die Abschlachtung von einzelnen Soldaten nicht weiter dauern lassen. Ich mußte der Bestialität Einhalt tun durch die Androhung äußerster Schreckmittel. .. Die Ansicht der Juristen über die rechtliche Zulässigkeit meiner Verordnung - (Abgeordneter HAASE von den Unabhängigen: >kann nicht zweifelhaft sein!<) Ich lasse mich auf juristische Tüfteleien nicht ein! Wenn in den Straßen Berlins

[3] Stadtteil von Berlin.

Tausende von Menschen die Waffen gegen die Regierung führen, wenn Plünderer und Mörder Orgien feiern, dann besteht ein Zustand jenseits des Rechtes, und die Staatsnotwendigkeit gebot mir, so zu handeln, daß so rasch wie möglich Ruhe und Sicherheit wiederhergestellt wird.

Mögen die Rasenden, die das Reich jetzt zerstören, wieder zur Vernunft kommen, damit ein normaler Rechtszustand wieder einkehren kann... Was geschah, verantworte ich vor dem Staate, dem Land und dem Volk. Ich scheue das Urteil der Nation nicht!«[4]

In einer Schilderung der Berufung NOSKES heißt es: »Da die sozialistischen Volksbeauftragten, verängstigt und mit feuchten Händen, nicht einmal mehr wagten, Licht in ihren Büros anzumachen, war nun ein energischer Draufgänger aufgetreten, ein ehemaliger Holzfäller aus Brandenburg, später Schlachtergeselle, dann ab 1893 Redakteur bei verschiedenen SPD-Zeitungen mit riesigen, schaufelähnlichen Händen, ein bärenstarker Autodidakt, der bereit war, allem zu trotzen und alles niederzuhauen. Er hieß Gustav NOSKE.

Die ultralinken Volksbeauftragten, wie BARTH, hatten die Reichskanzlei verlassen. Sie hatten sich wie eine Klette an die aufrührerischen Massen gedrängt, die mittlerweile die Straßen der Reichshauptstadt beherrschten.

EBERT, hart zerschlagen und auf die Klippe auflaufend, hatte sich an NOSKE erinnert, an jenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im Jahre 1914. .. Während des ganzen Krieges war er als tapferer Patriot aufgetreten, hatte als Unteroffizier gedient, seine Vorgesetzten in der Armee mit intuitivem Verstand und großer Willenskraft beeindruckt. Eine Art Gefreiter HITLER.

Als NOSKE vor Ort - an der Yser, an der Somme, im Artois und in der Champagne - zusehen mußte, wie Offiziere an der Spitze ihrer Mannschaften zu Tausenden getötet wurden, hatte er für sie eine tiefe Bewunderung empfunden.

Waren die Überlebenden bereit, zur Rettung des Landes ihre am Boden zerstörten Truppen wieder anzuführen?

Würden sie, da der bolschewistische Aufstand sie an einem grauenvollen Heiligabend (1918, H. W.) in Berlin zugrunde gerichtet hatte, in diesem einfachen Unteroffizier namens NOSKE einen tauglichen Anführer finden, der bereit war, die Axt zu schwingen wie zu seiner Holzfällerzeit?«[5]

---

[4] Zitiert in F. W. VON OERTZEN, *Die deutschen Freikorps 1918-1923,* F. Bruckmann, München 1938, S. 299 ff. Vgl. auch das Kapitel »Der Sozialist Noske. >Der Bluthund<«, in: Leon DEGRELLE, *Hitler - geboren in Versailles,* Grabert, Tübingen 1992, S. 75-95.

[5] Aus: Leon DEGRELLE, ebenda, 1992, S. 77 f.

Weimarer Republik und politischer Mord

Die Geschichte der Weimarer Republik (1919-1933) wurde durch bedeutende Ereignisse der Weltpolitik mitgestaltet. Die weltgeschichtliche Begebenheit der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland hatte wichtige Auswirkungen auf die Innenpolitik des Deutschen Reiches. In Deutschland wurde Ende 1918 eine Kommunistische Partei gegründet. Sie hieß KPD - Sektion der Komintern (Kommunistische Internationale). Schon der Zusatz »Sektion der Komintern< zeigte klar, daß die KPD ihre Befehle und Anweisungen aus Moskau erhielt.

Dazu muß ein kurzer Blick auf die Einstellung der russischen Kommunisten geworfen werden. Sie wollten bekanntlich die Menschheit von Ausbeutung und Not erlösen. Aber ihre Methoden waren höllisch. In der LENIN-Biographie von David SHUB sind wichtige Einzelheiten nachzulesen.[1]

Der damalige Kommissar des Innern, G. PETROWSKY, schrieb in einem Befehl an die örtlichen Sowjets: »... aus Bourgeoisie- und Offizierskreisen soll eine beträchtliche Anzahl Geiseln ausgewählt werden. Dem leisesten Zeichen von Widerstand, der geringsten Bewegung seitens der Kreise der Weißgardisten muß vorbehaltlos mit Massenhinrichtungen begegnet werden...«[1]

Die bolschewistische Zeitung *Kotes Schwert* schrieb am 18. August 1919: »Wir haben eine neue Moral. Unser Humanismus ist absolut, denn er gründet sich auf den Wunsch nach Abschaffung jeder Unterdrückung und Tyrannei. Uns ist alles erlaubt. ..«[1]

Einer der folgenschwersten Fehler der KPD war die kritiklose Übertragung russischer Verhältnisse auf Deutschland. Eine alte Tradition russischer

[1] David SHUB, *Lenin. Geburt des Bolschewismus,* Heyne, München 1976.

Durch den Anarchisten Max HÖLZ abgebrannte Industriellen-Villen in Falkenstein (Vogtland).

Revolutionäre war der Aufstand und der politische Mord. So fanden in den Jahren bis 1923 zahlreiche kommunistische Aufstände in Deutschland statt.

Wir möchten in diesem Zusammenhang an das Bandenunwesen eines Max HÖLZ 1919/20 in Mitteldeutschland erinnern.[2] HÖLZ hatte mit Bankraub und Brandstiftung seine >Revolution< gemacht.

Weiter muß an den Aufstand von Kronstadt im März 1921 und seine Folgen für Deutschland erinnert werden. Die Matrosengarnison von Kronstadt schritt zum Aufstand gegen die Bolschewisten. (Kronstadt ist eine Festung vor den Toren von Petersburg.) Es kam zu blutigen Kämpfen. TROTZKI hat mit brutalster Gemeinheit den Aufstand liquidiert, er ließ die Matrosen »wie Enten auf dem Teich niederschießen!«

Als Folge dieser kritischen Lage in Rußland kam SINOWJEW (damals Chef der Komintern) auf die Idee, zur Entlastung einen Aufstand in Deutschland anzuzetteln. Als Ort der Handlung wurde das mitteldeutsche Industrierevier ausgewählt. Die Verbrechen der Aufständischen unter Leitung von Bela KUN und anderen wurden als die »Märzaktionen« bezeichnet.

Eines der größten Verbrechen der KPD war der Hamburger Aufstand Ende Oktober 1923. Richard KREBS, der unter dem Pseudonym Jan VALTIN schrieb, hat diesen Aufstand erlebt. Unter anderem werden in seinem Buch *Tagebuch der Hölle* für das er die Romanform gewählt hat, auch die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Deutschen Reich beschrieben.

Als im Frühjahr 1932 die NSDAP auch im Hamburger Hafenviertel große Erfolge hatte, schickte die KPD ihren sowjettreuen Funktionär Heinz NEUMANN an die Elbe, der dort brutal verlangte: »Jedes Braunhemd, das sich zeigt, zusammenschießen... Ich will Leichen sehen.«[4]

Als sich KREBS weigerte, Anfang Mai 1932 NEUMANNS Auftrag auszuführen, »nach der Flucht der Nazis aus dem Versammlungsraum auf den Straßen einen Massenmord zu veranstalten«, wurde ein anderer mit der »Schlächterei« beauftragt:[5] »Heinz NEUMANN übertrug die Arbeit, Nazileichen im Hamburger Hafengebiet zu produzieren, auf Johnny DETTMER, einen unbarmherzigen blonden Riesen, den ich schon 1923 kennengelernt hatte, als er sich mit dem Schmuggel russischer Gewehre nach Deutschland zur Bewaffnung der Roten Hundertschaften beschäftigte. Genosse DETTMER hatte keine >Skrupel< An der Spitze der Roten Marine, einer Abteilung der verbotenen Militärorganisation der Partei, produzierte er Leichen in so ausreichender Anzahl, daß sogar das Herz Heinz NEUMANNS seine Freude daran hatte.

Eines Morgens in der Frühe war ein Trupp von sieben jungen Nazis dabei, an den Eingängen zum Hafen Propagandaschriften an die Hafenarbeiter zu verteilen. Johnny DETTMERS Mannschaft schlich in der Admiralitätsstraße hinter ihnen her und erschoß alle sieben von hinten. An einem anderen Tag marschierten Buben und Mädel der Hitler-Jugend zu einem Dampfer, den sie für einen Ausflug gemietet hatten. Die Zugänge zu den Landungsbrücken führten durch eine parkähnliche Umgebung. Hinter Bäumen und

[2] Heinrich DIETWART *Hundert Jahre deutsches Schicksal*/Deutsche Verlagsgesellschaft, Rosenheim 1982, S. 93; Erich KERN, *Von Versailles nach Nürnberg,* K. W. Schütz, Göttingen 1967, S. 36, 52 u. 48.

[3] Jan VALTIN, *Tagebücher der Hölle,* Kiepenheuer u. Witsch, Köln 1957.

[4] Ebenda, S. 286.

[5] Ebenda, S. 287.

Sträuchern lag Johnny DEITMERS Mannschaft im Hinterhalt. Jungen und Mädel, alle unter sechzehn, wurden ohne Unterschied von den Dumdum-Geschossen aus den Pistolen der *Roten Marine* getroffen. Bei einer anderen Gelegenheit - es war in der Nacht zum 19. Mai 1932 - wurde eine Gruppe junger Nazis, die von einer Versammlung nach Hause ging, von der *Roten Marine* in einer dunklen Straße (Herrengraben) überfallen und in die Hausflure in der Nähe liegender Häuser getrieben. Hier wurden acht oder neun von ihnen mit Messerstichen verstümmelt. Einem Nazi wurden die Augen mit einem Schraubenzieher ausgestochen. Ein anderer, der SA-Mann HEINZELMANN, erhielt elf Messerstiche. Die Männer von der Roten Marine warfen sich dann auf ihre Opfer, schnitten ihnen die Geschlechtsteile ab und rissen ihnen die Wirbelsäule auseinander. Ich und andere meiner Mitgenossen waren starr vor Entsetzen, als wir die Einzelheiten dieser Heldentaten vernahmen. Aber wir hatten gelernt, unsere Meinungen und Gefühle für uns zu behalten. In der Partei wurden Häresien mit einer Leichtigkeit und einer Findigkeit entdeckt, die sogar die spanische Inquisition in den Schatten stellte. Der Zweck dieser Beispiele eines abschreckenden Terrorismus - die Braunhemden aus dem Hafengebiet zu vertreiben - wurde nicht erreicht. Die HITLER-Banden fuhren mit unerschütterlichem Mut und mit Kühnheit fort, ihre Stellungen in das Gebiet der arbeitenden Klasse vorzutreiben...«

Ein ähnliches Schicksal ereignete sich am Rande des KAPP-Putsches:[1] »Um die gleiche Zeit spielte sich in Harburg die Tragödie des Pour-le-merite-Fliegers Hauptmann BERTHOLD ab. BERTHOLD lag zur Zeit des KAPP-Putsches mit den Resten seiner in den Baltikumkämpfen oft bewährten Eisernen Schar in einer Mädchenschule in Harburg in Quartier. Die Abteilung befand sich im Stadium der Demobilisierung und Entlassung. Von etwa 700 Mann waren höchstens 200 noch bewaffnet; Munition war fast nicht mehr vorhanden. Am 15. März vormittags rotteten sich etwa 3000 bewaffnete Harburger Spartakisten, denen noch die Maschinengewehre der Bürgerwehr zur Verfügung standen, zum Sturm auf die Eiserne Schar zusammen. Sieben Stunden wehrten sich BERTHOLD und seine Leute der dauernden Angriffe, bis schließlich Munitionsmangel zu Kapitulationsverhandlungen zwang. Als Hauptmann BERTHOLD aus dem zerschossenen Eingang des Schulgebäudes heraustrat, um persönlich die Übergabeverhandlungen zu führen, stürzten sich die Spartakisten wie wilde Tiere auf ihn und rissen ihn buchstäblich in Fetzen. «

[1] Friedrich Wilhelm VON OERTZEN, *Die deutschen Freikorps 1918-1923,* F. Bruckmann, München 1936, S. 378.

Aufruf!

Diktatur des Proletariats

Wir haben mit unseren Truppen den Ort besetzt und verhängen hiermit das proletarische Standrecht, das heißt, daß

jeder Bürger erschossen wird,

der sich nicht den Anordnungen der militärischen Oberleitung fügt.
Im selben Augenblick, wo uns gemeldet wird, daß Sipo oder Reichswehr im Anmarsche ist, werden wir sofort

die ganze Stadt anzünden
und die Bourgeoisie abschlachten,

ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters. Solange keine Sipo oder Reichswehr anrücken, werden wir das Leben der Bürger und ihre Häuser schonen.
Alle Waffen, Hieb- und Stichwaffen, Schießwaffen aller Art, müssen sofort an die militärische Oberleitung abgegeben werden. Bei wem durch Haussuchung noch Waffen gefunden werden, wird auf der Stelle erschossen. Alle Autos, Personen- und Lastwagen, müssen sofort zur militärischen Oberleitung gebracht werden. Geschieht das nicht, so werden die Betreffenden erschossen.

Militärische Oberleitung
Max Hölz

Die Weimarer Nationalversammlung

Der letzte Reichskanzler im Ersten Weltkrieg war Prinz MAX VON BADEN. Dieser trat am 9. November 1918 zurück und übergab die Geschäfte des Reichskanzlers an den Vorsitzenden der SPD, Friedrich EBERT (1871-1925). In Weimar sollte eine Nationalversammlung zusammentreten. Für den 19. Januar 1919 wurden Wahlen für diese Versammlung ausgeschrieben.

Ein neues Wahlrecht trat in Kraft. Frauen durften erstmals wählen, das Wahlalter wurde auf 20 Jahre herabgesetzt. Das Deutsche Reich wurde in 37 Wahlkreise eingeteilt, 150000 Einwohner wählten einen Abgeordneten. Es wurde nach dem gerechtesten Wahlrecht gewählt, das möglich ist: nach dem Verhältniswahlrecht. Betrügerische Vorschriften, wie zum Beispiel eine 3 % oder 5%-Klausel, gab es nicht. Frankreich hatte für Elsaß-Lothringen die Beteiligung an der Wahl verboten. Die SPD erhielt 163 Abgeordnete und wurde damit stärkste Fraktion, die USPD bekam nur 22 Mandate.

Um verständlich zu machen, daß zwei sozialdemokratische Parteien vorhanden waren, muß deren Entscheidung kurz geschildert werden.

Unter der zunehmenden Belastung des Ersten Weltkrieges brachen alte Gegensätze zwischen den Deutschen erneut aus. Besonders die schärfste Opposition, die Sozialdemokratie, besaß einen radikalen, doktrinären Flügel, der vom Geschwätz weltbürgerlicher Ideen eingenommen war. Schon 1916 wurden 18 Linksradikale aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen, was nicht gleich wirksam wurde. Sie gründeten daraufhin eine Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft< traten aber noch nicht aus der SPD aus. Erst am 7. Januar 1917 wurde diese Gruppe aus der Partei ausgeschlossen. Diese ausgeschlossene Opposition bildete am 6. April 1917 in Gotha eine eigene Partei. Sie nannte sich >Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands< (USPD). Seit 1916 gab es noch eine besonders militante Gruppe unter Karl LIEBKNECHT, die >Spartakusgruppe<. Diese war eng mit den russischen Marxisten unter LENIN verbunden. Beide gründeten 1918 die KPD.

Die Nationalversammlung trat am 6. Februar 1919 in Weimar zusammen. Sie tagte dort unter dem Schutz von Soldaten des Freikorps MAERCKER (Freiwilliges Landesjägerkorps, im Dezember 1918 von Generalmajor Georg MAERCKER aufgestellt), weil Berlin wegen des Kommunistenaufstandes zu unsicher war. Diese wichtige Tatsache wird von umerzogenen Geschichtsschreibern gern weggelassen.

Am 11. Februar 1919 wurde EBERT zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine neue Reichsverfassung, nach ihrem Entstehungsort eben Weimarer Verfassung genannt. Diese trat am 14. August 1919 in Kraft.

Eine der schwierigsten Fragen war die Auseinandersetzung mit dem Diktat von Versailles. Bekanntlich wurde dessen Text am 7. Mai 1919 (dem Jahrestag der Versenkung der >Lusitania<) den deutschen Unterhändlern überreicht.

Fünf Tage später - also am 12. Mai 1919 - tagte die Nationalversammlung einmal außerhalb Weimars, in Berlin. Die Sitzung fand in der Aula der Berliner Universität statt. Unter Arthur VON KAMPFS berühmtem Bild, welches FICHTE bei seinen Reden an die Nation darstellt, hielt der SPD-Abgeordnete und damalige deutsche Ministerpräsident[1] SCHEIDEMANN eine flammende Protestrede gegen die Unterzeichnung des Versailler Diktates. Er sagte unter anderem: »Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt!« Er nannte das Diktat einen Mordplan. In der abschließenden Abstimmung über das Versailler Diktat stimmten 237 Abgeordnete für seine Annahme, 138 dagegen; sechs enthielten sich der Stimme!

[1] Später wurde der Inhaber dieses Amtes >Reichskanzler< genannt.

Der Wahl zur Nationalversammlung ging ein Ereignis voraus, das als »Spartakuswoche« bezeichnet wird. Schon Ende 1918 hatten Matrosen eine >Volksmarine-Division< gegründet, die im Laufe des Dezember 1918 unter anderem das Berliner Schloß eroberte. EBERT und SCHEIDEMANN ließen Freikorps rufen. Eine andere Möglichkeit sahen sie nicht. Freikorps unter General LE-

Die Vereidigung des Reichspräsidenten EBERT in Weimar am 21. August 1919. Aus: *Friedrich Ebert und seine Zeit,* Charlottenburg o. J.

Die erste Kabinettssitzung unter Scheidemanns Vorsitz 1919 im Weimarer Schloß. Von links: Schmidt, Ernährung, Schiffer, Finanzen, Scheidemann, Landsberg, Justiz, Wissell, Wirtschaft, Bauer, Arbeit, von Brockdorff-Rantzau, Außen, David, ohne Bereich, Preuss, Innen, Gisberts, Post, Bell, Kolonien, Gothein, ohne Bereich, Noske, Reichswehr.

quis eroberten das Schloß zurück. Es waren blutige Kämpfe, sie verdeutlichen die von Haß und Erregung gezeichnete Atmosphäre jener Tage.

In der Regierung kam es zum Bruch zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialdemokraten. Die Unabhängigen traten aus der Regierung aus (Haase, Dittmann und Barth). An ihrer Stelle traten die Mehrheitssozialisten Gustav Noske und Wissell in die Regierung ein. Der Januar 1919 brachte den eigentlichen Spartakusaufstand im engeren Sinne. Am 5. Januar wurde der Generalstreik ausgerufen. Liebknecht war Drahtzieher des Spartakusaufstandes, sein Haß und sein Radikalismus putschten die Massen gegen Offiziere und Bürgertum auf.

Mitte Januar waren die Spartakisten endgültig besiegt. In Berlin hatten schwere Kämpfe stattgefunden. Artillerie wurde eingesetzt. Die eigentlich Schuldigen an diesen blutigen Tagen - Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg - kamen am 15. Januar 1919 zu Tode. Gustav Noske schrieb: »Zu erklären ist der Mord an Rosa Luxemburg und die Tötung Liebknechts nur aus der wahnwitzig erregten Stimmung jener Tage in Berlin.«[2]

[2] Gustav Noske, *Von Kiel bis Kapp,* Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1920, S. 75 f.

Aus der Rede Friedrich Eberts, nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919:

»Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen. Wir können aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß man unseren Brüdern die Freiheit der Wahl raubt... Die Freiheit aller Deutschen zu schützen, mit dem äußersten Aufgebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nation lege...«

Gewerkschaften und Kapp-Putsch

Es ist eine weitverbreitete Ansicht, daß das Scheitern des KAPP-Putsches im Jahre 1920 auf den Generalstreik der Gewerkschaften zurückzuführen sei. So steht es zum Beispiel in den meisten Schulgeschichtsbüchern,[1] aber auch in Politikermemoiren.[2] Eine nähere Betrachtung zeigt jedoch, daß die Dinge nicht so einfach liegen.

Der Putsch war nur mangelhaft vorbereitet und wurde wegen des Haftbefehls gegen seine Führer vorzeitig begonnen.[3] Trotzdem hätte der Putsch Erfolg haben können,[4] wenn drei Faktoren, mit denen die Putschisten rechneten, wirksam geworden wären: Erstens hätten die Putschisten als Vertreter der Rechtsparteien auftreten müssen, zweitens hätten ihnen die vorgesehene Überrumpelung der Reichsregierung und deren Festnahme gelingen müssen, und drittens hätte sich ihnen die gesamte Reichswehr anschließen müssen.

Links: Wolfgang KAPP (1858–1922), sein Staatsstreich, wenn auch gescheitert, offenbarte die Schwäche der Weimarer Regierung. Rechts: Kapitän EHRHARDT, dessen Truppen am 1 3. März 1920 in Berlin einrückten.

[1] Zum Beispiel: *Grundzüge der Geschichte,* Bd. 4, Diesterweg, Frankfurt-Berlin-Bonn-München 1968, S. 109; *Um Volksstaat und Völkergemeinschaft,* Ernst Klett, Stuttgart 1961, S. 146; Geschichte, Bd. 4: *Das 20. Jahrhundert,* Bayerischer Schulbuchverlag, München 1986, S. 58; *Grundriß der Geschichte,* Bd. 2, Ernst Klett, Stuttgart 1964, S. 217 f.

[2] Für die Memoiren z. B.: Otto BRAUN, *Von Weimar zu Hitler,* Hamburg 1949, S. 29.

[3] Siehe Walter Freiherr v. LÜTTWITZ, *Im Kampf gegen die Novemberrevolution,* Berlin 1934, S. 117; Robert G. L. WAITE, *Vanguard of Nazism,* Cambrigde, Massachusetts, 1952, S. 156 ff.; Prof. Harold J. GORDON, *Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926,* Bernard und Graefe, Frankfurt/M. 1959, S. 96 ff.; Winfried MARTINI, *Der Sieger schreibt die Geschichte, Anmerkungen zur Zeitgeschichte,* Universitas, München 1991, S. 73 ff.

[4] So auch der ausgesprochen linke Historiker Arthur ROSENBERG, *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik,* Frankfurt 1955, S. 365 ff.

Der Berliner Lustgarten während des KAPP-Putsches im März 1920. Aus: PALMER/NEUBAUER, *Die Weimarer Republik,* Könemann, Köln 2000.

Alle drei Faktoren wurden nicht wirksam. Die Rechtsparteien traten, von Einzelpersönlichkeiten abgesehen, nicht auf die Seite KAPPS, die Reichsregierung konnte rechtzeitig aus Berlin über Dresden nach Stuttgart fliehen, und nur ein Teil der Reichswehr stellte sich auf KAPPS Seite, und auch das teilweise nur am Anfang. Starke Einheiten der Reichswehr blieben regierungstreu, andere erklärten sich für >neutral<, und andere wechselten die Front, als bekannt wurde, daß die Regierung BAUER (SPD) und der Reichspräsident EBERT keineswegs gestürzt waren, wie anfänglich angenommen wurde.[1]

Als in der Nacht vom 12. auf 13. 3. 1920 die Brigade EHRHARDT, die Kerntruppe der Putschisten, von Döberitz gegen Berlin marschierte, hatte die Reichsregierung den (von ihr sonst verbotenen) Generalstreik ausgerufen, der allerdings sofort widerrufen wurde![2] In Berlin begann der Streik am 14. 3., erst am 15. 3. ruhte der Verkehr. Am 17. 3. traten KAPP und General v. LÜTTWITZ, der militärische Führer des Putsches, bereits zurück. Hatte also ein zweitägiger Streik genügt, um die Putschisten zur Aufgabe ihrer Pläne zu bewegen? Und das, obwohl sich ihnen die Technische Nothilfe (heute Technisches Hilfswerk) zur Verfügung gestellt hatte und es ihnen mit ihrer Hilfe gelungen war, die Versorgung der Truppe sicherzustellen, aber zum Beispiel

[1] Zu den Rechtsparteien siehe z. B.: Gustav STRESEMANN, *Die Märzereignisse und die deutsche Volkspartei*, Berlin 1920; über die Pläne, die Reichsregierung festzunehmen, siehe z.B. LÜTTWITZ, aaO. (Anm. 3), S. 120 f., und Friedrich Wilhelm v. OERTZEN, *Die deutschen Freikorps,* F. Bruckmann, München 1936, S. 366 ff.; über die Hoffnung, daß die ganze Reichswehr mitmachen würde, siehe z. B. ROSENBERG, aaO. (Anm. 4), S. 365 ff., und LÜTTWITZ, aaO. (Anm. 3), S. 117 f.

[2] Dazu siehe z. B.: MARTINI, aaO. (Anm. 3), S. 87 f.

am 16. März auch die allgemeine Wasserversorgung wieder in Gang zu bringen?[3] Der Streik führte zwar zu Problemen für die Bevölkerung, auch zum Beginn des kommunistischen Aufstandes im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland trug er bei, aber das war für die Reichsregierung gefährlicher als für die Putschisten.[4]

Viel entscheidender war, daß es die Beamtenschaft der Ministerien fast geschlossen ablehnte, die Putschistenregierung zu unterstützen, daß der Reichsbankpräsident v. HAVENSTEIN sich weigerte, ihr Geld auszuzahlen (und Kapitän EHRHARDT mit den Worten: »Ich kommandiere Soldaten, keine Bankräuber!« sich weigerte, das Geld einfach zu beschlagnahmen), und daß vor allem die Reichswehrführung um General VON SEECKT nicht KAPP und LÜTTWITZ gehorchen wollte.[5] Damit war der Putsch gescheitert, was sich in der Flucht KAPPS am 17. März zeigte. Der Umsturzversuch war wahrscheinlich schon verloren, als die Brigade EHRHARDT mit dem Lied »Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band«[6] in Berlin einzog, weil die Überrumpelung der Regierung nicht erreicht worden war und es nicht gelang, auch nur die Anhänger der Rechtsparteien zu mobilisieren. Der Zusammenbruch des Putsches wurde durch den Widerstand der Beamtenschaft, den Abfall von Teilen der Putschtruppen und der Berliner Polizei[7] und vor allem den Widerstand des Kreises um General VON SEECKT erreicht. Der Generalstreik hat nur eine geringe Rolle gespielt, wohl aber wesentlich zur Auslösung der kommunistischen Aufstände im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland beigetragen, die dann erst nach blutigen Kämpfen und nur unter Verwendung von Truppen, die eben noch geputscht hatten, niedergeschlagen werden konnten.[8]

---

[3] Siehe dazu z. B.: *Schwäbischer Merkur,* Zweites Morgenblatt vom 14. 3. und 16. 3. 1920; General Dr. h.c. Friedrich v. RABENAU: *Seeckt, Aus seinem Leben,* Leipzig 1940, S. 224; OERTZEN, aaO. (Anm. 5), S. 372, 376.

[4] OERTZEN, aaO. (Anm. 5), S. 389.

[5] Siehe RABENAU, aaO. (Anm. 7), S. 225 f., OERTZEN, aaO. (Anm. 5), S. 375-379, WAITE, aaO. (Anm. 3), S. 159, LÜTTWITZ, aaO. (Anm. 3), S. 122-130.

[6] Das war das Lied der Marinebrigade EHRHARDT.

[7] Das Garde-Pionierbataillon hatte gemeutert, siehe auch: Otto MEISSNER, *Staatssekretär unter LLbert, Hindenburg und Hitler,* Hamburg 1950, S. 87 f.

[8] Zum Beispiel mußte die Brigade EHRHARDT sofort eingesetzt werden, sie war aus Berlin abmarschiert mit dem Lied »Frisch das Herz und froh der Sinn, Putsch ist futsch und Kapp ist hin!« Es wurde der Regierung vorgeworfen, daß sie solche unzuverlässigen Truppen eingesetzt habe - aber die Anhänger der Regierung, Sozialdemokraten, Zentrum und Liberale, waren meist nicht bereit, mit der Waffe für >ihre< Regierung zu kämpfen; siehe dazu die Bücher von MARTINI (Anm. 3)und GORDON (Anm. 3), dazu Gustav NOSKE, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie,* Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach 1947, sowie Otto GESSLER, *Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit,* DVA, Stuttgart 1958.

Der Kapp-Putsch vom März 1920 II

Daß die Verhältnisse der Weimarer Republik teilweise einseitig oder falsch dargestellt werden, fällt kaum noch einem Geschichtslehrer auf. Die Erklärung in amtlich genehmigten Schul-Geschichtsbüchern, weshalb der KAPP-Putsch scheiterte, entspricht nicht den Tatsachen. Selbst Lexika vermitteln ein falsches Bild. So heißt es zum Beispiel in der *Brockhaus Enzyklopädie* von 1970: »Der Putsch scheiterte innerhalb weniger Tage, da die weitgehenden Absichten KAPPS (Diktatur zwecks antiparlamentarischer Verfassungsreform) und VON LÜTTWITZ' abgelehnt wurden und dieser gleichwohl mit seinen gemäßigteren Forderungen bei der legalen Reichsregierung keinen Erfolg hatte. Diese blieb Herr der Lage, da die Reichswehr trotz anfänglichen Zögerns, den Putschisten mit Gewalt entgegenzutreten, das Unternehmen KAPPS und VON LÜTTWITZ' ablehnte und der Putsch gewaltlos zusammenbrach. Dazu trugen außerdem die vorwiegend loyale Haltung der Bürokratie, die Ablehnung der Parteien und besonders der Generalstreik bei.«

Tatsächlich war der angebliche Generalstreik völlig unbedeutend und lokal derart vereinzelt, daß von einem Generalstreik keine Rede sein konnte. Außerdem wurde der Aufruf vom 13. März nicht einmal von den Gewerkschaften, sondern vom Pressechef (!) der Reichsregierung BAUER, Ulrich RAUSCHER, eigenmächtig veranlaßt, wobei dieser außerdem noch unbefugterweise die Unterschriften der sozialdemokratischen Reichsminister und des Reichspräsidenten unter den Aufruf setzte, die davon nicht einmal in Kenntnis gesetzt waren.

General der Infanterie Walther Freiherr VON LÜTTWITZ (1859-1942).

Dieser Generalstreik, heißt es seither zählebig, besonders in Gewerkschafts- und SPD-Kreisen, habe den KAPP-Putsch zu Fall gebracht und die Republik gerettet.

Ob die Putschisten von dem Streik überhaupt etwas bemerkt haben, muß bezweifelt werden. Ausgerufen am Samstag, dem 13. März, hätte dieser sich überhaupt erst am Montag, dem 15. März, auswirken können. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch der Putsch im Grunde schon gescheitert, da er weder von der Reichswehrführung, noch von der Bürokratie, und noch nicht einmal von den Rechtsparteien unterstützt wurde. Auch die Soldaten litten nicht unter dem Streik. Die »Technische Nothilfe« versorgte die bürgerlichen Bezirke und das Regierungsviertel mit Strom und Wasser; die Telephonverbindungen funktionierten, und die meisten Kleinhändler und die Angestellten des Dienstleistungsgewerbes dachten nicht daran, zu streiken. Als höchst unangenehm erwies sich die Lage dagegen für die Streikenden selbst, da sich die »Technische Nothilfe« nicht um die Versorgung der Arbeiterbezirke kümmerte. Kurt HEINIG, Vorsitzender des Berliner Streikkomitees, schrieb deshalb später: »Wir waren froh, daß wir ihn abbrechen konnten. Uns stürmten nämlich die Arbeiterfrauen aus dem Norden und aus dem

»Die Lüge vom monarchistischen Putsch«, eines der ersten Plakate der KAPP->Regierung<.

Osten die Bureaus ein, weil sie kein Wasser hatten und kein Licht und in den einzelnen Etagen der großen Mietskasernen die Scheiße die Treppen hinunterlief. Es war ein Glück, daß das KAPP nicht wußte, sonst hätte er gesiegt. ..«

Eine groteske Kabarettnummer!

Während General VON LÜTTWITZ mit der Brigade EHRHARDT Berlin militärisch kontrollierte, saß Wolfgang KAPP, der sich auf einen Putsch nicht im geringsten vorbereitet hatte, ratlos in der Reichskanzlei. Mangels einer Kabinettsliste ernannte er sich selbst zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, den General VON LÜTTWITZ zum Reichswehrminister und den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten VON JAGOW zum preußischen Innenminister. Die Beamten der Reichskanzlei weigerten sich strikt, KAPPS Legitimation anzuerkennen, und verließen die Kanzlei unter Mitnahme der Staatssiegel (!). KAPP konnte nicht einmal eine Schreibmaschine finden, viel weniger einen Schreibsekretär. Notgedrungen schickte er einige Soldaten auf die Straße, wo sie in einem Geschäft schließlich eine Schreibmaschine entdeckten, die sie beschlagnahmten. Als KAPPS Tochter nun endlich am Samstagabend seine Kundgebungstexte tippte, war es inzwischen zu spät für die Wochenendausgaben der Berliner Presse.

Inzwischen warteten die putschenden Soldaten auf Weisungen, vor allen Dingen aber auf höhere Löhnungen, die KAPP ihnen versprochen hatte. Deshalb wurde Brigadeführer EHRHARDT beauftragt, mit einer von KAPP unterzeichneten Anweisung von der Reichsbank-Hauptkasse Geld zu beschaffen. Dort aber erklärte man ihm kühl, daß Anweisungen auf Reichsguthaben erstens nur durch ordentliche Schecks erfolgen könnten und daß zweitens die Bank am heutigen Sonntag geschlossen sei. Als EHRHARDT dann am Mon-

Die Unruhen beim KAPP-Putsch in Berlin-Schöneberg: die erregte Menge vor dem alten Rathaus.

tag in der Reichsbank einen Scheck über zehn Millionen Mark vorlegte, der mit »Kapp« unterzeichnet war, schickte man ihn zum stellvertretenden Reichsbankpräsidenten, der ihn mit der Erklärung abwimmelte, ein Reichskanzler KAPP sei ihm nicht bekannt.

Auch weitere Versuche, Geld zu beschaffen, scheiterten an der Unnahbarkeit preußischer Bankbeamter, weshalb ein frustrierter Berater KAPPS schließlich EHRHARDT aufforderte, das Geld mit Gewalt aus der Reichsbank zu holen. Entrüstet erwiderte der Freikorpsführer, daß er sich auf derartig schmutzige Sachen nicht einlasse, er sei Offizier und kein Bankräuber.

Man stelle sich vor, wie ein entschlossener LENIN in diesem Falle gehandelt hätte. Doch solche Putschisten, die, wie EHRHARDT, sich als gesittete Offiziere mit Ehrenkodex aufführten, nahm niemand mehr ernst. Auf den Behörden arbeitete man infolgedessen, als gäbe es keinen Putsch. Staatssekretäre und Minister der legalen Reichsregierung gingen als rechtmäßige Inhaber der Exekutive ungehindert ihrer Tätigkeit nach. »Damit«, schrieb später Reichsvizekanzler SCHIFFER, »war die gesamte Staatsmaschinerie in den Händen der alten Regierung geblieben. Denn bei der Eigenart der preußisch-deutschen Verwaltung ist die Haltung ihrer Spitze in höchstem Maße maßgebend für die aller nachgeordneten Stellen.«

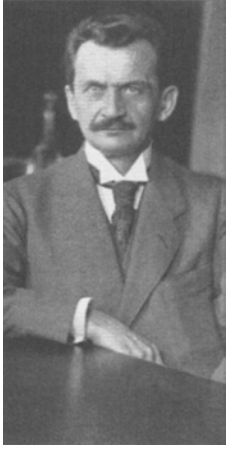
KAPP konnte also Weisungen erteilen, soviel er wollte, die Beamten nahmen in den Ministerien alles entgegen und legten es ordnungsgemäß >*ad acta*< ab.

Im Reichswehrministerium leisteten die Offiziere Widerstand auf preußisch: Sie erledigten ihre Arbeit in Zivilkleidung und ignorierten die Putschisten. General VON SEECKT, der den berühmten Satz gesprochen hatte: »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr!«, weil er Blutvergießen vermeiden wollte, meldete sich krank und leitete von seinem Haus aus wirkungsvoll die Obstruktion des Offizierskorps gegen KAPP.

Dank dieser Taktik und der loyalen Haltung der preußischen Beamten gegenüber ihrer legalen Regierung, aber auch an der revolutionären Unfähigkeit der Putschisten, brach KAPPS Putsch schnell zusammen. Keinesfalls aber an dem seither gefeierten Generalstreik. Wie dieses und viele andere Beispiele zeigen, ist ein Staatsstreich eben nur dann erfolgreich, wenn es den Putschisten gelingt, sich aller Instrumente staatlicher Machtausübung zu bemächtigen.
Als KAPP am 17. März erkannte, daß der Umsturz restlos gescheitert war, flüchtete er mit einem Flugzeug nach Schweden. General VON LÜTTWITZ, der sich einem Ultimatum des Offizierskorps unter VON SEECKTS Führung unterworfen hatte, floh zunächst auf ein Gut in Pommern und dann nach Ungarn. Hans Meiser

Arbeiter! Parteigenossen!
Der Militärputsch ist da! Die Baltikum-Landsknechte,
die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch
unternommen, die Republik zu beseitigen, und eine diktatorische
Regierung zu bilden.
Mit LÜTTWITZ und KAPP an der Spitze.
Arbeiter, Genossen!
Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder
einem blutigen Landsknechtregime zu unterwerfen. Wir paktieren nicht
mit den Baltikum-Verbrechern.
Arbeiter, Genossen!
Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmern geschlagen,
Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.
Es geht um alles! Darum sind die schärfsten
Abwehrmittel geboten.
Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur
der LUDENDORFFe **herrscht!**
Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet
dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem
Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite!
Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur WILHELMS II.:
Lahmlegung jeden Wirtschaftslebens!
Keine Hand darf sich mehr rühren!
Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!
Generalstreik auf der ganzen Linie.
Proletarier vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!
Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:
EBERT. BAUER. NOSKE. SCHLICKE. SCHMIDT. DAVID. MÜLLER.
Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei:
Otto WELS

Otto WELS
(1873-1939)



Das Massaker an Sudetendeutschen am 4. März 1919

Das Selbstbestimmungsrecht gilt heute als eines der wesentlichen Grundrechte und wird oft beschworen. Den Deutschen wurde es lange, Teilen von ihnen wird es heute noch vorenthalten. Ein besonders herausragendes Beispiel für die Verletzung dieses Selbstbestimmungsrechtes war das Massaker der Tschechen an Sudetendeutschen am 4. März 1919, als diese friedlich in ihrer Heimat für ihr eindeutig und immer wieder vertretenes Selbstbestimmungsrecht demonstrieren wollten.

Seit der Besiedlung durch die germanischen Stämme der Markomannen und Quaden wurde der Sudetenraum ohne Unterbrechung von Menschen bewohnt, die als Deutsche seit dem Mittelalter im Königreich Böhmen als Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation unter deutschen Kaisern, später im deutschen Habsburger Reich viele Jahrhunderte ihre Heimat hatten und als Sudetendeutsche im 20. Jahrhundert - meist in geschlossenem deutschen Siedlungsgebiet - über drei Millionen Menschen aufwiesen.

Als am 28. Oktober 1918 eine selbständige Tschecho-Slowakei ausgerufen wurde, beschlossen zwei Tage darauf die deutschen Abgeordneten von Nordböhmen die Bildung des Landes >Deutschböhmen<, die von Ostböhmen, Nordmähren und Österreichisch Schlesien die Gründung des Landes >Sudetenland<. Demokratisch legitimierte Vertreter von beiden erklärten die Zugehörigkeit dieser Länder zum neugebildeten >Deutschösterreich<. Am 3. November 1918 beschlossen die Deutschen Südmährens den Anschluß ihres deutsch besiedelten Kreises >Deutsch-Südmähren< an Niederösterreich und damit ebenfalls an Deutschösterreich. Die deutschen Abgeordneten dieser drei genannten Gebiete beteiligten sich 1918 an der Gründung von Deutschösterreich. Das Grundgesetz des neuen Deutschösterreichs führte die sudetendeutschen Gebiete als Teile des neuen österreichischen Staates auf.[1]

Obwohl damit eindeutig der Willen der geschlossen siedelnden Deutschen in Böhmen und Mähren erklärt war und das alte Österreich-Ungarn noch bis zum Inkrafttreten des Friedensdiktates von St. Germain am 10. 9. 1919 rechtlich bestand, besetzten tschechische Truppen ab Dezember 1918 die deutschen Gebiete des Sudetenlandes. Im festen Vertrauen auf ihr gutes Recht und die Versprechungen in WILSONS 14 Punkten leisteten die Deutschen da-

[1] In Artikel 61 Absatz 2 der Weimarer Verfassung für das Deutsche Reich vom 11. August 1919 war auch der Anschluß »Deutsch-Österreichs« - und damit des Sudetenlandes - an das Deutsche Reich vorgesehen, was auf Druck der Alliierten im Protokoll vom 22. 9. 1919 außer Kraft gesetzt werden mußte.

Die Toten von Kaaden. Aus: Franz KATZER, *Das große Ringen,* Grabert, Tübingen 2003.

gegen bis auf wenige Ausnahmen keinen Widerstand und hofften, im Verhandlungswege ihr Wollen durchsetzen zu können.

Als ganz Deutschösterreich am 16. Februar 1919 seine verfassunggebende Nationalversammlung wählte, wurden die Sudetendeutschen durch die inzwischen in ihrer Heimat eingerichteten tschechischen Besatzungsbehörden an der Teilnahme gehindert. Daraufhin riefen alle Parteien des Sudetenlandes zum Generalstreik und für den 4. März 1919, den Tag des ersten Zusammentretens der Nationalversammlung in Wien, allgemein zu Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in allen Bezirksstädten des Sudetenlandes auf.

Als sich an diesem 4. März Hunderttausende von Deutschen, darunter viele Frauen und Kinder, in ihrer Heimat friedlich versammelten, schoß tschechisches Militär auf die Demonstranten. Da gleichzeitig an verschiedenen Orten das Feuer eröffnet wurde, war von den Tschechen wohl von Anfang an ein bewaffnetes gewaltsames Eingreifen beabsichtigt gewesen. Insgesamt waren an diesem einen Tag im Sudetenland 54 deutsche Todesopfer zu beklagen, dazu 104 Verwundete. Unter den Toten waren 20 Frauen und Mädchen, der jüngste Tote war erst 11 Jahre, der älteste Erschossene 80 Jahre alt. Allein in Kaaden kamen 25 Menschen um, in Sternberg 16. Die anderen starben in Arnau, Aussig, Eger, Mies und Karlsbad.[1] In der Zeit von 1918 bis

[1] Ernst NITTNER (Hg.), *Dokumente zur sudetendeutschen Frage 1916-1967*, Ackermann-Gemeinde, München 1967; Oskar BÖSE und Rolf-Josef EIBICHT (Hg.), *Die Sudetendeutschen,* Josef C. Huber, Dießen 1989, S. 48 f.; Franz KATZER, *Das große Ringen,* Grabert, Tübingen 2003.

1922 starben noch weitere 53 Sudetendeutsche eines gewaltsamen Todes von tschechischer Hand, weil sie Deutsche waren.

Diese Vorgänge belasteten von Anfang an das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen stark, die gegen ihren erklärten Willen in den neuen Staat Tschecho-Slowakei gezwungen worden waren. Die Versprechungen des tschechischen Außenministers Eduard BENESCH von einer »Art von Schweiz« wurden von Anfang an gebrochen: Mit groben Fälschungen - besonders in seinem berüchtigten *Memoir lll* - täuschte BENESCH 1919 die Pariser Friedenskonferenz und legte später alles darauf an, die Sudetendeutschen zu entvolken. Erst das unter der Mitwirkung von England, Frankreich und Italien völkerrechtsgültig zustande gekommene Münchener Abkommen vom 29. September 1938 beseitigte dieses Unrecht des Friedensdiktates von St. Germain und gewährte den Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht. Um so unverständlicher ist es, wenn deutsche Politiker aus Pankow und Bonn später dieses Abkommen für ungültig erklärten.[1]

Die *Neue Zürcher Zeitung* vom 7. März 1919 schrieb: »Die Ereignisse in Deutschböhmen und die Akte tschechischer Brutalität gegen deutschböhmische Demonstranten erregen die größte Erbitterung. .. Es ist zweifellos, daß die tschechische Regierung beabsichtigt, die Betätigung ihrer Gehalts- und Schreckensherrschaft auf das äußerste zu treiben... Die Wirkung dieser unbeschreiblichen Gewalttaten kann selbstverständlich nur die sein, daß sich das Verhältnis zwischen Deutschböhmen und der tschechischen Regierung unversöhnlich gestaltet und daß seit den Schießereien jede Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen erscheint..., die tschechische Regierung irrt, wenn sie glaubt, den Widerstand der dreieinhalb Millionen Deutschböhmen mit terroristischen Mitteln unterdrücken zu können.«[2]

An jenem 4. März 1919 machte BENESCH auf einer Sitzung in Paris den Alliierten vor, daß »99 Prozent der Deutschen Böhmens Anhänger des Verbleibens ihres Gebietes bei Böhmen« seien(!).[3]

Stadtrat Karlsbad, am 5. März 1919.

An die Bevölkerung Karlsbads!

Der Stadtrat wendet sich hiemit an die gesamte Bevölkerung mit der dringenden Bitte, unter allen Umständen Ruhe zu bewahren sowie die Ordnung aufrecht zu erhalten und sich unter keinen Umständen zu gewalttätigen Handlungen aufreizen zu lassen.

Der Bürgermeister:
Hermann Jakob.

Eine Mahnung des Bürgermeisters von Karlsbad, sich von den Tschechen nicht provozieren zu lassen. Aus: Franz KATZER, *Das große Ringen,* Grabert, Tübingen 2003.

[1] Sudetendeutscher Rat (Hg.), *München 1938 — Dokumente sprechen,* Universitätsdruckerei München 1964; Reinhard POZORNY, *Wir suchten die Freiheit,* Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1978; Beitrag Nr. 134: »Das Münchener Abkommen 1938«.

[2] Zitiert in: Franz KATZER, *Das große Ringen,* Grabert, Tübingen 2003, S. 80.

[3] Ebenda

Großdeutschland und Schwarz-Rot-Gold in Weimar

Die Benutzung des Begriffs >Großdeutschland< gilt heute als kennzeichnender Hinweis auf rechtsextremes oder >nazistisches< Gedankengut. Im Rahmen der Umerziehung wurde der Eindruck erweckt, daß das 1938 durch den Anschluß Österreichs verwirklichte Großdeutschland ein böses NS-Programm gewesen sei, von dem man sich in unserer Zeit als guter Demokrat distanzieren müsse. Weithin ist verdrängt und vergessen, daß alle Weimarer Parteien den Anschluß Österreichs forderten und ausdrücklich für ein Großdeutschland eintraten, vor allem die tonangebenden Linksparteien. In der ursprünglichen Weimarer Verfassung von 1919 war Österreich als ein Teil des Deutschen Reiches vorgesehen, wie auch die österreichische Nationalversammlung am 12. November 1918 bereits Deutschösterreich als einen Teil des Deutschen Reiches erklärt hatte. Wien und Berlin mußten 1919 auf Druck der Alliierten hin ihre Verfassungen ändern und den Anschluß daraus tilgen - ein eklatanter Bruch des Selbstbestimmungsrechts und Ausfluß reiner Siegerwillkür. Deutschösterreich mußte am 21. 10.1919 seinen Namen in Österreich ändern.

Besonders deutlich wird die Haltung der Weimarer Parteien zu dieser Frage in einer Reihe von Reden, die 1919 zur Frage der Nationalfarben gehalten wurden. Anstelle der Farben Schwarz-Weiß-Rot des Bismarckreiches führte die Weimarer Republik Schwarz-Rot-Gold in der Tradition von 1848 als Reichsfarben ein.[1] Die Begründung, die die einzelnen Politiker für diesen Wechsel damals in der Weimarer Nationalversammlung gaben, ist auch für unsere Zeit interessant und beweist, wie falsch das von der Umerziehung gezeichnete Bild ist.

'Schwarz-Weiß-Rot blieb nur die Fahne der Handelsschiffe.

Zunächst sprach der linksliberale Politiker Dr. Hugo PREUSS,[1] der die Weimarer Verfassung entworfen hatte, und führte zur Begründung der neuen Fahne aus: »Es war zugleich der Gedanke politischer Freiheit mit dem der nationalen Einigung, und zwar der großdeutschen Einigung (Sehr richtig! links), der dann auch noch lange, als über dem kleindeutschen Reich schon die schwarzweiß-rote Fahne wehte, in Deutsch-Österreich das Schwarz-Rot-Gold in Ehren hielt.« In der Zeit des Deutschen Bundes habe es ein »österreichisches« (also von Österreich dominiertes) Deutschland gegeben, das kleindeutsche Reich

[1] Prof. Dr. Hugo PREUSS (1860-1925), jüdischer Abstammung, war Professor an der Handelshochschule Berlin und aktiv in der linksliberalen Fortschrittlichen Partei. Nach dem Ersten Weltkrieg war er Mitbegründer der links-liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), wurde von Friedrich EBERT im November 1918 zum Staatssekretär des Inneren berufen und mit der Vorbereitung einer neuen Reichsverfassung beauftragt. Die Weimarer Reichsverfassung trug im wesentlichen seine Handschrift. Vgl. Paul NOACK, *Carl Schmitt. Eine Biographie,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1993, S. 100.